



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

MÄRZ 2022

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

Großherzoglicher Empfang im Luxemburger Pavillon

DUBAI Kulturelle Visiten im Vordergrund am ersten Tag der Luxemburger Mission

Sidney Wiltgen

Folgen auf Xi Jinping Muhammad bin Raschid Al Maktum und Muhammad bin Zayid Al Nahyan? Oder anders gefragt: Folgt auf Baschar al-Assad Großherzog Henri? Die Visite des Luxemburger Staatschefs in den Vereinigten Arabischen Emiraten könnte wieder zum PR-Desaster werden – oder aufzeigen, ob Luxemburg tatsächlich gewillt ist, seinen Umgang mit Autokratien zu überdenken. Das Tageblatt berichtet aus Dubai.

Es hat also doch geklappt mit dem Besuch des Großherzogs in Dubai. Nachdem die Staatsvisite im Januar aufgrund der Coronapandemie verschoben werden musste, hat Luxemburgs Staatsoberhaupt in Begleitung von LSAP-Außenminister Jean Asselborn doch noch den Weg in die Vereinigten Arabischen Emirate gefunden. Der Zeitpunkt könnte dabei ungünstiger kaum sein, ist mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine in Luxemburg eine Debatte darüber entbrannt, wie Luxemburg zukünftig mit Autokratien umgehen soll – und damit auch mit den Emiraten, mit denen Luxemburg nun schon länger gute Beziehungen pflegt. Der Umstand, dass der Kronprinz Abu Dhabi und faktische Herrscher des Golfstaats, Scheich Mohammed bin Sajid Al Nahjan, kürzlich erst den syrischen Machthaber Baschar al-Assad empfangen hat, dürfte die ohnehin schon heikle Visite zu einem diplomatischen Tanz auf Messers Schneide werden lassen.

Unglücklich sind in dem Kontext die Bilder, die am Montag von zahlreichen Fotografen vor Ort festgehalten werden und Großherzog Henri lächelnd neben Scheich Muhammad bin Raschid Al Maktum zeigen. Scheich Muhammad bin Raschid

Al Maktum – in Delegationskreisen unter der Abkürzung MBR bekannt – ist der Gouverneur von Dubai, Vizepräsident und Premierminister der Vereinigten Arabischen Emirate – und ist für seinen kompromisslosen Führungsstil bekannt.

Der Scheich aus Dubai hat seine eigene Tochter, Prinzessin Latifa, in Geiselhaft gehalten, nachdem diese 2018 per Jetski einen Fluchtversuch aus dem Emirat unternommen haben soll. Lange Zeit war das Schicksal der Tochter von Muhammad bin Raschid Al Maktum unbekannt, ein Video, in dem sie ihre Haftbedingungen schilderte, ging jedoch viral. Ende Februar hat sich Latifa Medienberichten zufolge mit UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet in Paris getroffen. Latifa soll der Hochkommissarin mitgeteilt haben, dass es ihr mittlerweile gut gehe. Zumindest war mit Jean Asselborn dieses Mal ein Regierungsvertreter vor Ort, um ein PR-Dilemma der Xi-Jinping-Größenordnung zu vermeiden. Zur Erinnerung: Großherzog Henri hatte sich in seiner Rolle als IOC-Mitglied im Rahmen der Olympischen Spiele in Peking mit dem chinesischen Machthaber Xi Jinping getroffen. Andere westliche Staaten hatten aufgrund der Menschenrechtslage zum politischen Boykott aufgerufen.

Kultur statt Kooperation

Doch nicht nur deswegen rückt der eigentliche Sinn der Luxemburger Mission in Dubai vorerst in den Hintergrund. Durch den Ausfall von Kooperationsminister Franz Fayot – der in seiner Funktion als Wirtschaftsminister nun aber zumindest an der Tripartite teilnehmen kann – mussten die politi-

schen Unterredungen vertagt oder ganz abgesagt werden. Was am ersten Tag an Programm übrig bleibt, sind kulturelle Besichtigungen des Louvre und der Scheich-Zayid-Moschee in Abu Dhabi.

Ein Moscheebesuch, für den ein PCR-Test vor Ort vonnöten war – der im Nachhinein jedoch als reiner Pro-forma-Test klassiert werden kann. Dass das Einführen eines Nasenstäbchens ins vordere Nasendrittel nicht unbedingt zum sicheren Ausschluss einer Coronainfektion führen kann, dürfte auch nicht geschultem Personal klar sein. Ein Test, für den ursprünglich 125 Euro eingeplant werden sollten – letztendlich jedoch von den Vereinigten Arabischen Emiraten für die Luxemburger Delegation bereitgestellt wurde. Die Scheichs müssen dafür auch nicht tiefer in ihre Tasche greifen, als die eingangs erwähnten Wattestäbchen in die Geruchsorgane der Luxemburger Delegation vorgedrungen sind.

Besuch im Möbiusband

Kurz vor der Visite des Großherzogs im Luxemburger Pavillon war Zeit für einen kurzen Abstecher in den Pavillon der Ukraine. Einer der zahlreichen Arbeiter kehrt über eine Baumrinde, als wolle er die letzten Körner Wüstenstaub vor Eintreffen der großen Besucherscharen am Nachmittag entfernen. Der Pavillon der Ukraine liegt in direkter Nähe des Luxemburger Pavillon, keine 50 Meter trennen die beiden Länder auf dem Gelände der Weltausstellung. Das Kriegsgeschehen in der Ukraine bestimmt auch das Innere des Pavillons. Wie ein durcheinandergeratenes Mosaik pflastern mittlerweile tausende Solidaritätsbekundungen, niedergeschrieben auf farbigen Papierblät-

chen, die Treppen, Geländer und Wände des Pavillons in Dubai.

Kurz bevor der Großherzog auf der Weltausstellung eintrifft, bleibt noch Zeit für ein paar Erinnerungsfotos in der strahlenden Wüstensonne, die den Luxemburger Pavillon in glänzendem Weiß erstrahlen lässt. Dank seiner ungewöhnlichen Form, die einem Möbiusband nachempfunden wurde, grenzt er sich deutlich von seinen Nebenbauten ab, wenngleich der direkt angrenzende britische Pavillon in der Höhe überragt. Für den Besuch des Großherzogs, ursprünglich für den 23. Januar geplant und wohl vor allem für die anschließende Visite von MBA, wird der gesamte Bereich abgesperrt, Bombenspürhunde und eine Brigade an Polizisten durchforsten den Pavillon. Durfte die Presse beim Besuch von Großherzog Henri und Außenminister Jean Asselborn noch folgen, wird der Platz kurze Zeit später für Muhammad bin Raschid Al Maktum geräumt. Währenddessen nimmt sein Minister für Toleranz Scheich Nahyan bin Mubarak Al Nahyan bei einem Cappuccino mit Mandelmilch auf der Terrasse des Pavillons Platz und unterhält sich ungleich seinem Regierungschef freundlich mit dem dort an-

wesenden Delegationspersonal.

Zur Presseschar vor dem Pavillon gesellen sich derweil immer mehr Schaulustige. Sie hoffen, einen Blick auf MBA zu erhaschen, ein Herrscher derart abgekapselt von der Bevölkerung in seinem Emirat, dass diese ihn mittlerweile mehr als Mythos denn als Mann zu kennen scheint. Untermuert wird dieser Eindruck von der Heerschar an Begleitpersonal, die dem Scheich vorausseilen und auf Schritt und Tritt folgen. Der Abschied vor dem Pavillon fällt kurz und bündig aus, dann verschwindet der Scheich auf den elektrischen Golfkarts wieder so geräuschlos, wie er erschienen war, während die Luxemburger Mission der gleißenden Mittagssonne entflieht, indem sie sich in einen der wartenden SUV und Busse setzt, die sich sogleich auf den Weg nach Abu Dhabi machen.

Dem Mittagessen mit Dena Assaf, stellvertretende Generalkommissarin der Vereinten Nationen für die Expo 2020 und residierende Koordinatorin der Vereinten Nationen für die Vereinigten Arabischen Emirate, und Andrea Matteo Fontana, europäischer Botschafter in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Generalkommissar der Europäischen Union, folgt eine

Privatführung im Louvre von Abu Dhabi, ehe es direkt weiter zur Scheich-Zayid-Moschee geht. Der weiße Marmor bringt die Reifen der Wagenkolonne zum Quietschen, als diese auf den Platz vor der Moschee vorfährt. Barfuß oder in Strümpfen bewegt sich der Luxemburger Tross hinter Großherzog Henri ins Moscheeinnere. Die Führung geleitet Großherzog Henri mit der Delegation im Schlepptau über den größten Teppich der Welt bis in den Innenhof der Moschee – beides Bereiche, die für das breite Publikum, aber auch gläubige Muslime eigentlich nicht zugänglich sind.

Außenminister Jean Asselborn hatte sich derweil vom Nachmittagsprogramm ausgeklinkt. Das für abends angelegte Pressebriefing mit dem Luxemburger Chefdiplomaten wird relativ kurzfristig auf dem Weg nach Abu Dhabi abgesagt. Jean Asselborn könne nicht viel zum heutigen Tag sagen, heißt die offizielle Erklärung vonseiten des Luxemburger SIP („Service information et presse“). Was vom ersten Tag in Dubai bleibt, sind zahlreiche Eindrücke und Bilder – und viele offen Fragen der mitgereisten Journalisten.



Foto: SIP

Großherzog Henri wurde am Luxemburger Pavillon von Scheich Muhammad bin Raschid al Maktum empfangen

Kampf um die Freiheit

Die Ukraine leistet weiterhin erbitterten Widerstand gegen den russischen Angreifer



Premier Xavier Bettel: „Wir werden den Druck auf Russland weiter hochhalten.“

Foto: Gerry Huberty

Luxemburg/Kiew/Moskau. Die harten Sanktionen gegen Russland gehen nicht spurlos an der EU und auch nicht an Luxemburg vorbei. Die Regierung rechnet mit steigenden Energiepreisen und hat gestern ein Maßnahmenpaket in Höhe von 75 Millionen Euro zur Unterstützung von Haushalten beschlossen. „Sanktionen haben einen

Preis“, sagte Premier Xavier Bettel (DP). „Wir müssen bereit sein, diesen Preis zu bezahlen.“ Derzeit befinden sich Außenminister Jean Asselborn (LSAP) zufolge noch elf Einwohner Luxemburgs in der Ukraine, 15 haben das Land verlassen. Stand gestern haben 92 Ukrainer um eine Aufnahme in Luxemburg gebeten.

Erstmals seit Beginn des Krieges haben Russland und die Ukraine gestern offiziell über ein Ende der Kampfhandlungen verhandelt – bislang ohne Erfolg. Die russischen Angriffe gingen auf Befehl von Präsident Wladimir Putin trotz der Gespräche auch gestern weiter.

mig/dpa

„Sanktionen haben einen Preis“

Kabinetts befass mit den Auswirkungen der Ukraine-Krise und der Strafmaßnahmen gegen Russland auf Luxemburg

Von Michèle Gantenbein

„Sanktionen haben einen Preis. Frieden hat einen Preis. Wir müssen bereit sein, diesen Preis zu zahlen“, sagte Premierminister Xavier Bettel (DP) gestern bei einer Pressekonferenz nach der Kabinettsitzung. Eine Konsequenz der gegen Russland verhängten Strafmaßnahmen wird sein, dass die Energiepreise weiter steigen. Zusammen mit den nationalen Energieversorgern hat die Regierung gestern Maßnahmen besprochen, um die Preissteigerung abzumildern und die Privathaushalte und Betriebe zu unterstützen.

Für die Haushalte wurde ein 75 Millionen Euro teures Maßnahmenpaket geschnürt, das die Einführung einer Energiesparprämie vorsieht. Zudem werden die Netzkosten, die einen Teil des Strom- und Gaspreises ausmachen, auf null Euro gesenkt. Das Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Betriebe muss erst noch ausgearbeitet werden.

„Wir lassen nicht locker“

Luxemburg stehe fest an der Seite

der Ukraine, sagte Bettel im Beisein von Energieminister Claude Turmes (Déi Gréng), Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) und Familienministerin Corinne Cahen (DP). Die Sanktionen gegen Russland seien hart und man werde den Druck weiter hochhalten. „Wir lassen nicht locker.“ Der einzige Weg aus der Krise führe über eine „komplette Deeskalation seitens Russland“, so Bettel. Er hoffe auf positive Anzeichen aus den Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine.

Die Luxemburger Regierung hat gestern beschlossen, eine Million Euro zur Unterstützung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich unterstützt Luxemburg die Ukraine mit militärischem Personal und Material. Dazu gehören 100 Panzerabwehrwaffen des Typs NLAW (Next Generation Light Anti-Tank Weapon), Allradfahrzeuge vom Typ Jeep Wrangler sowie 15 Militärzelte.

Als Mitglied des MRTT-Programms (Multi-Role Tanker Transport) und gemeinsam mit anderen NATO-Mitgliedsländern

stellt Luxemburg der NATO Luftbetankungsmöglichkeiten zur Verfügung, die den Luftraum für die Dauer der laufenden Operationen schützen soll.

Darüber hinaus bietet das Verteidigungsministerium mit seinem Militärflugzeug A400M beziehungsweise der Frachtgesellschaft Cargolux Kapazitäten für den Transport von militärischem und humanitärem Material an, hieß es gestern in einer Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums.

Im Rahmen des EU-Zivilschutzmechanismus stellt Luxemburg Xavier Bettel zufolge ein weiteres Hilfspaket mit Rettungsmaterial zur Verfügung.

Luxemburg nimmt Flüchtlinge auf

Luxemburg wird Schutzsuchende aus der Ukraine aufnehmen. Stand gestern morgen sind knapp 400 000 Personen aus der Ukraine in die EU geflüchtet. Man rechnet mit bis zu vier Millionen Flüchtlingen in Richtung EU, so Bettel. „Wir sind dabei, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, um Flüchtlinge aufzunehmen“, so der Premier.

Die Aufnahme werde „unkompliziert“ und „unbürokratisch“ vorgehen. Ukrainer benötigen für Kurzaufenthalte (90 Tage) in der EU kein Visum. Damit sie auch darüber hinaus in Europa bleiben können, bereitet die EU den „temporären Schutz“ vor, der es den Menschen erlaubt, einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Die CSV forderte gestern in einer Pressemitteilung „unbürokratische Unterstützung für Vertriebene“ sowie eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets von 0,6 auf 0,74 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Bezüglich des Antrags der Ukraine zur EU-Aufnahme sagte Bettel, dazu sei eine Änderung der europäischen Verträge notwendig. Luxemburg stehe bei der Frage einer EU-Erweiterung nicht auf der Bremse. Allerdings riskiere man mit einer forcierten Aufnahme, die augenblickliche Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten aufs Spiel zu setzen. Man sollte der Ukraine die Perspektive bieten, „aber es gibt Kriterien, die eingehalten werden müssen.“

Solidarität des Syvicol

In einer Resolution ruft der Syvicol die Kommunen auf, dem Office national de l'accueil verfügbare Unterkünfte zur Aufnahme von Flüchtlingen zu melden; die Gemeinden sollen sich solidarisch zeigen und Flüchtlinge aufnehmen. Der Dachverband der Gemeinden ermutigt die Kommunen und ihre Bürger auch, jene Organisationen finanziell zu unterstützen, die Flüchtlingen helfen. *mas*

Luxemburg hat 2,5 Milliarden Euro eingefroren

Finanzministerin Yuriko Backes stellt erstmals Zahlen zum Vorgehen im Rahmen der Sanktionen vor

Luxemburg. Luxemburg konnte bisher russische Vermögenswerte in Höhe von fast 2,5 Milliarden Euro einfrieren. Dabei handele es sich sowohl um Bankguthaben als auch um Kapitalanteile von sanktionierten Personen oder Organisationen, sagte Finanzministerin Yuriko Backes (DP) am Dienstagabend. Ausnahmegenehmigungen zu den restriktiven Maßnahmen wurden keine beantragt.

Nur wenige Tage zuvor hatten Abgeordnete die Regierung aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die von den EU-Sanktionen betroffenen russischen Unternehmen aus dem Verkehr zu ziehen. Sie kritisierten, dass Luxemburg im Gegensatz zu einigen seiner Nachbarländer noch nicht bekannt gegeben hat, wie viel Geld es eingefroren hat. Backes

wies darauf hin, dass die Europäische Union in den letzten Jahrzehnten mehrere Sanktionsregelungen eingeführt habe und dass die luxemburgischen Bank- und Kreditunternehmen über die nötige Erfahrung für eine wirksame Umsetzung verfügten. „Das Sanktionssystem der EU gegen Russland bringt in Luxemburg greifbare Ergebnisse“, so Backes. „Unser Land spielt seine Rolle in der gemeinsamen Antwort der EU auf die russische Invasion in der Ukraine.“

Elf Treffer im Firmenregister

Justizministerin Sam Tanson (Déi Gréng) berichtete bei einer gemeinsamen Sitzung der parlamentarischen Ausschüsse für Finanzen, Haushalt und Justiz, dass auf Ersuchen des Finanzministeriums

Recherchen im Handels- und Firmenregister (RCS) durchgeführt wurden. Die Nachforschungen der Luxembourg Business Registers ergaben, dass zum Stichtag 15. März 2022 insgesamt 86 Gesellschaften mit elf verschiedenen sanktionierten Personen in Verbindung standen.

An der Durchsetzung der Sanktionen in Luxemburg arbeiten mehrere Organisationen, wie die CSSF, Banken, die sanktionierten Unternehmen selbst sowie das Finanzministerium und die Staatsanwaltschaft. Das Finanzministerium teilte letzte Woche mit, dass es bisher „Hunderte“ von Meldungen über das Einfrieren russischer Vermögenswerte in Luxemburg erhalten habe.

LW



Yuriko Backes stellt Zahlen zu den Sanktionen vor. Foto: Archiv

Luxemburg liefert Waffen, Fahrzeuge und Zelte an Ukraine

MINISTERIUM Auch finanzielle Mittel sollen fließen

Das Luxemburger Verteidigungsministerium hat am Montag in einer Pressemitteilung angekündigt, eine Lieferung mit unterstützenden Mitteln in die Ukraine zu schicken. „So wird die Armee 100 Panzerabwehrwaffen des Typs NLAW (Next Generation Light Anti-Tank Weapon) an die ukrainische Armee liefern“, heißt es in dem Schreiben. „Darüber hinaus wird die Armee der Ukraine Allradfahrzeuge vom Typ Jeep Wrangler sowie 15 Militärzelte zur Verfügung stellen.“

Finanzielle Unterstützung gebe es ebenfalls – und man wolle das Militärpersonal in Litauen

im Rahmen der verstärkten vorgeschobenen NATO-Präsenz verstärken. Die luxemburgische Armee sei derzeit mit vier Soldaten in Litauen präsent. Zwei weitere Soldaten wurden am Montagmorgen nach Litauen verlegt, um die luxemburgische Präsenz zu verstärken, womit sich die Zahl der luxemburgischen Soldaten in Litauen auf sechs erhöht hat.

Luxemburg stelle der NATO zudem derzeit Luftbetankungskapazitäten für eine Operation zur Verfügung, die den Luftraum der Alliierten für die Dauer der laufenden Operationen schützen soll. „Darüber hinaus bie-

tet das Verteidigungsministerium den verbündeten Ländern über sein Flugzeug A400M oder den Dienstleistungsvertrag mit dem Unternehmen Cargolux Kapazitäten für den Transport von militärischem oder humanitärem Material an“, so das Ministerium. Zusätzlich zu dem finanziellen Beitrag, den Luxemburg bereits über einen NATO-Fonds an die Ukraine leistet, werde Luxemburg zu den Finanzhilfemaßnahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) beitragen. Der europäische Beitrag soll sich auf 500 Millionen Euro belaufen.

(Red.)

Bettel für diplomatische Bemühungen

Premierminister Xavier Bettel hat Deutschland und Frankreich aufgefordert, sich weiter auf diplomatischem Weg für ein Ende der russischen Angriffe in der Ukraine einzusetzen. Trotz der Sanktionen sollten auch die diplomatischen Bemühungen fortgesetzt werden, sagte er am Dienstag nach einem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin. Er habe hier großes Vertrauen zu Deutschland und Frankreich. »Es ist kein einfacher Dialog. Aber wir müssen es fertig bringen, daß wir diese Waffenruhe bekommen. Und ohne miteinander zu reden, wird dies auch unmöglich sein«, ergänzte Bettel. Bettel versicherte den Menschen in der Ukraine, man werde gemeinsam alles dafür tun, damit der bewaffnete Konflikt so schnell wie möglich gelöst werde und die Ukraine wieder zu Frieden und Stabilität zurückfinden könne. »Putins Krieg gegen die Freiheit und die europäischen Werte« seien eine »Zeitenwende«.



(Foto: EPA-EFE/HANNIBAL HANSCHKE/POOL)

Luxemburg erwartet starken Flüchtlingsstrom

Staat und Gemeinden schaffen zusätzliche Kapazitäten zur Aufnahme von Vertriebenen aus der Ukraine

Von Michèle Gantenbein

„Zwei Millionen Menschen haben laut dem UN-Flüchtlingskommissariat die Ukraine verlassen“, sagte gestern Außen- und Immigrationsminister Jean Asselborn (LSAP) bei einer Pressekonferenz zur Flüchtlingssituation in Luxemburg. Das Großherzogtum verfügt im Bereich der Erstaufnahme aktuell über sieben Strukturen mit 803 Betten, von denen 378 belegt sind. Unter den Geflüchteten sind Asselborn zufolge 25 Kleinkinder im Alter zwischen einem und drei Jahren sowie 95 Minderjährige zwischen drei und 18 Jahren.

Halle mit bis zu 1 000 Betten

In wenigen Tagen werden alle Betten belegt sein und so laufen die Vorbereitungen für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus der Ukraine auf Hochtouren. In einer Halle unweit der Stadt Luxemburg sollen zwischen 500 und 1 000 Personen aufgenommen werden können. Die Flüchtlingswelle stellt die Behörden vor große Herausforderungen. „Um das zu bewältigen, brauchen wir eine parallele Struktur und Prozedur zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine“, sagte Asselborn.

Um in einer ersten Phase Platz für die ukrainischen Flüchtlinge zu schaffen und dafür zu sorgen, dass sie zusammen untergebracht werden, sind rund 70 Asylbewerber, so genannte Dubliner, aus der Structure d'hébergement d'urgence Kirchberg (SHUK), die über 200 Betten verfügt, in die Struktur auf

Findel umgezogen. Dort befinden sich nun drei Gruppen: Die Dubliner, die aus der SHUK umgezogen sind, Flüchtlingsfamilien aus der Ukraine und Obdachlose, die dort übernachten und tagsüber die Struktur verlassen müssen.

Getrennte Unterbringung

Asselborn unterstrich, dass die Gruppen getrennt voneinander in verschiedenen Gebäuden untergebracht seien. Auch sei es falsch, wie gestern in einem Leserbrief im „Luxemburger Wort“ behauptet wurde, dass die Flüchtlinge die Struktur tagsüber verlassen müssten. „Die Dubliner und die ukrainischen Familien können 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche in der Struktur bleiben“, so der Minister.

Zusammen mit den Gemeinden und dem Service national de la jeunesse (SNJ) ist die Regierung dabei, Unterkünfte zu organisieren, in denen die Menschen längerfristig bleiben können. Kurzfristig sollen zwölf Strukturen, darunter Hotels und Kulturzentren, zur Verfügung stehen. Auch staatliche Gebäude oder Jugendherbergen sollen zur Verfügung stehen. Über die Zahl der Gemeinden und die Kapazitäten konnte der Minister zum jetzigen Zeitpunkt keine Angaben machen. Das sei alles noch in der Ausarbeitung. Die Gespräche mit den Gemeinden laufen.

Private Flüchtlingstransporte

Wie viele Flüchtlinge bereits bei privaten Familien untergekommen sind, weiß Asselborn nicht. Er

riet von nicht angemeldeten privaten Unterbringungs- und Transportinitiativen ab und lancierte einen Appell an private Familien, die Flüchtlingstransporte organisieren wollen, sich bei der Immigrationsbehörde unter transport.ukraine@mae.etat.lu zu melden, „damit wir das zusammen koordinieren.“

Personen, die Flüchtlinge bei sich zu Hause aufnehmen wollen, sollen sich überdies bei der Hotline 621 796 780 oder auf ukraine@zesummeliwien.lu informieren, „damit die Dinge geordnet ablaufen“. Um sicherzustellen, dass die Flüchtlinge korrekt untergebracht werden, werden die Familien vom zuständigen Familienministerium kontrolliert.

Registrierung von Flüchtlingen

Alle Personen, die aus der Ukraine ins Land kommen, müssen sich bei der Behörde unter immigration.desk@mae.etat.lu melden. Wer Flüchtlinge privat aufnimmt, sollte dafür sorgen, dass sie sich per E-Mail bei der Behörde melden. Nachdem die Behörde ihre Daten erfasst hat, verschickt sie eine Termineinladung. Der Minister geht davon aus, dass pro Tag rund 40 Personen bei der Behörde passieren können und riet davon ab, ohne Termin persönlich bei der Behörde zu erscheinen.

Vorübergehender Schutz

Ukrainische Flüchtlinge durchlaufen nicht das reguläre Asylverfahren, sondern erhalten vorübergehenden Schutz (protection tempo-

raire). Dieser Schutz gilt für alle Menschen, die zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs in der Ukraine gelebt haben, also auch Nicht-Ukrainer. Der vorübergehende Schutz gilt vorerst bis zum 4. März 2023 und kann darüber hinaus verlängert werden. Personen, die das Statut haben, haben ein Anrecht auf Nahrung, Kleidung, Unterkunft, medizinische Versorgung und Schulmaterial. Erwachsene bekommen eine Arbeitserlaubnis und können bei der Adem als Arbeitssuchende eingeschrieben werden. Sie können eine Ausbildung machen und Sprachkurse besuchen.

Bis Ende März soll ein „Guichet unique“ in der Hauptstadt eingerichtet werden für Flüchtlinge aus der Ukraine, wo sie alle nötigen Informationen bekommen.

„Kein Krieg des russischen Volkes“

In Luxemburg leben rund 2 000 Russen und etwa 1 000 Ukrainer. Asselborn machte noch einmal deutlich, „dass dies kein Krieg des russischen Volkes ist. Wir dürfen keine Anfeindungen gegen russische Staatsbürger tolerieren.“

● **Wir brauchen eine parallele Struktur und Prozedur zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine.**

Jean Asselborn, Außenminister

Wichtige Kontakte

- Registrierung von Flüchtlingen: immigration.desk@mae.etat.lu;
- Hotline und E-Mail-Adresse für private Hilfsinitiativen: 621 796 780 und ukraine@zesummeliwien.lu;
- E-Mail-Adresse zwecks Koordinierung von Flüchtlingstransporten: transport.ukraine@mae.etat.lu;
- Telefonnummer und E-Mail-Adresse für Flüchtlinge, die sich auf dem Weg nach Luxemburg befinden: 00352/2478-2386 und assistance.consulaire@mae.etat.lu.

Luxemburgs Ex-Premier Juncker: Putin hat uns alle getäuscht

Der ehemalige EU-Kommissionspräsident kritisiert scharf den russischen Einmarsch in die Ukraine. Friedensverhandlungen sind gescheitert. USA verlegen weitere Flugzeuge in die Eifel.

VON BERND WIENTJES
UND ROLF SEYDEWITZ

LUXEMBURG Der ehemalige luxemburgische Premierminister und frühere EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker verurteilt scharf den russischen Einmarsch in die Ukraine. Wladimir Putin habe die westliche Staatengemeinschaft seit Jahren bewusst getäuscht, sagt Juncker in einem exklusiven Interview mit unserer Redaktion. „Ich bin mittlerweile überzeugt, dass Putin das von langer Hand vorbereitet hat“, so der Luxemburger, der zugibt, dass er enttäuscht sei von dem russischen Staatschef, zu dem er nach eigenen Worten mal eine freundschaftliche Beziehung gehabt habe. Juncker findet für Putin klare Worte, er bezeichnet ihn als „lupenreinen Diktator“. Dieser müsse nun einsehen, dass der Krieg „auch Russ-

land ins Verderben führt und Russland in der Welt völlig isoliert ist“. Allerdings sei er nicht sehr optimistisch, dass Putin diese „menschliche Reife“ habe.

Junckers Pessimismus wurde beim Treffen des ukrainischen Außenministers Dmytro Kuleba mit seinem russischen Kollegen Sergej Lawrow in der Türkei bestätigt. Der hochrangige Schlichtungsversuch brachte am Donnerstag keine wesentlichen Fortschritte. Zwei Wochen nach Beginn des russischen Angriffs auf das Nachbarland gelang es nicht, eine zumindest zeitweilige Waffenruhe oder auch nur weitere Fluchtkorridore zu vereinbaren.

Als Bedingung für eine Einstellung der Gefechte fordert Russland, dass sich die Ukraine in ihrer Verfassung für neutral erklärt. Zudem müsse Kiew die annektierte Schwarzmeer-

Halbinsel Krim als russisch sowie die Separatistengebiete Luhansk und Donezk als unabhängige Staaten anerkennen. Beide Seiten hatten zuletzt eine gewisse Kompromissbereitschaft angedeutet. Doch betonte Kuleba: „Die Ukraine hat sich nicht ergeben, ergibt sich nicht und wird sich nicht ergeben!“ Kiew sei bereit für diplomatische Lösungen.

Das amerikanische Militär hat unterdessen weitere Flugzeuge in die Eifel verlegt. Vier Luftbetankungsflugzeuge samt 150 Soldaten wurden aus den USA auf der Air-Base Spangdahlem stationiert. Laut US-Verteidigungsministerium werden die zusätzlichen Kräfte in Stellung gebracht, „um auf das aktuelle Sicherheitsumfeld zu reagieren, das durch den russischen Einmarsch in die Ukraine entstanden sei“.

„Putin hat mich enttäuscht“

Ein Gespräch mit dem ehemaligen Premier und EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker über den Wandel seines Verhältnisses zu Wladimir Putin und die Folgen des Krieges in der Ukraine für die zukünftige europäische Sicherheitsarchitektur.

Interview: Martina Folscheid, Sarah München

Sie haben Wladimir Putin im Jahr 2000 kennengelernt und hatten eigenen Aussagen zufolge immer ein engeres Verhältnis. Wann haben Sie zum ersten Mal gedacht: Da stimmt etwas nicht?

Bei der Einverleibung der Krim. Das war für mich ein Verstoß gegen internationales Recht, und ich habe mich während der Zeit mit Putin heftigst ge- und zerstritten. Ich erinnere mich an eine Begegnung am Rande des G20-Treffens im australischen Brisbane, wo er spät in der Nacht unbedingt mit Angela Merkel und mir in seinem Hotel reden wollte. Das hat dann vier, fünf Stunden gedauert, wo wir ihm den Spiegel vor das Gesicht gehalten haben, was ihn aber kaum beeindruckt hat. Das war so ein Bruch, den er auch nicht verteidigt hat. Wir haben ihm vorgehalten, dass er dabei ist, seine Soldaten in der Ostukraine wirken zu lassen, und er hat einfach abgestritten, dass es überhaupt russische Soldaten in der Ostukraine gibt. Er hatte immer die Tendenz zu kleinen Lügen, und jetzt hat er eben eine ausgelebte Tendenz zu größeren Unwahrheiten.

Aber vorher war Ihr Verhältnis schon freundschaftlich?

Ja, ich habe zu ihm ein fast freundschaftliches Verhältnis gehabt und habe es auch gemocht, mit ihm zu reden, obwohl es immer höchst anstrengend war. Wir haben immer ohne Dolmetscher zusammengesessen, weil wir uns ja in Goethes Sprache unterhalten konnten, und es dauerte immer bis tief in die Nacht. Ich erinnere mich noch an ein Gespräch in St. Petersburg, wo ich mit ihm zu Mittag essen sollte. Das

Mittagessen fand dann um halb sechs statt. Er hatte andere Termine. Ich sagte ihm daraufhin, dass ich nun nicht mehr mit ihm weiterreden würde, weil er drei Stunden zu spät an sei. Meine Diplomaten bekamen Schüttelfrost, weil man ja den Tisch des russischen Präsidenten nicht einfach so verlässt. Aber ich habe es getan, weil mir das auf die Nerven ging. Er begleitete mich hinaus und fragte, ob ich um halb zehn wieder da sein könne. Ich war dann wieder da, und er warf mir bis drei Uhr in der Früh alles an den Kopf, was ihn am Westen und an der Allianz störte. Einiges Richtiges hat er gesagt, vieles, was nicht richtig war. Also: Wir waren Freunde, haben oft telefoniert, aber dann hat sich eine Distanz eingeschlichen. Ich habe ihn dann zwar immer noch getroffen, aber es war weniger herzlich.

Haben Sie in jüngster Zeit nochmal mit Putin gesprochen?

Nein, ich habe schon seit längerer Zeit nicht mehr mit ihm telefoniert. Er hat mich an dem Tag angerufen, an dem ich die Schlüssel an meine Nachfolgerin, Frau Ursula von der Leyen, übergab. Seither hatten wir noch lose Gesprächskontakte. Und ich habe ihn jetzt nicht mehr angerufen, er mich auch nicht. Insofern denke ich, ich kann jetzt keine parallele Diplomatie da entwickeln, das wäre nicht passend. Aber ich habe ihn wirklich privat als liebenswerten, zuhörbereiten Mann kennengelernt, umso größer ist meine

menschliche Enttäuschung. Und ich empfinde das nach wie vor als einen Verrat an seinen Freunden, die er über Jahre angesammelt hat, also mich hat das bestürzt, was er jetzt da in der Ukraine macht.

Ich habe mit ihm oft über die Ukraine und Georgien geredet, habe die jeweiligen Staatspräsidenten öfters in Brüssel empfangen. Ich habe auch auf die Ukraine eingewirkt, dass sie Vernunft annehmen sollte, wenn es um den Beitritt zur EU geht. Weil das ist ein – so war es jedenfalls, ob das jetzt anders ist, wage ich zu bezweifeln – hochkorruptes Land, in allen Gesellschaftsteilen gab es das Gift einer permanent feststellbaren Korruption. Das hat dazu geführt, dass ich allen Beitrittsgesuchen der Ukraine mit Vorsicht begegnete. Ich hatte als Kommissionspräsident den Ukrainern die Visafreiheit zugestanden, das hilft jetzt bei dem Flüchtlingsstrom.

Wie war das für Sie, als Putin nun ein ganzes Land überfallen hat?

Wir haben lange Zeit gedacht, Putin lasse die Muskeln spielen in Richtung Ostukraine, wo es vornehmlich russlandfreundliche Einwohner gibt. Aber dass er dann ein ganzes Land mit seinem Schrecken überzieht, hat mich doch sehr entsetzt. Obwohl, wenn ich darüber nachdenke – man denkt ja immer darüber nach, wenn es zu spät ist: Manchmal hat er zu einer sehr brutalen Ausdrucksweise gegriffen. Ich habe mit ihm über Tschetschenien geredet. Da hat er zu mir gesagt: „Ihr versteht das nicht im Westen, aber ich muss das Land säubern. Das ist ein Volk von Terroristen.“ Nach den Attentaten, die die tschetschenischen Terroristen auf das Dubrowka-Theater in Moskau organisiert hatten, habe ich mit ihm zusammen dort Blumen niedergelegt. Bei Sätzen wie „Ich werde diese Terroristen bis zur Toilette verfolgen“ war ich immer sehr erschrocken, wenn er zu dieser rhetorischen Brachialgewalt ansetzte. Und dann habe ich mir gedacht, dass man den Mann nicht nur in der Kategorie der Gutmenschen führen darf. Da passt er wirklich nicht rein.

Hat man ihn also unterschätzt?

Unterschätzt, ja. Der Westen, die Nato, die EU haben viele Fehler im Umgang mit Russland gemacht. Auch weil wir

Ukraine / Biélorussie / Moldavie
Russie

Conflits et guerres

2013, als wir an dem Punkt waren, einen Assoziierungsvertrag mit der Ukraine abzuschließen, zwar mit den Ukrainern geredet haben, aber nie mit den Russen. Der Kommissionspräsident und der Ratspräsident damals haben das einfach übersehen. Aber es ist halt passiert. Aber ich tue mich etwas schwer, jetzt über die Fehler des Westens zu spekulieren angesichts der tragischen Ereignisse, die in der Ukraine stattfinden. Es gibt keinen nachvollziehbaren, moralisch zu rechtfertigenden Kriegsgrund auf russischer Seite.

Aber in den Augen von Putin ist die Nato zu nah an die russischen Grenzen gerückt...

Diese Mär, dass die Nato zu nah an die russischen Grenzen herangerückt wäre in friedlicher Absicht, der muss man mit allen Argumenten – und es gibt viele – entgegentreten. Russland ist ja ein weniger großes Reich als die Sowjetunion, der er ja, hat er mir immer wieder gesagt, nachtrauert. Aber man muss wissen, dass die Nato-Erweiterung zur Folge gehabt hat, dass Nato-Staaten nur an sechs Prozent der russischen Grenze grenzen. Wissen die Europäer und wissen die Russen, dass wir nur an sechs Prozent der Grenzen reichen? Dies ist ein wichtiger Fakt, denn Putin vermittelt den Russen den Eindruck, als ob er von den Nato-Staaten umzingelt und eingekesselt wäre. Das sind die Beschreibungsworte, die er nuancenlos nach Russland hinein gebraucht.

Dass Barack Obama Russland als Regionalmacht bezeichnete, scheint Putin zutiefst verletzt zu haben. Wie sehr hat dies seine Expansionsstrategie beeinflusst?

Ich habe mich mit Barack Obama, mit dem ich ein korrektes Verhältnis hatte, immer wieder über diese unvernünftige Formel unterhalten, Russland als Regionalmacht zu bezeichnen. Russland ist auch im geopolitischen Sinne des Wortes eine Regionalmacht, aber klug war das nicht. In meinen Gesprächen mit Putin trat immer wieder der Vorwurf zutage, dass der Westen Russland nicht auf gleicher Augenhöhe behandeln würde. Vor allem die Amerikaner. Russland möchte das aber. Das war ein permanenter Punkt des Putinschen Diskurses mit europäischen Gesprächspartnern. Dieses Ambiente zwischen dem Westen und Russland haben wir unvernünftigerweise unterschätzt. Aber all dies ist ja nicht der Stoff, aus dem Kriegsmaterial gemacht werden kann.

Hört sich nach einem beleidigten Kind an...

Ja, aber die Russen sind ein sehr stolzes Volk, vor allen anderen Russen Putin selbst. Und ich habe mich immer wieder bemüht, Russland als Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur zu begreifen. Ich habe auch die letzten Jahre immer wieder dafür plädiert, dass man mit Russland trotz der Ukraine, was schwer genug fiel, eine für den Kontinent gedeihliche, nachbarschaftliche Zusammenarbeit anstreben sollte. Da hat Putin mir auch immer zugesprochen. Als ich dann die Schlüssel als scheidender EU-Kommissionspräsident an von der Leyen übergab, hat er gesagt, es sei schade, dass ich weggehe, denn ich hätte sie in großen Teilen besser verstanden als viele andere. Ich galt auch in Brüssel im Kreise der Regierungschefs als eine Art luxemburgischer, europäischer Russlandversther, weil ich mir immer dachte, wir müssen alles tun, um massive Konflikte mit Russland zu verhindern. Das ist eine Form von Naivität gewesen, von der ich mich selbst wundere, dass ich ihr so lange aufgesessen bin.

Verstehen Sie denn, warum er diesen Krieg überhaupt begonnen hat?

Nein, ich verstehe es nicht und habe auch null Verständnis dafür. Zu meiner persönlichen und politischen Enttäuschung gehört eigentlich, dass es die Friedensdividenden, die wir ab 1990 zu kassieren dachten, nicht mehr gibt. Wir haben wirklich gedacht, jetzt wird alles auf dem europäischen Kontinent so neu geordnet, dass wir, Russen und EU-Europäer, die Friedensdividende tugendhaft und gewinnbringend für beide Seiten organisieren oder eben verteilen können. Dieser Traum ist ausgeträumt.

Russland droht mit Atomwaffen.
Wie schätzen Sie diese Bedrohung ein?

Ich nehme diese Drohung ernst, aber ich denke nicht, dass Putin sein Land, sein Volk und uns auf demselben Arbeitsweg vernichten will. Das kann er nicht wollen. Aber ich habe ja auch nie gedacht, dass er in die Ukraine einfällt...

Er ist ja schon mitten dabei, seinem Land großen Schaden zuzufügen, durch getötete Soldaten, in wirtschaftlicher Hinsicht...

Er hat unterschätzt, welche Stringenz westliche Wirtschaftssanktionen zur Folge haben können. Er hat gedacht, die müssen ja auch im Westen auf ihre eigenen wirtschaftlichen Belange Rücksicht nehmen. Die treiben es nicht zu

weit. Zu den Sonderbarkeiten jüngster Zeit gehört ja die Tatsache, dass die westliche Staatenfamilie extrem geschlossen ist und zusammenhält. Und ich glaube, das hat er unterschätzt. Weil die Russen, bei aller Freundlichkeit der Begegnungen, eigentlich die EU als solche nie als Einheit begriffen haben, sondern immer versucht haben – das tun die Chinesen und Amerikaner übrigens auch, wenn auch nicht gleichermaßen – die europäischen Staaten auseinanderzutreiben. Das ist nicht eingetreten. Und erstaunlich und begrüßenswert ist auch, dass die internationale Völkerfamilie in ihrer überaus großen Mehrheit nicht nur russlandkritisch, sondern Russland-ablehnend ist.

Hätte man nach der Annexion der Krim nicht viel früher reagieren müssen?

Wir haben nach der Krim-Einverleibung ja auch Sanktionen erlassen. Vielleicht haben wir mit zu harmlosen Mitteln auf die Vorkommnisse in der Ukraine reagiert. Aber es gibt einen Unterschied zwischen der Krim und der Ukraine. Die Krim-Bevölkerung hat per Referendum der Annexion zugestimmt. In der Ukraine ist die Befindlichkeit eine andere. Im Osten gibt es eine stark ausgeprägte Hinwendung zu Russland, aber im Rest der ukrainischen Republik ist das nicht der Fall.

Gehen Sie davon aus, dass Putin den Krieg politisch überleben wird?

Niemand kennt die Verästelungen des russischen Machtapparates genau. Es hatte sich aber im Kreise der europäischen Regierungschefs die Ansicht und fast Einsicht breit gemacht, dass Putin nach dem Jelzin-Chaos wieder Ordnung geschaffen hat in Russland. Putin hat mir immer wieder gesagt: „Du musst wissen, ich bin nicht allein in Russland. Es gibt die Generalität, und das, was man früher die Rote Armee nannte, es gibt die Restbestände des KGB, die nicht nach Westen orientiert sind.“ Aber es gibt Armut in Russland, größere, als wir denken. Die russische Wirtschaft ist nicht sehr stark. Das Brutto-sozialprodukt Russlands entspricht dem Spaniens.

2024 stehen die US-Wahlen an. Donald Trump zeigt Verständnis für das Verhalten Putins. Falls er an die Macht käme, könnte Europa zerrieben werden zwischen den Weltmächten USA einerseits, und Russland, China andererseits. Welche Erkenntnis muss Europa schon heute daraus ziehen?

Ukraine / Biélorussie / Moldavie
Russie

Conflits et guerres

Mir ist immer aufgefallen, dass Trump sehr viel Verständnis für die Russen aufgebracht hat. Er wollte immer wieder, nachdem Russland nach der Ukraine-Annexion aus dem G8-Kreis ausgeschlossen wurde, Putin an den Tisch zurückbringen, gegen den Widerstand der Kanadier und des größten Teils der Europäer. Ich war damals auch der Auffassung, dass Russland an den Tisch gehört. Aber da er auf der Krim zu keiner besseren Einsicht zu bewegen war, hatte ich Verständnis dafür, dass man ihn eine Zeitlang in den Eisschrank stellt. Aber er hat im Eisschrank nie gezittert. Ich glaube, Trump hat die brachiale Gewalt beeindruckt, mit der Putin nicht nur rhetorisch vorgeht. Aber ich glaube nicht, dass die EU zwischen Russland und den Amerikanern zerrieben wird. Es gibt auch in der Biden-Administration nahtlose Zustimmung zu dem, was Amerikaner und europäische Alliierte an gemeinsamen Anstrengungen unternehmen. Gleiches trifft auf Kanada und auf viele andere Staaten zu.

Auch dann nicht, wenn Trump wieder ins Amt käme?

Wenn Trump wieder ins Amt käme – was ich so hundertprozentig nicht wünsche, weil ich mit ihm zu tun gehabt habe und weiß, wie gefährlich im militärischen Sinne er ist – glaube ich nicht, dass Europa zerrieben würde, wenn es seine Geschlossenheit bewahrt, und wir unsere militärischen Anstrengungen nach oben schrauben, ohne in eine Aufrüstungsspirale zu geraten. Wir sollten unsere Wehrhaftigkeit ertüchtigen durch eine Zusammenlegung vor allem im Bereich des militärischen Beschaffungswesens. Die Konkurrenz, die es zwischen europäischen Waffenproduzenten gibt, gilt es zu begradien. Es gibt in der EU 174 Waffengattungen. In den USA 30. Es gibt mehr Helikopterproduzenten als es EU-Mitgliedstaaten gibt. Es gibt einen amerikanischen Panzertyp, und 30 europäische. Der europäische Verteidigungshaushalt insgesamt entspricht der Hälfte des amerikanischen Verteidigungshaushaltes, aber unsere Effizienz entspricht genau 15 Prozent der amerikanischen Effizienz, weil wir uns Reibungsverluste erlauben aus stupiden nationalen Wirtschaftsgründen. Das muss sich ändern.

Sie haben schon 2015 den Aufbau einer europäischen Armee gefordert. Warum ist es bei der Idee geblieben?

Das ist eine eher sich in der Zukunft bewegendende Gesamtidée als ein kurz-

fristiges Sicherheitskonzept. Es gibt ja auch keine wirklich einsatzbereite europäische Armee. Die Briten, ja, aber die sind ausgeschieden, aber im Sicherheitsbereich trotzdem europäisch geblieben. Die Franzosen können ihre Armee, ich sage nicht gerne aufmarschieren lassen, aber sie können sie einsetzen in relativ kurzer Zeit. Die deutsche Bundeswehr kann das nicht. Es gibt keine weitere Armee in Europa, die ernsthaft dazu taugen würde, andere in die Knie zu zwingen. Das muss sich ändern. Aber indem ich mir zuhöre, habe ich den Eindruck, dass ich immer mehr rede wie ein Nato-General. Das ist überhaupt nicht mein Thema. Ich beschreibe nur, was ist. Und hätte gern, dass sich das alles ändert, ohne dass wir alles wieder aufs Spiel setzen.

Wird China nun die EU als Ganzes ernster nehmen, da diese nun als gestärkte Staatengemeinschaft an Bedeutung gewinnt?

Mag sein, aber China pflegt einen Umgang mit der Europäischen Union, der dem der Russen ähnelt, teilweise auch dem der Amerikaner. Die nehmen die EU nicht als Ganzes zur Kenntnis, auch nicht als einen zusammengewürfelten Haufen von Nationalstaaten, aber setzen immer auf das Auseinanderdividieren. Die Seidenstraße ist ein gutes Beispiel. Ich habe die 16 Europäer, die da mit den Chinesen auf der Seidenstraße wandeln, immer gewarnt vor der Abhängigkeit, in die sie sich begeben. Ich glaube nicht, dass China sich über Maßen beeindrucken lässt von dieser kollektiven Entschlossenheit der westlichen Alliierten, denn ich kann mir vorstellen, dass China sich denkt, dass das jetzt ein Zusammenschluss und ein Schulterchluss aus Angst ist. Und wenn die ganzen Konflikte ausgestanden sind, dann kann es seine Spielchen mit den Europäern weitertreiben. Also ich bin da auch nach vielen Gesprächen mit mehreren chinesischen Staatspräsidenten und den Premierministern eigentlich nicht zuversichtlich gestimmt, was eine Änderung der chinesischen Sicht auf die europäische Wirklichkeit anbelangt.

Man müsste China also dringend weiterhin den Schulterchluss zeigen...

Ja, die Abhängigkeit Europas von der russischen Wirtschaftskraft ist inexistent. Der Warenaustausch, und auch der Finanzdienstleistungsaustausch mit Russland ist relativ gering. Mit China auch. Die EU hat weniger Außenhan-

del mit China als mit der Schweiz, das weiß eigentlich niemand. Die Europäer sind sich ihrer relativen Stärke nicht bewusst. Deshalb ist es zu begrüßen, dass es jetzt diese Geschlossenheit der westlichen Alliierten gibt, von der ich mir wünschte, dass sie anhielte. Aber die Geschichte läuft manchmal schnell.

Denken Sie also, dass Europa wieder schnell zu „business as usual“ zurückkehrt, wenn wir das alles überstehen?

Ich glaube, dass der russische Überfall auf die Ukraine wie ein Weckruf wirkt. Es gibt vielleicht eine 75-prozentige Chance, dass die europäische Friedensordnung, nachdem sie neu gedacht worden wäre, auf dem europäischen Kontinent stabilisierend Einzug hält. Aber es wird nie mehr werden wie vorher. Und wir müssen jetzt höllisch aufpassen, dass wir nicht wieder strategische Fehler machen und geopolitischen Träumereien anhängen. Beispielsweise diesen in Brüssel grassierenden Slogan, dass die Ukraine jetzt sofort und im Schnelldurchgang Mitglied der EU werden muss, halte ich für nicht zielführend. Auch mitten im Sturm muss man aufpassen, kleine Schritte zu nehmen und nicht über die eigenen Füße zu stolpern. Die Ukraine war nicht beitragsfähig aus vielerlei Gründen, die Korruption habe ich erwähnt. Ich habe auch mit Wolodymyr Selensky in Kiew Gespräche über den Zustand der Ukraine führen müssen, um ihn von dieser Idee abzubringen, dass die Ukraine in kürzester Frist Mitglied werden könnte. Ich habe gelernt, auch nach der Erweiterung der EU nach Ost- und Mitteleuropa, dass wir doch sehr auf die kulturellen Unterschiede, die es aufgrund unterschiedlich gewachsener Geschichte in den europäischen Nationen gibt, achten müssen. Und die Ukraine ist ohne jeden Zweifel ein europäisches Land, sie braucht auch eine Beitrittsperspektive, genau wie der unruhige Westbalkan eine Beitrittsperspektive braucht, obwohl auch die Länder nicht beitragsfähig sind, das habe ich sehr zu Unbill der Westbalkanstaaten bei Amtsantritt in Brüssel gesagt und bleibe auch dabei. Wir dürfen die Probleme, die Staaten untereinander und miteinander haben, nicht in die EU importieren. Das ist eher ein Beitrag zur Fragilität als zur Stabilität.

Wie könnte die Zukunft Europas also aussehen?

Wir sollten rechtzeitig versuchen, Abrüstungsgespräche zwischen Russland und den Nato-Staaten auf den Weg zu

bringen. Ich stelle mir Fragen: Wie leben wir mit Russland zusammen? In ewiger Feindschaft? Mit aufgerissenen Mäulern und zähnefletschend? Das kann doch nicht der Weg des Kontinents in den nächsten 20 Jahren sein. Aber mit jedem Schuss in der Ukraine wächst der Hass. Das Hassvolumen nimmt zu. Und wir wissen aus leidvoller Erfahrung, wie lange es dauert, diese sich auftürmenden Hass Elemente wieder nach unten zu korrigieren und in normale Bahnen zurückzuführen.

Hätten Sie sich vorstellen können,

*„Auch mitten im Sturm
muss man aufpassen,
kleine Schritte zu
nehmen und nicht über
die eigenen Füße zu
stolpern.“*

*Die Ukraine nun im Schnell-
durchgang Mitglied der EU werden zu
lassen, hält Jean-Claude Juncker für
nicht zielführend*

**dass Sie jemals in einem Interview
über einen Krieg in Europa sprechen
würden?**

Nein, das hätte ich nie gedacht. Andererseits dürfen wir aber auch nicht den Jugoslawienkrieg in den 1990ern vergessen. Trotzdem: Wenn man über Krieg in Europa spricht, fühlt es sich an, als würde man eine Geschichte erzählen. Meine Gedanken drehen sich die ganze Zeit darum.

**Herr Juncker, wir danken Ihnen für
das Gespräch.**

*„Ich kann mir vorstellen,
dass China sich denkt,
dass das jetzt ein
Schulterschluss aus
Angst ist.“*

*Jean-Claude Juncker auf die
Frage, ob China die EU als Ganzes
nun angesichts der kollektiven
Entschlossenheit ernster nehmen wird*

*„Ich habe immer
zu ihm ein fast
freundschaftliches
Verhältnis gehabt.“*

*Der Kontakt zwischen Putin
und Jean-Claude Juncker
wurde mit der Zeit
distanzierter*

Luxembourg

INTERVIEW JEAN-CLAUDE JUNCKER

„Putin ist ein lupenreiner Diktator“

Er sei maßlos enttäuscht von Putin, sagt der ehemalige Luxemburger Premierminister und EU-Kommissionspräsident. In einem Interview mit dem Volksfreund spricht Jean-Claude Juncker über die Fehler der EU im Ukraine-Konflikt, die Chancen, den Krieg zu beenden, und darüber, wie eine Männerfreundschaft zerbrochen ist.

DAS INTERVIEW FÜHRTE
BERND WIENTJES

LUXEMBURG Er ist ein gewiefter Politiker, jemand, der klare Worte nicht scheut. Und der seine Kritik schon mal in ironischen Zwischentönen verpackt: Jean-Claude Juncker. Der 68-jährige Luxemburger kennt sich auf dem europäischen Parkett aus. Er war vom 1. November 2014 bis 30. November 2019 Präsident der Europäischen Kommission. Davor war er von 1995 bis Ende 2013 Premierminister in Luxemburg sowie von 2005 bis 2013 Vorsitzender der Euro-Gruppe. Dabei hat er immer wieder einmal den russischen Staatschef Wladimir Putin getroffen. Bis vor kurzem dachte Juncker, er hätte ein freundschaftliches Verhältnis mit dem Machthaber. Warum er nun maßlos von Putin enttäuscht ist und was die EU nun tun muss, damit die Waffen in der Ukraine vielleicht doch noch schweigen, darüber sprach unser Redakteur Bernd Wientjes mit Juncker.

Herr Juncker, was treibt Putin an? Was steckt hinter seinem Angriff auf die Ukraine? Haben Sie damit gerechnet?

JEAN-CLAUDE JUNCKER Nein, damit habe ich nicht gerechnet. Der Putin von heute ist nicht der Putin, den ich vor über 20 Jahren kennengelernt habe und mit dem ich ver-

sucht habe, gemeinsam Politik zu gestalten. Ich hatte eine sehr enge Beziehung zu ihm, fast wie eine Freundschaft. Dann ist das plötzlich gekippt. Ich kann mir nicht erklären, warum.

Es hat also in der Zeit, in der Sie Putin immer wieder einmal getroffen haben, keine Anzeichen dafür gegeben, dass er offenbar ein skrupelloser Machthaber ist?

JUNCKER Ich habe schon gemerkt, dass er über den Westen sehr enttäuscht war und seiner Unbill freien Lauf gelassen hat. Putin hat sich in seinem Kopf ein eigenes Weltbild zurechtgezimmert. Er glaubt, dass der Westen ihn belogen und auf die falsche Fährte gelockt habe. Putin wirft der Nato vor, ihre Staaten bis an die russische Grenze herangeführt zu haben, entgegen eines anders lautenden Versprechens. Ein derartiges Versprechen gab es aber nie.

Sie waren als Kommissionspräsident immer bemüht, den Gesprächsfaden mit Russland nicht abreißen zu lassen. War das ein Fehler?

JUNCKER Das war kein Fehler. Russland bleibt weiterhin unser Nachbar. Es gibt in Europa keine Sicherheitsarchitektur ohne Russland. Wenn wir nicht versucht hätten,

mit Putin zu reden, wäre der Konflikt mit Russland noch größer geworden. Es gibt aber keinen Grund, der die Kriegserklärung von Putin rechtfertigt. Krieg passt nicht in die moderne Welt.

Sie sagten eben, dass Sie so etwas wie ein freundschaftliches Verhältnis mit Putin hatten. Das heißt also, Sie sind jetzt auch menschlich von ihm enttäuscht?

JUNCKER Ich bin sehr enttäuscht von Putin, weil ich nicht gedacht habe, dass er täte, was er getan hat. Das passt nicht zu dem Putin, der 2001 eine Bundestagsrede gehalten und nicht zu dem Putin, wie ich ihn in den vielen Gesprächen kennengelernt habe. Ich bin auch deswegen enttäuscht, weil ich glaube, dass er über lange Jahre ein Verwirrspiel organisiert hat. Wir wissen doch aus unserem Privatleben, dass, wenn uns einer bewusst an der Nase herumführt, uns bewusst täuscht und bewusst in die falsche Richtung lockt, dann ist die Enttäuschung um so größer, je besser man sich mit der Person verstanden hat. Ich bin mittlerweile überzeugt, dass Putin das von langer Hand vorbereitet hat.

Herr Juncker, Sie haben 2015 den ungarischen Staatschef Orbán bei einer Begrüßung scherzhaft als Diktator begrüßt. Was ist denn dann in Ihren Augen Putin?

JUNCKER Mit der Bemerkung wollte ich deutlich machen, dass Orbán nicht so ist, wie die anderen europäischen Regierungschefs. Aber Putin spielt noch mal in einer anderen Liga. Er ist ein lupenreiner Diktator.

Wie weit wird Putin gehen? Droht ein Flächenbrand?

JUNCKER Ich kann mir nicht vorstellen, dass Putin, den ich als intelligenten Mann kennengelernt habe, so verblendet sein könnte, dass er den Konflikt ausweitet.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Rolle der EU in dem Konflikt? Wurde die Gefahr durch Putin nicht ernst genommen? Oder wollte man sie nicht ernst nehmen? Hätte man den Krieg seitens der EU verhindern können?

JUNCKER Da bin ich mir nicht sicher. Wir haben zwar Fehler gemacht in puncto EU-Beziehungen zu Russland. Etwa als wir 2013 ohne Konsultation von Russland einen As-

soziierungsvertrag mit der Ukraine angedacht haben. Auch haben wir nach der Annexion der Krim durch Russland 2014 den Nato-Russland-Rat zu Grabe getragen. Wir haben Russland aus der G8, der Gruppe der acht bedeutendsten Industrienationen, ausgegliedert. Das sind alles Vorgänge, die ich nicht in die Kategorie gehobene Staatskunst einreihen würde. Aber ich glaube, selbst wenn wir und auch die Russen alles richtig gemacht hätten, dass der Krieg nicht zu vermeiden gewesen wäre.

Hätten Sie eine andere Strategie gehabt?

JUNCKER Ich hätte vielleicht dafür gesorgt, dass die Wehrtüchtigkeit der europäischen Armeen erhöht worden wäre. Aber ich war nie der Meinung, dass mehr Waffen weniger Krieg bedeuten. Ich muss aber zugeben: Kurzfristig haben wir keine andere Wahl, als uns so aufzustellen, dass wir eine glaubhafte Abschreckung für die Russen darstellen. Ansonsten wird Putin nicht zu bremsen sein und er wird weiteres Unheil über den Kontinent bringen. Und dann kämen die Chinesen, die sich das Spannungsverhältnis zwischen Russland und der Nato genau anschauen. Wenn die Europäer in Europa auf militärisch herbeigeführte Grenzverschiebungen nicht reagieren, dann kann die Volksrepublik auch Taiwan angreifen. Daher ist die Antwort einer kurzfristigen Aufrüstung richtig. Aber nicht mittel- und langfristig.

Heißt das, die EU hätte die Ukraine aufrüsten müssen? War es ein Fehler, dem Land den Nato-Beitritt zu verweigern?

JUNCKER Nein. Ich war 2008 beim Nato-Gipfel in Bukarest dabei, als wir den Nato-Beitritt von Georgien und der Ukraine verhindert haben. Der Beitritt dieser Länder zur Nato zur damaligen Zeit hätte die Spannungen in den Regionen nur vergrößert. Ich bin auch jetzt noch sehr zu-

rückhaltend, was die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU geht. Das sind langwierige Verhandlungsprozesse, das wird seine Zeit brauchen. Und wir sollten daher keine falschen Hoffnungen wecken. Im Übrigen habe ich ja viele Gespräche mit dem früheren ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko geführt und dabei immer deutlich gemacht, dass die Ukraine nicht beitragsfähig war und ist. Die Korruption ist ein Thema, dass von den ukrainischen Regierungen nicht ernst genug genommen wurde.

Was kann denn jetzt noch getan werden, um den Konflikt nicht zu eskalieren?

JUNCKER Es muss dafür gesorgt werden, dass die geschlossenen Reihen nicht brüchig werden. Weder die EU-Staaten untereinander noch die Nato-Partner mit den anderen Teilen der Welt, etwa mit Australien und Japan. Diese Front muss stehen. Fragilität im Westen vergrößert die Instabilität im Osten.

Können Worte den Krieg beenden?

JUNCKER Worte können Kriege auflösen, aber nur in einzelnen Fällen beenden. Ein Idiot – ich sage aber nicht, dass Putin ein Idiot ist – kann einen Krieg beginnen. Um ihn zu beenden, braucht es 40 Genies. Es

ist aber fast nicht vorstellbar, dass 40 Genies in einem Raum zusammenkommen. Die Idioten werden zahlreicher, die Genies werden weniger.

Sie sehen also wenig Chancen für eine friedliche Lösung?

JUNCKER Ich setze auf die menschliche Reife der russischen Führung. Sie müsste jetzt einsehen, dass der Krieg auch Russland ins Verderben führt, dass Russland in der Welt völlig isoliert ist. Es gibt kaum noch Staaten, die sich offen zur Freundschaft und zu guten Beziehungen zu Russland bekennen. Wenn das die

russische Führung erkennt, könnte das zu einem Umdenken führen, das zu einem schnellen Ende der kriegerischen Auseinandersetzung beiträgt. Ich bin diesbezüglich aber nicht sehr optimistisch.

Und was erwarten Sie vom Westen?

JUNCKER Die internationale Staatengemeinschaft, vor allem der europäische Teil, muss Wege finden, die es Putin erlauben, sein Gesicht nach innen in Russland zu wahren. Dabei dürfen wir aber nicht unsere Prinzipien aufgeben, und zwar dass jeder Staat das Bündnis wählen kann, das ihm für seine Verteidigung und seine Sicherheit am angebrachtsten erscheint. Wir dürfen die Ukraine nicht zu Freiwild für die Russen erklären.

Braucht es noch härtere Sanktionen?

JUNCKER Sanktionen sind wichtig. Ich bin aber nicht überzeugt davon, dass härtere Sanktionen angesagt sind. Die beschlossenen Sanktionen zeigen ja Wirkung. Man darf nun nicht locker lassen. Es sei denn, Putin würde belastbare Schritte einleiten in Richtung europäischer Friedensordnung.

Die Welt wird sich nach dem Krieg verändern. Droht eine neue Blockbildung, ein neuer Kalter Krieg?

JUNCKER Die Friedensdividende ist weg. Nun befinden wir uns wieder in einer Aufrüstungsspirale. Gut wäre es, wenn kluge Menschen hüten und drüben Wege ersinnen würden, um sofort in Abrüstungsverhandlungen einzutreten. Und klug wäre es, wenn sich in unserem Teil Europas das Wissen verfestigen würde, dass wir auch nach diesem schrecklichen Krieg geregelte Stabilitätsverhältnisse auf dem Kontinent brauchen. Und dazu gehört auch ein kluger, abgestufter, in Phasen vollziehender Gesamtdialog mit Russland.

Hohe Zwei-Prozent-Hürde

Was die NATO-Vorgabe für Luxemburg bedeutet

Von Marc Schlammes

Man kann nicht immer dem Spitzenpeloton angehören. In der Entwicklungszusammenarbeit gehört Luxemburg seit vielen Jahren zum kleinen Kreis an Ländern, die die UN-Vorgabe einhalten beziehungsweise überbieten und mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandproduktes (BIP) in die Kooperationshilfe investieren.

Anders verhält es sich in der Verteidigung. Das Großherzogtum bringt in diesem Jahr 0,6 Prozent seines BIP auf, verpasst damit die NATO-Zielsetzung von zwei Prozent und ist Schlusslicht aller 30 Mitgliedstaaten – wobei derzeit lediglich etwa ein Drittel der Länder die vor acht Jahren in Wales vereinbarte Marke einhalten.

Minister will „versachlichen“

Nicht zuletzt aufgrund des Drucks, den sowohl die NATO selbst als auch die USA als größter Lastenträger innerhalb der Nordatlantischen Allianz ausüben – ein Druck, der mit dem seit einem Monat tobenden Ukraine-Krieg und der Debatte um die Wehrhaftigkeit des Westens zugenommen hat – ist François Bausch (Déi Gréng) um eine angemessene Einordnung der luxemburgischen Verteidigungsleistung bestrebt.

„Versachlichen“ will der Armee-minister die Debatte, die hierzu-lande zuletzt auch von der Opposition befeuert wurde: Beim CSV-Kongress am Samstag bekräftigte Parteichef Claude Wiseler die Erwartung seiner Partei, dass Luxemburg in drei, vier Jahren rund ein Prozent in seinen Verteidigungshaushalt investiert. Eine Zielsetzung, die der Minister ebenso „nicht realistisch“ und „nicht realisierbar“ einschätzt wie das globale NATO-Ziel von zwei Prozent. An die Adresse der CSV erinnert er zudem daran, dass die budgetäre Leistung der letzten Regierung unter Regie der Christlich-Sozialen zwischen 2009 und 2013 bei 0,39 Prozent lag.

Realistisch und realisierbar sind für François Bausch 0,72 Prozent bis 2024. In absoluten Zahlen entspricht dies 558 Millionen Euro; für

2022 macht der Verteidigungshaushalt 464 Millionen Euro aus, wobei das militärische Material (163 Millionen Euro), die Verteidigung mit unter anderen den internationalen Missionen (124 Millionen Euro) und die Armee (107 Millionen Euro) die drei größten Ausgabenposten darstellen.

Würde die Regierung das Zwei-Prozent-Ziel anpeilen, würde dies einem Aufwand von 1,7 Milliarden Euro entsprechen, den Luxemburg jedes Jahr leisten müsste, rechnet der Grünen-Minister vor – und liefert gleich zwei Argumente nach, weshalb das „nicht realistisch“ und „nicht realisierbar“ sei: Zum einen müssten dann 7,5 Prozent aller Ausgaben des Staatshaushaltes in die Verteidigung fließen. Zum anderen würde dies der jährlichen Investition in einen Kommunikations- und einen Beobachtungssatelliten, einen Versorgungs- und einen Transportflieger sowie 80 taktische Fahrzeuge entsprechen. Von der budgetären Dimension abgesehen, hätte er auch keine Ahnung, wo er die notwendigen Halten zur Unterbringung finden würde, stellt Bausch diese Umsetzung als illusorisch dar.

Verhängnisvolles BIP

Den Mitgliedern des zuständigen parlamentarischen Ausschusses legte der Ressortminister am Montag dar, weshalb die zwei Prozent nicht zum Maß aller Dinge erklärt werden dürften. So wird Luxemburg beispielsweise sein sehr hohes BIP zum Verhängnis: Hätten die Benelux-Partner ein ähnliches BIP-Niveau müsste Belgien statt 4,7 Milliarden Euro 12,3 Milliarden Euro aufbringen (aktuell 1,05 Prozent), so Bausch. Bei den Niederlanden würden die heutigen 1,47 Prozent 25,3 statt 11,5 Milliarden Euro entsprechen. Außerdem würde Luxemburg mit seinem jetzigen Prozentwert über dem NATO-Mittelwert je Einwohner und je Soldat liegen.

Bausch plädiert zudem dafür, in der Verteidigungspolitik nach Möglichkeit die Kräfte zwischen den NATO-Ländern zu bündeln – wie bereits beispielsweise bei den

A400M- und MRTT-Flotten geschehen –, was mit den Begriffen „Pooling“ und „Sharing“ beschrieben wird. Gerade als kleines Land könne man über diesen Weg an Souveränität gewinnen, hebt der Minister hervor. Und führt ein weiteres Argument an, das für das luxemburgische NATO-Engagement sprechen würde: Die Investitionen machen 40 Prozent aus; von NATO-Seite werden 20 Prozent erwartet.

„Luxemburg ist und bleibt ein zuverlässiger Partner“, schlussfolgert Bausch letztlich und untermauert seine Aussage anhand von drei Beispielen: Bis 2028 soll das gemeinsame belgisch-luxemburgische Bataillon Form annehmen, die Direction de la Défense ist dabei ein „erweitertes Sicherheitskonzept“ auszuarbeiten, das unter anderem ein Augenmerk auf die Vorbeugung im Zusammenhang mit dem Klimawandel legt, und bis zum NATO-Gipfel im Juni in Madrid soll die Verteidigungsstrategie verfeinert werden, beispielsweise im Bereich der Cyber-Sicherheit.

„Komplexe geopolitische Lage“

Was die Idee eines Militärspitals angeht, die einst sein Amtsvorgänger ins Spiel brachte, verweist François Bausch darauf, dass der Ball zurzeit bei der Santé liege. Außerdem müsste diese Einrichtung so konzipiert werden, dass sie auch mit den NATO-Kriterien („... répondre aux besoins des forces armées ...“) vereinbar ist.

Armeechef Steve Thull ordnet die Debatten um den NATO-Beitrag, die nicht nur in Luxemburg geführt werden, in ihren historischen Kontext ein und spricht von einer „komplexen geopolitischen Lage“. Seit den kriegesischen Auseinandersetzungen 2008 in Georgien, den seit 2014 anhaltenden Kämpfen im Donbass und der russischen Annexion der Krim im gleichen Jahr habe es innerhalb des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses eine Rückkehr zu den Wurzeln gegeben, blickt der General zurück, mit einer Rückbesinnung auf Artikel 5, den soge-

nannten Bündnisfall, und auf die Notwendigkeit, über schweres militärisches Gerät zu verfügen.

Vor diesem Hintergrund verständigt sich der NATO-Gipfel 2014 auf das Zwei-Prozent-Ziel. In den Folgejahren trägt die Allianz zwei zusätzlichen Einsatzdomänen Rechnung, neben den klassischen Interventionsfeldern zu Land, zur See und in der Luft: 2019 der Weltraum und schon 2016 die Cybersicherheit.

Das wichtigste Arbeitsinstrument der Nordatlantischen Allianz, in dem die Gefahren formuliert und das militärische Entgegentreten definiert und umgesetzt wird, so dass die Widerstandsfähigkeit gewährleistet ist, ist der „NATO Defence Planning Process“. „Verteidigung muss man akribisch planen“, resümiert General Thull dieses Instrument, das aus fünf Etappen besteht, die jeweils über einen Zeitraum von vier Jahren abgewickelt werden.

Was das Blue Book zu bedeuten hat

Sind die Regierungen für die Festlegung der politischen Leitlinien, die das Gefahrenpotenzial definieren, zuständig, fallen die anderen Phasen in den Kompetenzbereich des Militärs: von den Antworten der Armeen auf diese Gefahren, die Aufteilung der Gefahrenbewältigung unter den 30 Mitgliedstaaten, die anschließende Umsetzung und letztlich das Monitoring der festgelegten Richtlinien.

In all diesen Phasen steht der Armeechef gewissermaßen an vorderster Front, muss er doch Sorge dafür tragen, dass die in einem sogenannten „Blue Book“ festgeschriebenen Hausaufgaben erledigt werden und dass auch Luxemburg das Prinzip des „fair burden sharing“, der fairen Lastenteilung, beherzigt. „Wir müssen in den Bereichen, wo wir liefern, ein solidarischer und glaubwürdiger Partner sein“, beschreibt Steve Thull die Aufgabenstellung. Und gibt beim Pressetermin auf dem Härebiert – wo sich der Wandel der Armee auch an den Infrastrukturen zeigt: da moderne, funktionelle Hallen, dort betagte Gebäude mit dem Charme des vergangenen Jahrhunderts – einen Einblick in die personelle und materielle Herausforderung, die das NATO-Engagement für Luxemburg bedeutet.

2016 beispielsweise schreibt das Blaubuch dem Großherzogtum vor, taktische Drohnen zu erwerben, die zur Aufklärung in einem

Wirkungsradius von 90 Kilometer eingesetzt werden können, und seine Soldaten darauf zu schulen. Im Ernstfall kann diese Aufklärungsarbeit Brigaden (5 000 Soldaten) wichtige Informationen liefern.

Des Weiteren soll Luxemburg zwei Kompanien (je 100 Soldaten) samt Fuhrpark stellen. „Da haben wir nun ein Problem“, weist General Thull darauf hin, dass es sich um zwei unterschiedliche Fahrzeugtypen – Dingo und Hummer – mit unterschiedlicher Technologie handelt, die zudem mittlerweile in die Jahre gekommen ist. Das Problem wird allerdings in absehbarer Zeit behoben mit dem Erwerb von rund 80 neuen Fahrzeu-

gen, die den heutigen militärischen Standards entsprechen, und deren Betrieb und Unterhalt im Kostenpunkt von 367 Millionen Euro enthalten sind.

Mit dem „Blue Book“ von 2020 wartet eine neue, große Herausforderung auf die luxemburgische Armee: die Schaffung eines gemeinsamen, 800 Mann/Frau starken belgisch-luxemburgischen Bataillons. Bis 2028 soll diese Einheit stehen; in den kommenden Wochen und Monaten müssen Arbeitsgruppen die Umsetzung planen. Eine unter vielen Fragen, die zu beantworten sind, ist die des Standortes für das Bataillon. Eine andere Frage betrifft die materielle Ausstattung, wobei das „mot

d'ordre“ Interoperabilität lautet. Ein Beispiel dieser Harmonisierung der Ausstattung ist der A400M; der Transportflieger wird zusammen mit Belgien betrieben und bettet sich darüber hinaus in eine multinationale Anschaffung innerhalb der NATO ein.

Schwerpunkte des Militärgesetzes

„Die luxemburgische Armee wird sich grundlegend verändern“, blickt Steve Thull nach vorn. Zu dieser Veränderung wird neben den Bündnispflichten auch das neue Militärgesetz beitragen, dessen Entwurf sich zurzeit auf dem Instanzenweg befindet. Da die Armee, wie ihr General zu bedenken gibt, nicht zuletzt aufgrund einer

zunehmenden Diversifizierung „personell an ihre Grenzen“ stößt, sieht die künftige Gesetzgebung ein breiteres Rekrutierungsfeld vor – eben auch, um mit passenden Profilen Antworten auf die vielfältigen Aufgaben zu geben. Außerdem soll das Engagement von drei auf vier Jahre verlängert werden, um eine angemessene Ausbildung zu gewährleisten.

Weshalb dieser Punkt für ihn so wichtig ist, veranschaulicht der Armeechef mit einem Vergleich: Wenn sich die Rekruten bereits nach drei Jahren anderweitig engagieren, ist das in etwa so, als wenn der Bäcker seinen Gesellen zu dem Zeitpunkt verliert, wo dieser weiß, wie man ein Brot backt.

● *Luxemburg ist
und bleibt
ein zuverlässiger
NATO-Partner.*

François Bausch, Armeeminister

● *Verteidigung muss
man akribisch
planen.*

Steve Thull, Armeechef

Zahl des Tages

1 700 000 000

1,7 Milliarden Euro müssten jährlich im Staatshaushalt verbucht werden, wenn Luxemburg zwei Prozent seines BIP für die Verteidigung aufbringen wollte. 2022 sind es 464 Millionen Euro oder 0,6 Prozent.

Verteidigung aus dem Weltraum

Kommunikation und Erdbeobachtung: Verteidigungsminister

François Bausch stellt erste Weltraum-Strategie vor

Luxemburgs militärische Stärken liegen auf einem anderen Gebiet als bei der Truppenstärke und teuren Rüstungsgütern: „Wir können keine großen Truppen aufbauen oder uns viel schweres Material wie Panzer zulegen, aber wir können durch die Nutzung des Weltalls einen Impakt haben“, betonte Verteidigungsminister François Bausch (Déi Gréng), als er gestern die erste Weltraum-Verteidigungsstrategie Luxemburgs vorstellte. Hier habe man wichtige Kapazitäten, die sowohl einen militärischen, wie auch einen zivilen Mehrwert bringen.

Der Weltraum spiele eine immer bedeutendere Rolle für die Entwicklung und den Fortschritt der Erdbevölkerung, das berge aber auch Risiken und Gefahren – Stichwort Cybersicherheit –, weshalb der Weltraum auch zunehmend in die Verteidigungsstrategien aufgenommen werde, erklärte Bausch. Denn mit unter ande-

rem dem UN-Weltraumvertrag von 1960 wollte die UN zwar die friedliche Nutzung des Weltraums absichern, Konflikte sind heute bei der Vielzahl der Nutzer aber nicht mehr ausgeschlossen.

Weltraum spielt schon Rolle in Luxemburgs Wirtschaft

Vor diesem Hintergrund wurde Luxemburgs erste Weltraum-Verteidigungsstrategie ausgearbeitet. Sie beruht einerseits auf dem 2018 gemeinsam mit dem Satellitenbetreiber SES eingeführten Programm LuxGovSat, einem Satellit, der vor allem die sichere Kommunikation unterstützt. Dieser war ein wichtiger Beitrag Luxemburgs bei den UN-Einsätzen in Mali und in Mosambik und wurde nun auch von der NATO für die Ukraine angefragt, um eine sichere Internetverbindung zu gewährleisten.

Dazu kommt der Erdbeobachtungssatellit LUXEOSys, der rein von der Armee genutzt wird und auf Dauer um weitere Satelliten in

einem höheren Orbit ergänzt wird. Auch hier ist eine Nutzung für zivile Zwecke denkbar durch beispielsweise die Beobachtung der Auswirkungen des Klimawandels. Diese Daten können unter anderem für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt werden.

Vier strategische Ziele

„Der Weltraum spielt bereits eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Diversifizierung Luxemburgs, da liegt die Nutzung zu Verteidigungszwecken auf der Hand“, erklärte Bausch, der vier Ziele anführte, die mit der Strategie erreicht werden sollen. So sollen die aktuell bestehenden Weltraumsatelliten konsolidiert werden, indem in weiter entfernte Orbits vorgedrungen wird, um die ständige Kommunikation zu garantieren, aber auch um die Weltraumsituation besser kennenzulernen.

Die Satelliten sollen das Weltall putzen und Schrott einsammeln,

aber auch die anderen Satelliten beschützen: Cyberattacken abwehren, die aus dem Weltall kommen sowie die Kommunikation absichern. Luxemburg will sich zudem dafür einsetzen, dass Regeln und Normen erstellt werden, um ein verantwortungsvolles Verhalten im Weltraum abzusichern.

Drittes Ziel ist die Stärkung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit, aber auch der Entwicklung und Forschung an etwa der Uni.lu. Zwei Prozent der Verteidigungsausgaben sollen künftig in diesen Bereich fließen. Und last but not least möchte die Armee attraktiver werden: „Wir können ganz andere Berufsbilder einstellen“, bekräftigte Bausch. Luxemburgs Verteidigungsausgaben lagen laut dem Minister 2013 bei 0,3 Prozent des BIP, jetzt seien es 0,7 Prozent. „Das ist eine Höhe, die wir vorher nie erreicht haben und wir heimsen viel Lob dafür ein.“ wel

Luxemburgs Weltraumstrategie

VERTEIDIGUNG François Bausch über die Zukunft im All

Sidney Wiltgen

Clean Space, Spatial Awareness ... Was futuristisch klingt, ist in Luxemburg demnächst Realität: Verteidigungsminister François Bausch hat Luxemburgs Verteidigungsstrategie fürs Weltall vorgestellt. Diese soll künftig auf vier Standbeinen stehen. Auch zur Lage in der Ukraine äußerte sich François Bausch.

Konsolidierung, Handlungsfreiheit, Kooperation und qualifizierte Arbeitskräfte – hinter diesen vier Begriffen versteckt sich die neue Weltall-Verteidigungsstrategie des Luxemburger Verteidigungsministeriums. „Unsere Gesellschaft ist in zunehmendem Maße vom Weltall abhängig“, sagte der Luxemburger Verteidigungsminister François Bausch („déi gréng“) am Montag auf einer Pressekonferenz. Die NATO habe das Weltall längst als Einsatzgebiet, die EU als strategische Priorität anerkannt. „Die anfallenden Kosten werden zum Luxemburger Verteidigungsbudget hinzugezählt werden.“ Ein Anstieg, der die Militärausgaben Luxemburgs auf 0,72 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsproduktes des Landes hieven wird. Die NATO-Bündnispartner verpflichten sich eigentlich, zwei Prozent des jährlichen BIP zu Verteidigungszwecken auszugeben.

Bis 2030 soll Luxemburg somit zu einem verlässlichen Partner im Weltall werden. Drei Leitlinien sollen dem Konzept des Verteidigungsministers den Weg dorthin ebnen. Einerseits soll Luxemburg stärker mit den Ländern kooperieren, die die gleichen Werte teilen, die derzeitigen Kapazitäten im All stärken, wobei besonders darauf geachtet werden soll, dass die Satelliten sowohl zivilen als auch militärischen Zwecken dienen können. Damit verfolge Luxemburg vier strategische Ziele.

Schutz vor Cyberattacken

„Wir wollen unsere vorhandenen Kapazitäten konsolidieren“, sagte François Bausch. „Diese sollen besser vor Angriffen geschützt werden.“ Auch die Entwicklung neuer Systeme wolle man vorantreiben. Ein wichtiger Punkt sei die „Spatial Awareness“, für die eine Plattform in Brüssel aufgebaut werde. „Luxemburg beteiligt sich mit 6,8 Millionen Euro an der Finanzierung dieser Plattform“, sagte Bausch. Hinter dem Begriff der „Spatial Awareness“ verbirgt sich der Umstand, dass sich die aktuellen und zukünftigen Weltraum-Akteure über die Gefahren im Weltraum bewusst sein müssen. Neben dem sich ansammelnden Weltraumschrott zählen dazu auch Asteroiden und feindselige Annäherungen anderer Weltraumnationen. Es sei ein wichtiger Punkt, um die Luxemburger Satelliten und die der Verbündeten zu schützen.

Die Handlungsfreiheit, der zweite Sockel der Vier-Punkte-Strategie, knüpft direkt an den ersten an. „Clean Space“ lautet das Stichwort, das François Bausch bei der Vorstellung in die Runde warf. „Sie müssen sich vorstellen, dass der Weltraumschrott anhand von riesigen Fangnetzen aufgesammelt wird“, erklärte Bausch. Auch müsse der nötige Schutz der Satelliten vor Cyberangriffen sichergestellt werden. Cyberattacken, die nicht zuletzt durch den Krieg in der Ukraine wieder an Aktualität gewonnen haben. „Luxemburg hat keinen Anstieg an Cyberattacken in den letzten Stunden registriert“, gab Bausch auf Tageblatt-Anfrage zu Protokoll. „Andere europäische Partner und die Ukraine waren aber bereits Ziel solcher Attacken.“

Anhand verstärkter nationaler und internationaler Partnerschaften soll auch die Koordination innerhalb der NATO und der EU verstärkt werden und qualifizierte Arbeitskräfte für den Bereich der Verteidigung angeworben wer-

den. Unter anderem prüfe das Verteidigungsministerium eine eigene Karrierelaufbahn „Weltall“ und strebe eine stärkere Kooperation mit der Universität Luxemburg an.

Auch zur aktuellen Lage in der Ukraine stellte sich der Luxemburger Verteidigungsminister einigen Fragen der anwesenden Journalisten. „Die Regierung steht in Gesprächen mit der SES wegen der Verbreitung des russischen Propagandasenders Russia Today“, sagte Bausch zum Luxemburger Satellitenbetreiber. „Lëtzebuerg wëll mat sou eppes näischt ze dinn hunn“, erklärte Bausch den „Wunsch der Regierung“. Zum Wunsch der Ukraine, möglichst schnell EU-Mitglied zu werden, sagte Bausch: „Jedes souveräne Land hat das Recht, einem Bündnis beizutreten“, so der Verteidigungsminister. „Für ein Eintrittsticket in die EU würden aber noch andere Punkte wie zum Beispiel die Rechtsstaatlichkeit in Betracht gezogen werden.“

Kurz nach der Pressekonferenz reagierte der Luxemburger Satellitenbetreiber auf eine Tageblatt-Anfrage. „Wir sind uns der Diskussionen in der EU über Sanktionen bewusst, die bestimmte russische Sender und Einrichtungen betreffen“, heißt es in einer Antwort des Unternehmens. SES ist ein in Luxemburg ansässiges Unternehmen und wird sich unverzüglich an alle Sanktionen der Europäischen Union halten. Derzeit verfügten jedoch „alle von SES ausgestrahlten Kanäle über gültige Sendelizenzen“. Das könne sich ändern, sobald neue EU-Verordnungen verabschiedet werden. „Wir erwarten eine klare Stellungnahme der EU und SES wird sich selbstverständlich an alle geltenden EU-Vorschriften halten.“ Die Post hatte am Montag angekündigt, den russischen Sender aus seinem Sendeangebot zu streichen.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Luxemburger Wirtschaft bezieht klar Position

UKRAINE Stellungnahme von Arbeitgebern und Finanzplatz

Christian Muller

Luxemburgs Wirtschaft bezieht in der aktuellen politischen Situation in Europa klar Stellung. Sie klagt nicht über die finanziellen Folgen von Sanktionen. Sie stellt sich ganz deutlich gegen den Angriffskrieg von Russlands Präsident Putin.

„Wir verurteilen den Einmarsch Russlands in die Ukraine auf das Schärfste“, so der Luxemburger Arbeitgeberverband in einer kurzen Stellungnahme. „In diesen dramatischen Momenten stehen die luxemburgischen Arbeitgeber an der Seite der Ukraine und bekunden ihre Solidarität mit dem ukrainischen Volk“, schreibt der Dachverband, zu dessen Mitgliedern der Bankenverband ABBL, der Verband der Versicherer ACA, sowie Handelskammer, Handwerkskammer, der Handelsverband CLC, die „Fédération des artisans“, Fedil und Horesca zählen.

„Wir unterstützen die internationalen Bemühungen, einem Krieg entgegenzutreten“, so die UEL weiter. „Wirtschaftlicher Wohlstand und Frieden gehen immer Hand in Hand, und jede militärische Aggression setzt das Wohlergehen aller betroffenen Nationen und ihrer Menschen einer nicht annehmbaren Bedrohung aus.“ Sie richte Schaden auf allen Seiten an. Weiter fügt der Dachverband hinzu, dass man die luxemburgische Regierung bei allen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, die sich in Kürze aus den jüngs-

ten Ereignissen ergeben, unterstützen werde.

Auch vonseiten des Finanzplatzes wird nicht über Sanktionen und mögliche Verluste geklagt. Bereits vor einigen Tagen hatte sich das Sprachrohr des Finanzplatzes, Luxembourg for Finance (LFF), sehr deutlich zu Putins Angriffskrieg geäußert. Aufmacherbild seiner Newsletter von März 2022 ist nicht nur die mittlerweile jedem bekannte blau-gelbe Flagge. Auch das Logo der Organisation erstrahlt in Gelb und Blau. In dem obersten Artikel der Newsletter bezieht der Finanzplatz zudem ganz klar Stellung.

„Letzte Woche hat Russland einen Angriffskrieg gegen sein Nachbarland Ukraine begonnen“, schreibt LFF. „Was auch immer die Gründe sein mögen, die Entfesselung von Panzern und Bomben, die unschuldige Menschen töten, ist nicht akzeptabel.“

Bisher verlief der Krieg nicht nach den Plänen von Herrn Putin, schreibt das Sprachrohr des Finanzplatzes weiter. „Auch wenn er geglaubt haben mag, dass die russische Militärmacht ihre Ziele schnell erreichen könnte, wurde ihre vermeintliche Stärke durch die Entschlossenheit der tapferen Ukrainer, die gezeigt haben, dass sie ihr Land nicht kampflös aufgeben werden, stark beeinträchtigt. Das ukrainische Volk und sein Präsident haben unseren Respekt und unsere Sympathie für ihre Tapferkeit und Würde.“

„Herr Putin mag geglaubt haben, dass ‚Macht Recht schafft‘

und dass die westliche demokratische Welt nicht in der Lage wäre, seinem Handeln etwas entgegenzusetzen“, findet LFF sehr deutliche Worte. „Heute muss er erkennen, dass dieser Glaube ein Irrtum war. Die wirtschaftliche Macht Europas und seiner Verbündeten kann einen ganz schönen Schlag versetzen, denn das Arsenal der Demokratie besteht heute auch aus wirtschaftlichen und finanziellen Instrumenten, die mehr Macht haben als große Panzerkolonnen.“

Dass die von der EU und ihren Verbündeten ergriffenen Maßnahmen „unweigerlich wirtschaftliche Folgen für unsere Volkswirtschaften haben“ werden, ist der Agentur zur Förderung und Entwicklung neuer Geschäftsmöglichkeiten für den Finanzplatz Luxemburg dabei bewusst. Aber „Europa ist heute geeinter denn je, und wir sind bereit, diese Folgen zu tragen, denn wenn wir die Aggression von Herrn Putin nicht stoppen, wird er auch nach der Ukraine nicht Halt machen.“

Das Arsenal der Demokratie besteht heute auch aus wirtschaftlichen und finanziellen Instrumenten, die mehr Macht haben als große Panzerkolonnen

Luxembourg for Finance

Das Ende der Naivität

Franz Fayot über die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Wirtschaft und den Umgang mit Autokratien

Interview: Thomas Klein

Der Ukraine-Krieg ist in vielerlei Hinsicht eine Zeitenwende. Kurzfristig dürfte er die Wirtschaft, die sich gerade erst von den Folgen der Pandemie erholt, empfindlich zurückwerfen. Langfristig wird er sowohl die Wirtschaftspolitik des Westens als auch den Umgang mit autokratischen Mächten nachhaltig verändern. Das „Luxemburger Wort“ sprach mit Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) über die unmittelbaren Folgen der Krise für Luxemburg sowie das notwendige strategische Umdenken.

Franz Fayot, bei aller Unsicherheit in der aktuellen Situation: können Sie eine Einschätzung geben, wie der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen sich auf die luxemburger Wirtschaft auswirken werden?

Wir haben zunächst einmal eine Aufstellung gemacht und gesehen, dass derzeit etwa 20 Luxemburger Betriebe in Russland aktiv sind und vier eine eigene Niederlassung dort haben. Für die Firmen wird das Geschäft natürlich nicht einfacher. Im Einzelnen muss man sich jetzt anschauen, mit welchen Handelspartnern die Betriebe arbeiten, ob diese Handelspartner von irgendwelchen Sanktionen betroffen sind und ob die Geschäfte der Betriebe überhaupt weiterlaufen können. Auf der anderen Seite gibt es auch eine ganze Reihe von russischen Firmen, die hier aktiv sind, zum Beispiel im Finanzsektor, aber auch in der Industrie und im Dienstleistungsbereich. Deren Geschäft wird natürlich vom Krieg, den Sanktionen und möglichen russischen Gegenmaßnahmen beeinträchtigt. Wir sind aktuell dabei, ein Mapping zu erstellen, um einen Überblick zu bekommen, welche Betriebe oder welche Aktionäre von Unternehmen in Luxemburg von den Sanktionen betroffen sind. Erst dann können wir genau abschätzen, was die Aus-

wirkungen auf die luxemburger Wirtschaft sind. Aber klar ist natürlich, dass die Folgen für die Handelsbeziehungen mit Russland beträchtlich sind.

Welche Folgen hat der Ausschluss Russlands aus dem Swift-System für die luxemburger Finanzindustrie?

Die Swift-Sanktionen werden natürlich einen Effekt auf den Finanzplatz Luxemburg haben. Wie schwerwiegend oder tiefgreifend diese sind, kann man zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz abschätzen. Wir haben hier einige russische Banken und luxemburger Beteiligungen an russischen Gesellschaften, es gibt eine ganze Reihe von Verflechtungen.

In der Vergangenheit hatten wir gute wirtschaftliche Beziehungen zu Russland. Wir unterhalten in Moskau eine Botschaft und wir haben einen Attaché économique vor Ort. Das können wir jetzt erstmal abschreiben. Dieser Aggressionskrieg ist komplett inakzeptabel. Wir sind absolut solidarisch mit den Menschen in der Ukraine und stehen voll hinter den Sanktionen der Europäischen Union.

Es zeichnet sich zunehmend ein Systemkonflikt zwischen dem Westen auf der einen Seite und Russland und wohl auch China auf der anderen Seite ab. Bedeutet dies, dass die Zeit vorbei ist, in der man Politik und Wirtschaft als voneinander getrennte Sphären ansieht? Können Unternehmen in dieser Konstellation überhaupt neutral bleiben?

Der deutsche Kanzler hat in seiner Rede am Wochenende das Wort Zeitenwende benutzt. Ich denke, das ist genau richtig. Man konnte das vor dem Krieg schon sehen, aber das ist jetzt noch mal deutlicher geworden. Der Konflikt mit Russland, die Auseinandersetzung der USA mit China, dieser neue Kalte Krieg – all das ergibt eine veränderte Welt. Nach dem Ausbruch des Krieges sehen wir

jetzt zwei Entwicklungen: eine verstärkte Solidarität in der EU und ein deutlich höherer Stellenwert der Nato. Die EU wird ihre Strategie überdenken müssen und eine gemeinsame Verteidigung aufbauen. Forderungen nach einer strategischen Autonomie hatte es schon zuvor im Rahmen der Pandemie gegeben. Das heißt dass wir einige Schlüsselbereiche wieder hier besetzen müssen – von Halbleitern über Batterien für elektrische Autos bis hin zu den Bereichen Gesundheit und Pharma. Wir haben erkannt, dass wir verschiedene Produktionen wieder in Europa ansiedeln müssen. Das Gleiche gilt für die Dekarbonisierung der Industrie und der Wirtschaft. Wir haben erkannt, dass wir durch unsere Abhängigkeit von fossilen Energien erpressbar geworden sind. Unsere Gasspeicher sind leer, das hatte alles System. Putins Krieg war vorbereitet. Der einzige positive Nebeneffekte dieses schrecklichen Krieges ist, dass die Dekarbonisierung und die Investments in erneuerbare Energien beschleunigt werden.

Kann man sagen, dass der Westen zu naiv in seiner Wirtschaftspolitik war, während Länder wie China und Russland strategischer vorgegangen sind?

Ja, ich denke schon. Wir haben wahrscheinlich unterschätzt, dass jemand wie Putin seine Wirtschafts- und Energiepolitik im Sinne seines Krieges und seiner Politik verwendet hat. Insbesondere Deutschland hat unterschätzt, wie sehr es sich in die Abhängigkeit vom russischen Gas begeben hat. Ich denke aber, dass wir in den letzten beiden Jahren ein bisschen weniger naiv geworden sind, auch in Bezug auf China, das in vielen Orten in Afrika und Europa gezielte Investitionen in strategisch wichtige Bereiche vorgenommen hat. Das wird in Zukunft stärker hinterfragt werden

und in dieser Form wohl nicht mehr möglich sein. Auch das bestätigt diesen Trend hin zu mehr europäischer Autonomie und auch zu einem gewissen Schutz des eigenen Marktes. Alles das zielt darauf ab, dass Europa sich besser schützt gegenüber Diktaturen wie Russland oder China. Und das ist gut so.

Für Luxemburg war es immer günstig, sich als „Gateway to Europe“ zu positionieren, auch für Investoren aus Ländern wie China und Russland. Verengt sich durch die neue geostrategische Konstellation der Handlungsspielraum für kleinere Länder?

Ja, schon. Es ist zum Beispiel klar, wenn man Teil der Europäischen Union ist, kommt es gar nicht in Frage, sich den Sanktionen irgendeiner Form zu widersetzen. Diese Doktrin im Außenhandel, dass man grundsätzlich mit jedem zusammenarbeiten kann, gilt nicht mehr. Man muss sehr viel Augenmerk legen auf das Thema der „Human Rights Due Diligence“, Fragen von Krieg und Frieden aber auch der Menschenrechte. Ich denke, das ist eine positive Entwicklung und glaube auch nicht, dass das problematisch ist. Man muss nicht überall sein und mit jedem Handel treiben. Stattdessen sollte man eine gewisse Kohärenz haben in seiner Politik. Wir verfolgen eine pazifistische, feministische Außenpolitik, die sehr stark auf die Frage der Menschenrechte aufbaut. Das muss man natürlich vereinbaren mit der Wirtschaftspolitik.

● *Europa wird sich besser schützen gegenüber Diktaturen wie Russland und China.*

Warum der Dieselpreis so stark schwankt

Nach einem Preisschock ist das Tanken in Luxemburg wieder günstiger. Laut Energieminister spielt nicht nur der Rohölpreis eine Rolle. In Deutschland lehnt die Regierung Forderungen nach Steuersenkungen ab.

VON CHRISTIAN KREMER

LUXEMBURG/TRIER Der Krieg in der Ukraine wirbelt den Weltmarkt für Energieprodukte durcheinander. Das bekommen die Verbraucher über extrem hohe Preise zu spüren. Heizöl, Gas und Kraftstoff sind nicht nur extrem teuer. Die Preise für diese Energieträger schwanken extrem. Das spiegelte sich in den vergangenen Tagen vor allem an den Tankstellen in Luxemburg wider. Der Dieselpreis stieg zunächst um 38 Cent an, um drei Tage später wieder zu fallen. Doch woran liegt das?

Ein Grund ist der schwankende Rohölpreis. Der entwickelte sich von 78,91 Dollar im Januar auf 99,41 Dollar am Tag des Einmarschs der russischen Truppen in die Ukraine (24. Februar) und auf 129,49 Dollar pro Barrel am 8. März, dem Tag, an dem die USA das Öl-Embargo gegen Russland angekündigt haben. Als dann klar wurde, dass sich die EU nicht beteiligte, ging der Preis wieder leicht zurück auf 109 Dollar, um am Folgetag wieder auf 112 Dollar zu steigen. Die fortlaufenden Preisschwankungen sind laut Experten abhängig von der Lage in der Ukraine, aber auch davon, wie viel Öl andere Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate, der Iran oder Venezuela fördern und verkaufen.

Diese Faktoren spielen auch bei der Berechnung der Kraftstoffpreise in Luxemburg eine wichtige Rolle. Denn dort werden die Preise täglich mittels einer Formel neu berechnet. Darin berücksichtigt sind die Dollarschwankungen, die Preisentwicklung auf dem Rohölmarkt, Transport- und Lagerungskosten sowie Steuern. Wird der aktuelle Preis dadurch über- oder unterschritten, werden die Preise an den Zapfsäulen automatisch angepasst, auch nach unten. Festgehalten werden die tagesaktuellen Höchstpreise in einem Dokument, das die luxemburgische Regierung im Internet auf ihrer Website <https://guichet.public.lu> zur Verfügung stellt.

Der luxemburgische Energieminis-

ter Claude Turmes erklärte die jüngsten Preisentwicklungen gegenüber dem Luxemburgischen Tageblatt. „Der Markt ist extrem volatil“, sagt er da. Gerade der US-Importstopp für russisches Öl und die Ankündigung des Shell-Konzerns am Dienstag, kein russisches Öl mehr zu nutzen, hätten neben dem Auf und Ab des Rohölpreises für weitere Verunsicherung gesorgt. Ein Preisschub wie beim Diesel, der am Donnerstag 22 Prozent teurer und am Samstag wieder 22 Prozent günstiger geworden ist, lässt sich aus Sicht des Ministers dadurch aber nicht ablesen.

Der Rohölpreis sei „nur die Spitze des Eisbergs“, zitiert ihn das Tageblatt. Speziell beim Diesel komme noch ein weiterer Faktor hinzu: „Wahrscheinlich haben sich die Märkte gedacht: Russland ist der größte Diesellieferant – und wenn die USA einen Importstopp verhängen, tut es die EU vielleicht auch.“

Das habe die Preise für Diesel und Heizöl Anfang der vergangenen Woche „extrem nach oben“ schießen lassen. Nach einer extremen Verunsicherung habe sich die Lage seit Mittwoch beruhigt. Deswegen appelliert Turmes auch im Hinblick darauf, dass die Energiepreise kurzfristig am Donnerstag auf die Tagesordnung im luxemburgischen Parlament gehoben worden waren, „kühlen Kopf zu behalten“. „Man muss wirklich aufpassen, dass man nicht jeden Tag überreagiert“, sagt er.

Den Hintergrund seiner Äußerungen hat auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erklärt: Europa bekommt nicht nur Rohöl und Gas, sondern auch Endprodukte aus Putins Reich. Das IW erläutert: „Eine prominente Rolle spielt Russland insbesondere bei der Versorgung mit Dieselmotorkraftstoff.“ Innerhalb der EU stammen laut den Wirtschaftsexperten elf Prozent des Dieserverbrauchs im Straßenverkehr aus russischer Produktion. In einigen Ländern macht der Anteil russischen Diesels laut IW „weit mehr als 20 Prozent“ aus.

Verschärfend kommt hinzu, dass in Europa insgesamt viel mehr Autos mit Dieselmotoren unterwegs sind als auf anderen Kontinenten, wo meist nur Nutzfahrzeuge mit Diesel angetrieben werden. In Europa fahren hingegen auch zahlreiche PKW mit Diesel. „Daher wird im Vergleich zu anderen großen Wirtschaftsräumen sehr viel Diesel nachgefragt, aber relativ wenig Benzin“, schreibt das IW. Die Raffinerien in Europa seien zwar darauf eingestellt, die Produktion für Diesel optimiert. Dennoch gebe es eine „Diesellücke“ – „und diese wurde von Russland gefüllt, das eines der wenigen Länder mit einer Überproduktion an Diesel ist“.

In Deutschland bleiben die Spritpreise wohl vorerst teuer. So waren in der Region für den Liter Diesel am Sonntag immer noch zwischen 2,23 Euro in Losheim am See (Saarland) und 2,40 Euro in der Stadt Trier fällig. Bei Super (95) liegen die Preise zwischen 2,14 und 2,34 Euro. Super plus (98) kostet in der Stadt Trier sogar bis zu 2,64 Euro pro Liter.

Der Tankstelleninteressenverband (TIV) fordert angesichts der Lage Steuersenkungen. Ein Verbandsprecher sagt auf TV-Anfrage: „Unsere Forderung ist eine vorerst für ein halbes Jahr begrenzte, sofortige Absenkung der Mehrwertsteuer für Sprit auf Null.“ So würden die aktuellen Preise für die Verbraucher um rund 40 Cent je Liter gesenkt. Der Hintergrund der Forderung: Je teurer das Produkt ist, desto mehr Steuern sind fällig. Bei einem Nettopreis von zwei Euro machen 19 Prozent Mehrwertsteuer beispielsweise 38 Cent aus, bei 2,20 Euro kommen 41,8 Cent Steuern hinzu.

Die Chancen auf Umsetzung der Forderung stehen schlecht. Zumindest lehnte Bundesfinanzminister Christian Lindner am Sonntag eine befristete Senkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoff ab. CSU-Chef Markus Söder hatte analog zum TIV eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Sprit gefordert – in zwei Schritten auf zunächst sieben Prozent und später auf null Prozent.

Auf den Space-Campus folgt der Campus der Gesundheitstechnologien

WIRTSCHAFTSMISSION Auf der Suche nach Inspiration in Erlangen

Christian Muller

Seit Jahren versucht die Luxemburger Regierung die nationale Wirtschaft weniger abhängig vom Finanzsektor zu machen. Dazu beitragen soll nicht nur der Weltraum-Sektor, sondern auch der Bereich der Gesundheitstechnologien. Im Rahmen einer zweitägigen Wirtschaftsmission in Bayern hat Wirtschaftsminister Franz Fayot am Mittwoch die Errichtung eines „Campus für Gesundheitstechnologien“ in Esch angekündigt.

Mitte letzten Jahres hatte Wirtschaftsminister Franz Fayot eine strategische Vision vorgestellt, wie die Luxemburger Wirtschaft in den kommenden Jahren grüner, digitaler und wettbewerbsfähiger gestaltet werden soll. Unter anderem sieht der Plan „Ons Wirtschaft vu muer“ die Errichtung von sektoriell spezifischen Gewerbezonen vor.

Nachdem Franz Fayot Ende letzten Jahres, im Rahmen der spezialisierten Weltraum-Messe „International Astronautical Congress“, erste Details zum künftigen Luxemburger Space-Campus preisgegeben hatte, war am Mittwoch in Erlangen der Gesundheits-Campus an der Reihe. Die Idee hinter beiden Initiativen ist jeweils die gleiche: Der enge geografische Kontakt zwischen den Akteuren eines Sektors soll dabei helfen, den Austausch zu fördern, neue Möglichkeiten zu schaffen, und so die Entwicklung des Bereichs insgesamt voranzubringen.

Der Wirtschaftsminister wird auf der zweitägigen Mission von einer Delegation begleitet, die sich aus Vertretern des öffentlichen Sektors zusammensetzt, die für die Entwicklung des Gesundheitstechnologiesektors zuständig sind, sowie aus privaten und öffentlichen Akteuren, die an der Entwicklung eines ausschließlich

der Gesundheitstechnologie gewidmeten Gewerbegebiets in Luxemburg beteiligt sind.

Acht neue Gebäude sollen errichtet werden

Der neue Gesundheitscampus, genannt „Health and Lifescience Innovation Campus“ (abgekürzt He:al Campus), wird in dem Gewerbegebiet ZARE, zwischen Esch, Ehlerange und Belval, neben dem bereits bestehenden „House of Biohealth“ (HoBH), entstehen. Innerhalb von zehn Jahren sollen dort, auf einer Fläche von 2,4 Hektar, in mehreren Etappen acht neue Gebäude errichtet werden. Geplant werden nicht nur Büroräume und Laboren, sondern ein kompletter Campus mit unter anderem auch Fitnesscenter und Restaurants.

Die Gewerbezone ZARE neben Esch hätte laut ursprünglichem Plan der drei Gründungsgemeinden zu einem Standort für das Handwerk werden sollen. Unter anderem die Editpress-Druckerei hat hier ihr Zuhause. Doch als der ehemalige Wirtschaftsminister Jeannot Krecké 2009 (etwa fünf Jahre nach der Gründung) nach Land für „Biotech“ suchte, stimmte der Verwaltungsrat zu. „Und die Zeit hat gezeigt, dass die Entscheidung die richtige war“, so ZARE-Präsidentin Simone Asselborn-Bintz am Mittwoch. „Das ‚House of Biohealth‘ hat sich zu einem Erfolg entwickelt.“

Das aktuelle Projekt baut demnach auch auf die bereits erzielten Ergebnisse vom HoBH auf, das mittlerweile selber aus drei Gebäuden besteht. Hier sind bereits rund 20 Firmen und Forschungszentren aus dem Gesundheitsbereich – mit etwa 750 Mitarbeitern – angesiedelt. Auch ein Firmeninkubator zählt bereits dazu. Mit den neuen Ge-

bäuden, die von den gleichen Privatinvestoren („Firma Innovation Cluster“) wie beim HoBH finanziert und betrieben werden sollen, wird die Zahl der Beschäftigten langfristig auf rund 3.000 ansteigen, schätzen die Investoren Jean-Paul Scheuren und Romain Poulles. „Es geht darum, Innovation zu fördern und zu unterstützen“, so Scheuren.

Auch die Nähe zur Universität und zu dem künftigen „Südspidol“ soll die Entwicklung des neuen Campus fördern. „Der ideale Standort für Synergien“, fügte Franz Fayot hinzu.

Ein „wahrer Zukunftssektor“

Landesweit zählt der Sektor der Gesundheitstechnologien, dem Wirtschaftsministerium zufolge, 136 Unternehmen mit fast 1.900 Mitarbeitern. Die große Mehrheit dieser Firmen ist jünger als zehn Jahre und zählt weniger als zehn Mitarbeiter. Franz Fayot erwartet in den kommenden Jahren „eine weitere Explosion“ der Aktivitäten in dem Bereich. Es sei ein Sektor mit sehr viel Potenzial, ein „wahrer Zukunftssektor“, unterstrich er.

Ein besonderer Fokus im neuen Campus soll auf die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen rund um die digitalisierte Gesundheit gelegt werden, erläuterte Franz Fayot am Mittwoch in Erlangen weiter. Beispielsweise könnten auf dem Campus neue Gesundheits-Anwendungen ausgearbeitet werden. Sofern diese Apps den europäischen Normen entsprächen, könnten die Gesundheitskassen die Kosten der Kunden übernehmen. Der Minister hofft diesbezüglich auf eine Partnerschaft mit dem „Siemens Healthineers Experience Centre“ in Erlangen, sowie dem dortigen „Medical Valley“, das über 240 öffentliche und private Akteure im Bereich der Medizintechnik und

der digitalen Gesundheit vereint. „Die haben bereits Erfahrung mit den speziellen Genehmigungsverfahren“, so Fayot. Wenn die ihre Dienstleistungen künftig auch in Esch anboten, dann könnte das den Firmen helfen, ihre Produkte schneller auf den Markt zu bekommen. Der dortige Cluster Medical Valley habe eine internationale Ausstrahlung und wurde als Referenz für die zukünftige Entwicklung eines Campus für Gesundheitstechnologien

in Luxemburg identifiziert, so das Ministerium.

Siemens Healthineers, das zum Siemens-Konzern zählt, hat 2017 das luxemburgische Unternehmen „Fast Track Diagnostics Luxembourg“ übernommen, das in der Entwicklung und Vermarktung von Diagnosekits für Infektionskrankheiten (PCR) tätig ist und im HoBH angesiedelt ist. Siemens Healthineers lieferte auch die Antigen-Tests, die in den Schulen verteilt wurden.

Langfristig soll die Digitalisierung den Gesundheitsbereich grundlegend verändern. Dazu zählt unter anderem die sogenannte „personalisierte Medizin“. Vorstellbar wären zudem Anwendungen, wo man die Probleme eines Patienten eingibt, diese Daten dann mit einer großen Anzahl ähnlicher Fälle vergleicht und auf diesem Wege die bestmögliche Therapie findet.



Foto: Siemens-Healthineers

V.l.: Franz Fayot, Simone Asselborn-Bintz, Jean-Paul Scheuren und Romain Poulles

SES tätigt Zukauf im Rüstungssektor

UNTERNEHMEN Satellitenbetreiber bietet 450 Millionen für GES

Christian Muller

Der Satellitenbetreiber aus Betzdorf hat eine millionenschwere Übernahme im Rüstungssektor angekündigt. Damit will der Konzern im Bereich der immer wichtiger werdenden gesicherten Konnektivität weiter wachsen.

Der Luxemburger Satellitenbetreiber SES hat in seinem traditionellen Kerngeschäft (das Bereitstellen von Sendekapazitäten für Video/Fernsehen) seit einigen Jahren mit einem schwierigen Umfeld zu kämpfen. Wettbewerber, die auf andere Technologien oder auf billigere Satelliten setzen, machen den Platzhirschen das Leben schwer. Mit zur Konkurrenz zählt auch das wachsende Streaming-Angebot. Im Jahr 2020, wie auch im Jahr 2021, war der Umsatz des Betzdorfer Satellitenbetreibers in diesem Geschäftsbereich geschrumpft.

Um diese Rückgänge auszugleichen, arbeitet die Unternehmensgruppe seit einigen Jahren am Ausbau des Geschäftsbereichs „Networks“. Dazu zählen Dienstleistungen für Regierungen sowie Angebote im Bereich Mobilität (etwa Internet für Flugzeuge und Kreuzfahrtschiffe) und Fixed Data. Eine Reihe Zukunftsprojekte und eine neue Generation von Satelliten sollen helfen, neuen Umsatz zu bringen. So etwa der Satellit SES17, der letztes Jahr gestartet wurde und ab Mitte 2022 in den Dienst treten soll. Oder die O3b-mPower-Satelliten, die ab 2023 für zusätzliche Einnahmen sorgen sollen. Oder der Militärsatellit GovSat, der gesicherte Kommunikation anbietet.

Um diesen Bereich nun weiter schnell auszubauen, hat der Satellitenbetreiber am Dienstag die Übernahme der in den USA beheimateten Gesellschaft DRS Global Enterprise Solutions (GES) angekündigt. 450 Mil-

lionen Dollar legen die Luxemburger für diese Übernahme auf den Tisch.

Seit über 20 Jahren bietet GES maßgeschneiderte Satellitenkommunikationslösungen für Land-, See- und Luftoperationen der US-Regierung an, schreibt die SES in einer Pressemeldung. Das Unternehmen sei ein führender Anbieter von Regierungsdienstleistungen mit langjährigen Beziehungen zu vielen wichtigen Behörden sowie mit Fachwissen bei der Bereitstellung integrierter

satellitengestützter und terrestrischer Lösungen, insbesondere in den Bereichen Unternehmens-IT-Management und Cybersicherheit.

GES ist eine Tochtergesellschaft des Rüstungskonzerns Leonardo DRS. Dieser bezeichnet sich selbst als „ein führender Anbieter von Verteidigungsprodukten und -technologien, die in den Bereichen Land, Luft, See, Raum und Cyber eingesetzt werden“. Das vielfältige Angebot an Verteidigungssystemen und -lösungen werde allen Zweigen des US-Militärs, wichtigen Hauptauftragnehmern der Luft- und Raumfahrt- und Verteidigungsindustrie, staatlichen Nachrichtendiensten und internationalen Militärkunden angeboten, so die Gesellschaft. Leonardo DRS ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des italienischen Konzerns Leonardo S.p.A.

Satellitenflotte mit Netzwerklösungen koppeln

Nach Abschluss der Transaktion wird das GES-Geschäft mit SES Government Solutions, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft von SES, zusammengelegt, so dass ein spezialisierter Lösungsanbieter für die kritischen Konnektivitätsanforderungen der US-Regie-

rung entsteht. SES Government Solutions arbeitet im Rahmen einer Vollmacht, die es ermöglicht, Dienstleistungen im Rahmen von Verträgen mit der US-Regierung zu erbringen, einschließlich klassifizierter Arbeiten. „Diese Investition (...) wird es SES ermöglichen, die US-Regierung mit einem erweiterten und verbesserten Angebot an fortschrittlichen Konnektivitäts- und Netzwerklösungen zu bedienen und dabei die weltweit größte Satellitenflotte mit mehreren Umlaufbahnen zu nutzen“, wird SES-Geschäftsführer Steve Collar in der Pressemeldung zur Übernahme zitiert.

Die gekaufte Gesellschaft biete der US-Regierung sowohl Dienstleistungen im zivilen wie auch im militärischen Bereich an, präzisiert Ferdinand Kayser, strategischer Berater von Geschäftsführer Steve Collar, gegenüber dem Tageblatt. Beispielsweise, um eine gesicherte Kommunikation mit den US-Botschaften zu ermöglichen. Aktiv sei GES sowohl in den USA als auch in anderen Ländern.

Die SES und GES kennen sich bereits seit vielen Jahren, so Kayser weiter. „Die kaufen Satellitenkapazität und bieten dann Dienstleistungen an.“ In diesem Sinne sei GES sowohl ein Konkurrent als auch ein Kunde und ein Partner von SES gewesen. „Es handelt sich um einen Bereich, in dem wir stärker werden wollen“, so Kayser. Es sei der Bereich, der letztes Jahr am stärksten gewachsen war.

Für die SES ist diese Übernahme ein großer Schritt: Zu den bisher rund 2.100 Mitarbeitern der Gesellschaft werden etwa 250 zusätzliche hinzukommen. Zu dem Jahresumsatz von derzeit rund 1,8 Milliarden Euro werden etwa 250 Millionen Dollar hinzukommen. Der Volumen des „US-Regierungsgeschäfts“ wird sich verdoppeln.

Keine direkten

Kriegshandlungen

„Es ist eine Investition in zukünftiges Wachstum“, erklärt Ferdinand Kayser weiter. Alles, was mit Sicherheit, mit abgesicherter Konnektivität zu tun hat. Der ganze Bereich werde nun immer wichtiger, sagt er. Es gelte, ein gesichertes Netz über Satelliten, ergänzend zur terrestrischen Konnektivität,

anzubieten. Auch dem Microsoft-Konzern helfe die SES beispielsweise, um das Netzwerk widerstandsfähiger zu machen.

„Direkte Kriegshandlungen“ werde die SES jedoch auch weiterhin nicht tätigen, versichert er. „Dafür gibt es spezialisierte Militärsatelliten.“ Die SES biete Konnektivität, den Transfer von Informationen. „Das muss alles sauber getrennt bleiben.“ Als Unternehmen wolle man

nicht an Kriegen beteiligt sein. „Das dürfen wir nicht und das wollen wir nicht.“

Bis die nun angekündigte Transaktion durchgeführt und abgeschlossen werden kann, wird es jedoch noch etwas dauern. Die Zustimmung der zuständigen Behörden steht noch aus. Die beiden Vertragspartner rechnen mit dem zweiten Halbjahr 2022.

Zum Cyberangriff auf einen Satelliten

Zeitgleich mit dem Beginn des russischen Eroberungskriegs in der Ukraine wurde am 24. Februar bei einem Satelliten von ViaSat eine Störung festgestellt. Späteren Berichten zufolge handelte es sich wohl um einen russischen Cyberangriff, der das Ziel verfolgte, die Internet-Kommunikation der ukrainischen Streitkräfte zu stören. Als Kollateralschaden der Störung fiel quer durch Europa die satellitengesteuerte Fernsteuerung von Tausenden Windkraftanlagen aus. Die Schäden scheinen bis heute, wenigstens zum Teil, immer noch nicht behoben.

„Bei klassischen Satelliten ist dieses Risiko nicht auszuschließen“, so Ferdinand Kayser auf Tageblatt-Nachfrage.

Unterscheiden müsse man jedoch zwischen Unfällen, die an Up-Link-Stationen vorkommen können, und gezielt herbeigeführten Störungen.

Da derartige Unfälle manchmal passieren können, habe die SES ein Team und Prozeduren, wie man auf einen solchen Fall reagieren soll, so Kayser weiter. Vor allem gelte es dann, den Ursprungsort der Störung zu finden und den Fehler zu beheben. „Dieses Problem kennen wir.“

Etwas anders ist das, wenn die Internet-Konnektivität eines Satelliten absichtlich gestört wird, „Jamming“ genannt. „Das ist uns noch nie passiert“, so Kayser weiter. Ein einfacher Hacker könne etwas Derartiges gar nicht tun. Dafür benötige man „spezielles Material“, sagt er. „Armeen haben so etwas.“ Und wenn die Störung lange andauert, dann bedeute dies wohl, dass auch weiter aktiv gestört wird.

Zudem erklärt er, dass derartige Angriffe auf Satelliten, die mit gesicherter militärischer Konnektivität, arbeiten, nicht möglich seien. „So viel ich weiß, ist das noch nie vorgekommen.“ Mit derartigen gesicherten Frequenzen arbeite beispielsweise der Satellit für Militärkommunikation GovSat. Da gebe es demnach kein Risiko.

Auch kein Risiko gebe es, ihm zufolge, bei den neuen O3b-mPower-Satelliten. Die sind nicht geostationär und fliegen schneller um die Erde, als diese sich dreht. Das mache es schwerer, sie zu orten. „Doch um sie zu stören, muss man die Orbitalposition kennen.“

SES stärkt seine Bindung zum Pentagon

Luxemburgs Satellitenbetreiber kauft das Erdbeobachtungsgeschäft von US-Rüstungsunternehmen

Luxemburg. SES kauft das Satellitengeschäft von DRS Global Enterprise Solutions (GES), einer in den USA ansässigen Tochtergesellschaft des US-Rüstungsunternehmens Leonardo DRS. Das teilte das Unternehmen gestern mit. Das Geschäft soll in die US-Tochtergesellschaft des luxemburgischen Unternehmens, SES Government Solutions, integriert werden. Die Transaktion im Wert von 450 Millionen Dollar wurde von den Verwaltungsräten beider Unternehmen genehmigt und muss noch von den Aufsichtsbehörden abgesegnet werden. In der zweiten

Hälfte dieses Jahres soll der Kauf abgeschlossen sein.

SES Government Solutions, oder SES GS, bedient ausschließlich Kunden der US-Regierung. Der Hauptsitz des Unternehmens befindet sich in Reston, Virginia, rund 20 Autominuten vom Pentagon entfernt.

SES GS ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der luxemburgischen Muttergesellschaft SES. Der luxemburgische Staat hält direkt und indirekt ein Drittel der Anteile an SES.

Kritik an Drohneneinsätzen

Oppositionsparteien wie Déi Lénk kritisieren seit Langem die implizite Unterstützung Luxemburgs für die von den USA mit SES-Satellitenkapazitäten durchgeführten Reaper- und Predator-Drohneneinsätze.

Die Muttergesellschaft von Leonardo DRS, die in Italien ansässige Leonardo SPA, steht derzeit wegen umstrittener Rüstungsaktivitäten auf der schwarzen Liste des luxemburgischen Pensionsfonds für Investitionen. Das US-Satellitengeschäft von Leonardo hat einen voraussichtlichen Jahresumsatz von über 250 Millionen Dol-

lar. SES erwartet, dass sich der Umsatz durch die Kombination des Satellitengeschäfts von Leonardo DRS und SES GS verdoppeln wird.

Nach Angaben des luxemburgischen Satellitenbetreibers zeigen Untersuchungen, dass sich die weltweiten Umsätze mit Regierungsdiensten bis 2030 fast vervierfachen werden, da die Nachfrage nach Konnektivitätsdiensten zur Unterstützung einer Vielzahl von Regierungsanforderungen, wie Nachrichten-, Überwachungs- und Aufklärungsdienste sowie mobile Kommunikation, steigt. *mab*

Holz als Baustoff der Zukunft

Das Luxemburger Start-up Leko Labs senkt mit seiner Technologie und dem Einsatz von Robotern die Baukosten

Von Thomas Klein

Vom Bauen sei er schon als Kind besessen gewesen, sagt François Cordier. „Überall im Garten habe ich Hütten und Baumhäuser gebaut. Meine Mutter hat das wahnsinnig gemacht“, erzählt er. Selbstverständlich wollte er aus dieser Leidenschaft einen Beruf machen. Eine Lehre zum Maurer kam für seine Eltern nicht infrage, daher entschied er sich zunächst für ein Studium der Ingenieurwissenschaften. Danach wollte er das Bauhandwerk aber von seiner praktischen Seite erlernen und absolvierte eine Lehre zum Zimmermann.

2017 brachte er sein Interesse für Technologie, Holzbau und Nachhaltigkeit zusammen, indem er das Start-up Leko Labs mit Sitz in Monnerich mitgründete. Mit seiner Idee wollte er einen Beitrag leisten, Holz als Baumaterial der Zukunft zu etablieren. Bauen mit Holz hat im Vergleich zur herkömmlichen Bauweise mit Stahl und Zement eine Reihe von offensichtlichen Vorteilen: Der Rohstoff wächst nach, was die Umweltbilanz deutlich verbessert. Daneben gibt es keine langen Trocknungsphasen; die Gebäude können also schneller errichtet werden. Auch in Bezug auf Haltbarkeit und Tragfähigkeit kann das Material gegenüber herkömmlichen Baustoffen inzwischen mithalten. In Wien und im norwegischen Brumundda wurden bereits Holzhochhäuser von über 80 Metern Höhe errichtet.

Software verringert Materialverbrauch

Auf der anderen Seite hatte der Holzbau gegenüber Beton bisher einen entscheidenden Nachteil: die Kosten. „Die Leute mögen Holz als Baumaterial, insbesondere junge Menschen. Das Problem ist aber, dass Holzbau sehr teuer ist, weil man enorme Materialmengen verbraucht“, erklärt Cordier. „Auf den meisten Baustellen ist aber der Preis der entscheidende Faktor. Es war klar, dass wir die Kosten deutlich senken müssen, wenn wir Beton gegenüber konkurrenzfähig werden wollen. Das erreichen wir, indem wir fortgeschrittene Software und Roboter einsetzen und die Prozesse überall automatisieren, wo das möglich ist.“

Die Kernidee besteht darin, für jedes Holzmodul und jede verbaute Wand nur genau so viel Material zu

verwenden, wie für die jeweilige Funktion und Tragfähigkeit erforderlich ist. Dazu verwendet das Unternehmen für die einzelnen Komponenten ein Gitterkonzept, wie es auch in der Luftfahrtbranche angewandt wird. Startpunkt jedes Projekts ist die selbst entwickelte Planungssoftware, die ein dreidimensionales Modell des Gebäudes erstellt. Aus dem Modell können die Ingenieure die Materialanforderungen für jedes einzelne Holzmodul errechnen und eine entsprechende Bauanleitung erstellen. Der Algorithmus hilft dabei, den Verbrauch von Holz um bis zu 50 Prozent zu verringern, versichert das Unternehmen. Aus den Bauanleitungen werden derzeit noch manuell in der Werkhalle in Monnerich die einzelnen Komponenten gefertigt, ab Herbst soll die Arbeit dann aber von Robotern automatisiert erledigt werden. Die Technologie dafür ist fertig entwickelt, erklärt Cordier. Seit 2019 hat das Unternehmen eine eigene Abteilung für Robotik, wofür man eigens Experten vom Automatisierungsspezialisten Fanuc rekrutiert habe. Im Wesentlichen habe man auf Roboter aus der Automobilbranche zurückgreifen können, die dann entsprechend angepasst wurden. „Wir mussten zum Beispiel eine Software entwickeln, um die Roboter intelligent zu machen. In der Automobilindustrie kommt die Tür oder der Griff immer an die gleiche Stelle, unsere Holzkomponenten sind aber in der Regel unterschiedlich aufgebaut, entsprechend muss die Fertigung flexibler sein“, sagt er.

Dünnere Wände, dickerer Profit

Die Holzbaukomponenten werden in Luxemburg gefertigt und dann per Lkw zu den Baustellen transportiert. Für weiter entfernte Einsatzorte soll zukünftig die Bahn als Transportmittel verwendet werden. Derzeit sei man in Diskussionen über Großprojekte in Kopenhagen und für den Technologiekonzern Tencent in China.

Heute habe das Unternehmen bereits 20 bis 25 Kunden, sagt Cordier, in erster Linie große Bauträger und Projektentwickler. Für die sei weniger der Umweltaspekt entscheidend, sondern vielmehr der Effizienzgewinn, sagt Cordier. Da die Dämmung mit in die Holzmodule integriert ist, können

die Wände um bis zu 40 Prozent dünner werden, was die Büro- und Wohnfläche vergrößert. „Dadurch erhöht sich die verfügbare Grundfläche um fünf bis zehn Prozent. Das bedeutet für die Projektentwickler mehr Profit“, so Cordier. Daneben sei die Bauzeit um bis zu 50 Prozent kürzer gegenüber einer herkömmlichen Bauweise, versichert das Start-up auf seiner Webseite. Mit dem Konzept kann man nach Unternehmensangaben den Einsatz von Stahl und Beton in Gebäuden um bis zu 75 Prozent verringern und damit die CO₂-Bilanz von Bauvorhaben deutlich verbessern.

Risikokapitalgeber finden das Konzept offenbar überzeugend. Denn im Februar konnte das Unternehmen eine erfolgreiche Finanzierungsrunde über 21 Millionen US-Dollar (etwa 19 Millionen Euro) verkünden. Zu den Geldgebern gehören Tencent und der Climate Innovation Fund von Microsoft. Der Hauptinvestor ist der Venture Capital Fonds 2150, an dem einige große Immobilienentwickler wie das nord-europäische NREP beteiligt sind. Mit dem Geld will das Start-up weiter wachsen. So soll sich die Anzahl der Beschäftigten von heute etwas mehr als 30 bis zum Ende des Jahres auf 65 verdoppeln. Man sei vor allem auf der Suche nach Ingenieuren, Softwareentwicklern und Vertrieblern, sagt Cordier. In London und Zürich sollen Büros aufgebaut werden. In Luxemburg sucht das Unternehmen zudem derzeit nach einem geeigneten Standort für ein größeres Werk.

Einen Personalcoup konnte Leko Labs bereits landen: Als neuer CEO wurde Remo Gerber gewonnen, der Erfahrungen in Start-ups mit globalen Ambitionen gesammelt hat, unter anderem als CEO des Flugtaxi-Unternehmens Lilium und beim Uber-Konkurrenten Geth. Cordier soll das ermöglichen, sich als Technologiechef wieder auf seine eigentliche Leidenschaft zu konzentrieren: das Bauen.

● Um gegenüber Beton
● konkurrenzfähig zu sein, mussten wir die Kosten deutlich senken.

François Cordier, Leko Labs

Im Merterter Hafen liegt ein Teil der Luxemburger Ölreserven

VON SABINE SCHWADORF

LUXEMBURG Beim „schwarzen Gold“ sind nicht nur die Länder des Nahen Ostens Lieferanten, sondern vor allem auch Russland, das 2020 nach Saudi-Arabien zweitgrößter Erdöl-exporteur war. In den vergangenen Tagen haben die Rohölpreise infolge des Kriegs in der Ukraine immer wieder mehrjährige Höchststände markiert, so dass die Internationale Energieagentur (IEA) die globale Energiesicherheit bedroht sieht. Denn die ölimportierenden Länder sind unterschiedlich stark von russischem Öl abhängig.

Folglich haben 31 Mitglieder der IEA wie Deutschland, Frankreich, die USA, aber auch Luxemburg, Erdölreserven freigegeben, international sollen es 60 Millionen Barrel (gut 9,5 Milliarden Liter) oder etwa vier Prozent sein. Zuletzt kam dies im Irakkrieg 1991 vor, als zum dritten Mal koordiniert Reserven freigegeben wurden. Vereinzelt hatten die Länder auch nach dem Hurrikan Katrina 2005 Reserven freigegeben. Fürs Großherzogtum sind es nun 108.685 Barrel Öl (17,2 Millionen Liter im Wert von derzeit rund 130 Millionen Dollar).

Immerhin rangiert Luxemburg laut der EU mit einer „Energie-Ab-

hängigkeitsrate“ von 90 Prozent unter den Spitzenreitern. Und so ist es für den grünen Energieminister Luxemburgs Claude Turmes auch „eine Selbstverständlichkeit, diese Aktion zu unterstützen und für die Regierung eine Priorität, die Ölversorgung zu sichern und die Preise zu stabilisieren“.

Sind damit Luxemburgs Erdölreserven immer noch sicher? Ist Not-Tanken jetzt angesagt? Mit den 108.685 Barrel Öl aus den nationalen Reserven gibt das Großherzogtum rund drei Prozent von insgesamt 3,6 Millionen Barrel Öl frei. Vorschrift ist, dass die Notvorräte 90 Tage halten müssen. Laut Gesetz müssen im Land gelagerte Vorräte acht Tage reichen, diese lagern unter anderem im Merterter Hafen. Andere Vorräte liegen in der Großregion und in der EU, in einem Umkreis von 230 Kilometer, vor allem in Belgien oder den Niederlanden. In Tanklagern oder auf Abruf. Raffinierte Endprodukte wie Benzin und Diesel müssen laut Luxemburger Energieministerium insgesamt 40 Tage reichen, Rohöl existiert größtenteils als langfristige Reserve.

„Im Moment ist die Versorgung auf jeden Fall gesichert“, sagt ein Ministeriumssprecher gegenüber

dem Tageblatt. Bevor man auf dem Trockenen sitze, müsse einiges passieren. Es falle nicht gleich die gesamte Versorgung aus. Zudem überlegt das Luxemburger Energieministerium dann weitere Optionen wie eine Begrenzung der Volumina an den Tankstellen oder Geschwindigkeitsbegrenzungen.

Dennoch könnten die Öl- und Benzinpreise weiter steigen, befürchten die Spediteure und Tankstellenbesitzer: „Wenn wir uns die Entwicklung ansehen, ist es nicht undenkbar, in den nächsten Tagen zwei Euro für einen Liter Diesel zu erreichen. Wir müssen mit allem rechnen“, sagt Romain Hoffmann, Präsident der Luxembourg Petroleum Group (GPL). Selbst, wenn die maximal zulässige Senkung der Verbrauchssteuern auf Treibstoff durch den Luxemburger Staat umgesetzt würde, könnte der Staat diese nur um acht Cent je Liter senken. Von Freitag auf Samstag war der Diesel-Preis an den Zapfsäulen im Großherzogtum um rund 18 Cent je Liter explodiert. Im Vergleich zu Deutschland liegen Spritpreise dennoch günstiger, weil Verbrauchs- und Verkehrssteuern niedriger liegen.

Haushalte erhalten 75 Millionen Euro

Angespannte Situation auf dem Energiemarkt: Luxemburger erhalten mehr Zuschüsse vom Staat

Von Marco Meng

Europa ist abhängig von russischem Gas. Wie auf die zu erwartenden Energieengpässe beziehungsweise Verteuerungen entgegenwirken? Nach Angaben des Versorgers Enovos kommt das Gas in Luxemburg zu etwa 25 Prozent aus Russland. Endverbraucher müssen sich laut dem Unternehmen bei den Heizkosten gegenüber dem letzten Jahr auf eine Verdopplung der Kosten einstellen.

Zur Frage der Energieversorgung, der Versorgungssicherheit sowie der Preisentwicklung lud deswegen gestern Premier Xavier Bettel (DP) zu einem Energietisch mit den nationalen Versorgern. Haushalte, denen die steigenden Energiepreise zu schaffen machen, werden vom Staat dieses Jahr mit 75 Millionen Euro Energiezuschüssen unterstützt. Es soll auch mehr Prämienempfänger geben. Das Limit, das man verdienen kann, wird daher um 25 Prozent herabgesetzt. Auch diese Personen können dann die Energieprämie in Anspruch nehmen, die zwischen 200 und 400 Euro beträgt.

Wie Familienministerin Corinne Cahen (DP) vorrechnete, können alle Haushalte, die eine Teuerungszulage (Allocation de vie chère) beantragten oder noch beantragen werden, zusätzlich zu den Hilfen, die für 2022 bereits festgelegt wurden, noch eine Energieprämie zwischen 200 und 400 Euro erhalten, je nach dem, wie viele Personen im Haushalt leben. Bei einem Ein-Personen-Haushalt bis zu einem Einkommen von 2 258,84 Euro wären dies 250 Euro, bei einem Vier-Personen-Haushalt mit

einem Monatseinkommen von weniger als 4 743,56 Euro sind es für das laufende Jahr 3 241 Euro. Auf Guichet.lu wird es ein entsprechendes Antragsformular geben. Die Auszahlung könne zwei bis drei Monate dauern. Nach der dritten Zahlungserinnerung wird automatisch das Sozialamt eingeschaltet, damit den Schuldnern nicht die Energie abgedreht wird. 2021 gab es 831 Staatshilfe für die Deckung von Energiekosten, die zusammen 167 000 kosteten. Bislang gibt es noch keine höhere Nachfrage.

Gasversorgung gesichert – für Privathaushalte

Wie Energieminister Claude Turmes (déi gréng) sagt, befindet man sich in einer außergewöhnlichen Situation. Der Energieendpreis setzt sich aus Netzkosten, Taxen und Marktpreis zusammen. Letzteres könne die Politik nicht ändern. Deswegen habe man sich mit den Netzbetreibern verständigt, die Netzkosten temporär auf Null zu senken. Eine entsprechende Gesetzesänderung soll in den nächsten Wochen umgesetzt werden. Das werde auch die Vorauszahlungskosten der Haushalte reduzieren und allen Endkunden in Luxemburg eine Einsparung von bis zu 500 Euro bringen. Die Netzbetreiber erhalten vom Staat dafür eine Kompensation.

Direkthilfen für Unternehmen im Land

Auch an Energie-Beihilfen für Unternehmen wird gefeilt. Wie Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) sagt, sind endgültige Maßnahmen aber noch nicht beschlos-

sen worden. Da die Betriebe verschiedene Energiequellen aus unterschiedlichen Märkten nutzen, werde analysiert, wie reagiert werden kann, und diese Woche eine neue Toolbox im Energieministerium erarbeitet.

Direkte Staatshilfen sind gemäß EU-Regeln nicht möglich, aber andere Instrumente werden ausgelotet, so der Minister. Außerdem wird auch EU-weit an dem Thema gearbeitet, so dass man auf die Entscheidung, die diese Woche erwartet wird, abwartet. Für manche Betriebe haben sich die Energiekosten bis zum Vier- oder Fünffachen erhöht, so dass manche gegenwärtig mit Verlusten arbeiten.

Auswirkungen auf Wirtschafts- und Finanzplatz

Energieminister Claude Turmes erinnert daran, dass Russlands Präsident Wladimir Putin bereits 2008/2009 einen „Gaskrieg“ führte. Darum wurden die Leitungen verbessert und LNG-Terminals gebaut für Flüssiggas aus aller Welt. Hätten wir die heute nicht, wäre die Situation schlechter, so Turmes. Das Großherzogtum bezieht Gas aus Pipelines aus Norwegen und den Niederlanden und ist an ein Flüssiggasterminal im belgischen Zeebrügge angeschlossen.

Ob sich der Swift-Ausschluss von russischen Banken auf den hiesigen Finanzplatz auswirkt, dazu konnte am Montag niemand etwas sagen. Die sanktionierten Banken sind allerdings nicht in Luxemburg aktiv. Dass insgesamt die Sanktionen Kosten auch für Luxemburg bedeuten, das sei Luxemburg für die Freiheit bereit zu zahlen, so Bettel.

Weshalb Europa überhaupt noch Gas von Russland kaufe, war eine Frage von Pressevertretern: Turmes wies diesbezüglich darauf hin, dass manche EU-Länder bis zu 80 oder 100 Prozent ihres Gases aus Russland beziehen. Wichtig sei deswegen, den nächsten Winter vorzubereiten, und Regeln für Gasspeicher in Europa aufzustellen. Etwa die Hälfte der Speicher in Deutschland gehören Gazprom. Da ändert sich jetzt einiges, damit die Speicher vor dem nächsten Winter voll sind, so Turmes.

Putins Überfall auf die Ukraine wurde mit zahlreichen internationalen Sanktionen beantwortet. Wirtschaftliche Gegensanktionen kamen bislang (bis Redaktionsschluss) noch keine, sind aber offenbar in Arbeit – auch Russlands Haushalt ist abhängig vom Verkauf von Erdgas und Erdöl.

● Die
● außergewöhnliche Situation verlangt außergewöhnliche Maßnahmen.

Energieminister Claude Turmes

● Wir stocken die
● Hilfen mit einer zusätzlichen Energieprämie über 200 bis 400 Euro auf.

Familienministerin Corinne Cahen

Hier sind trotz Corona Büro-Flächen begehrt

Mit innovativen Konzepten und viel Geld sollte aus dem ehemaligen Hüttenstandort Esch-Belval ein attraktives Viertel mit Büros, Geschäften und genug Wohnraum werden. Ist der Plan aufgegangen?

VON SILVIA BUSS

ESCH-BELVAL Mit dem Kulturhauptstadtjahr rückt auch Luxemburgs ambitioniertestes Städtebauprojekt Belval in den Fokus der Aufmerksamkeit: Die Umwandlung des einstigen Standorts von Luxemburgs größter Stahlhütte in ein 120 Hektar großes modernes Stadtviertel befindet sich inzwischen auf der Zielgeraden. Im Jahre 2030, etwas mehr als 30 Jahre nach dem Erkalten der letzten Hochöfen, die nun museale Wahrzeichen sind, soll das zwischen den Gemeinden Esch und Sanem gelegene Quartier nach Angaben der Standortentwicklungsgesellschaft Agora fertig gebaut sein. Angetreten war das Großherzogtum hier mit dem Plan, im bisher von Altindustrie geprägten Süden, seine neue Universität, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie Dienstleistungsunternehmen vornehmlich aus dem IT- und Finanzsektor anzusiedeln. Aber auch Kultur- und Freizeittätten und Wohnen gehörten zum Programm. Verhindern wollte man durch diesen Mix, dass, wie oft bei aus dem Boden gestampften neuen Vierteln, nur eine Bürowüste entsteht, die nach 17 Uhr ausgestorben ist. Ist das gelungen?

„Auf jeden Fall, mittlerweile lebt Belval wirklich“, steht für Mandy Simon, die Unternehmenssprecherin von Agora, fest. Nicht nur das Konzept der Nutzungsmischung, auch das der Vielfalt der Generationen sei aufgegangen. Tagsüber zählt Agora inzwischen rund 11 700 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei 270 ansässigen Unternehmen und 5700 Studierende, Forschende und sonstige Universitäts-Mitarbeiter, die für

Belebung sorgen. Hinzu kommen die rund 1200 Schülerinnen und Schüler des neu entstandenen Lycée Belval und die Kinder, die den neuen „Kannercampus“, ein Kita- und Vorschulzentrum, besuchen. Abends sind wiederum Bewohner und Besucher von nah und fern im Viertel unterwegs, um die Rockhal, Luxemburgs größte Konzerthalle, die vielen neuen Restaurants und das Multiplex-Kino aufzusuchen. Schließlich spielen auch eine Rolle, dass in allen Quartieren von Belval Wohnen vorgesehen war, sagt Agora-Sprecherin Simon. Selbst im Square Mile, dem Viertel, das stärker auf Bürodienstleistungen ausgerichtet sei, gebe es einen Anteil an Wohnungen, der weit über 25 Prozent liege. Umgekehrt habe man in den beiden fast reinen Wohnquartieren, dem weitgehend fertigen Belval Nord und Belval Süd, dessen Vermarktung erst beginnt, auch kleinere Büros und Einheiten zur Nahversorgung vorgesehen.

Rund 3700 Menschen nennen Belval nach Angaben von Agora inzwischen ihr neues Zuhause, zwischen 7000 und 10 000 sollen es einmal sein, wenn alle Wohneinheiten bezogen sind. Mit einem „Mosaik unterschiedlichster Wohntypologien“ will man dafür sorgen, dass für alle etwas dabei ist. Richtet sich Belval Süd mit dem Kannercampus und mit klassischen Mehrfamilienhäusern über Reihen- und Doppelhäuser bis zu frei stehenden Eigenheimen vor allem an Familien, so sind die Türme im Zentrum mit Wohnungen hoch oben über Büros und Gewerbe ideal für Singles oder Paare, die es urban mögen. Auch rund 700 Appartements für Studierende und 120 Wohneinheiten für Senioren findet man bereits in Belval. Laut Agora verzeichnet der Wohnungsbau in Belval weiterhin „eine erfreuliche Entwicklung“, allein in den nächsten paar Monaten sollen mehr als 350 neue Wohneinheiten in Belval fertiggestellt werden.

Auf dem Büromarkt in Belval sei von einer Krise infolge der Pandemie nichts zu merken, erklärt Simon von Agora. Anders als in Städten

wie beispielsweise Frankfurt oder München, wo Unternehmen Büroflächen zugunsten von Home-Office abbauten, sei dies in Belval nicht der Fall, im Gegenteil. Mit rund 270 000 Quadratmeter Bürofläche sei man der fünfgrößte Bürostandort innerhalb Luxemburgs. Die Leerstandsrate betrug zum Ende des letzten Jahres gerade einmal 0,8 Prozent. „Die meisten Gebäude sind schon vor Fertigstellung ausgemietet“, sagt Mandy Simon. Für Agora bestätigt sich dadurch, dass Belval eben als Standort sehr attraktiv sei. Ein besonderes Plus sei auch die Grenzlage, insbesondere für Unternehmen, die Personal auch im benachbarten Frankreich rekrutieren.

Man brauche schon einen langen Atem, um so ein riesiges Areal gut und erfolgreich zu entwickeln, resümiert Mandy Simon von Agora. Die von Staat und Arcelor gemeinsam gegründete Gesellschaft ist verantwortlich für die Entwicklung des Gesamtareals, von der Erstellung und Begleitung des Masterplans über Fragen der Sanierung und Errichtung der Infrastrukturen bis hin zur Vermarktung von Flächen an private Bauträger. „Am Anfang waren das sicherlich auch Abenteurer und Pioniere, die den Mut hatten, nach Belval zu kommen und hier zu investieren“, sagt Simon. Durch hohe eigene Investitionen hat die öffentliche Hand allerdings auch von Anfang an Privatinvestoren einen Anreiz geboten. Der Staat hat hier über den Fonds Belval öffentliche Einrichtungen wie die Universität, eine Bibliothek, staatliche Forschungszentren, ein Verwaltungsgebäude sowie, als einer der ersten Bauten, die Rockhal errichtet und baut derzeit das staatliche Archivgebäude.

Für das Kulturhauptstadtjahr hat der Fonds Belval nun zwei Funktions-Gebäude der einstigen Hütte renoviert, die Möllerei und die Massenoire, in der früher die Verschlussmasse für das Hochofenstichloch hergestellt wurde. Sie geben dem neuen Belval historischen Charme und erinnern an seine frühere Identität.

Home-Office-Sonderregelung endet

STEUERN Luxemburg und Deutschland kündigen Corona-Regelung für Telearbeit ab Juli auf

Es sollte Luxemburger Arbeitnehmern, die in Deutschland wohnen, während der Corona-Pandemie Heimarbeit ermöglichen – jetzt haben Luxemburg und Deutschland ihr Sonderabkommen gekündigt. „Vor dem Hintergrund der weitgehend auslaufenden Eindämmungsmaßnahmen haben sich die zuständigen Behörden einvernehmlich darauf verständigt, die Verständigungsvereinbarung zu kündigen“, heißt es in einem Schreiben der Luxemburger Steuerverwaltung vom Montag. Das Sonderabkommen hatte ermöglicht, dass Arbeitnehmer Luxemburger Betriebe in Deutschland arbeiten konnten, ohne ihren Lohn dort versteuern zu müssen.

Es hat vor allem die Grenzgänger betroffen. Laut Statec arbeiteten 2021 mehr als 50.000 Menschen aus Deutschland in Luxemburg.

Die neuen alten Regeln gelten aber nicht sofort. Das Sonderabkommen ist noch bis zum 30. Juni gültig. Ab 1. Juli tritt dann die ursprüngliche Regel wieder in Kraft, laut der Luxemburger Arbeitnehmer insgesamt 19 Arbeitstage in Deutschland arbeiten dürfen, ohne dass sie ihr Gehalt dort versteuern müssen. Aber: Wurde in den sechs Monaten davor bereits „pandemie-unabhängig“ im Home-Office gearbeitet, wird das von den 19 Tagen abgezogen. Waren Arbeitnehmer dagegen „ausschließlich pandemiebedingt“ im Home-Of-

fice, können die gesamten 19 Tage im zweiten Jahr geltend gemacht werden.

Das Sonderabkommen zwischen Deutschland und Luxemburg trat erstmals auf dem Höhepunkt der ersten Corona-Welle im April 2020 in Kraft und wurde danach mehrmals verlängert. Ähnliche Sonderabkommen waren auch mit Frankreich und Belgien vereinbart worden – diese sind ebenfalls bis zum 30. Juni gültig, wie das Luxemburger Finanzministerium am Mittwoch mitteilte. Was die Sozialversicherung betrifft, gelten die Abkommen allerdings nur bis Ende Juni.

(sen)

Jährlich 10.000 neue Jobs für Grenzgänger

700.000 Einwohner und 250.000 Grenzgänger im Jahr 2026: So stellt sich das Luxemburger Statistikamt Statec die Zukunft des Arbeitsmarktes im Großherzogtum vor. Damit würde die Beschäftigung von Grenzgängern wieder das Niveau aus den 1990er Jahren erreichen.

VON SABINE SCHWADORF

LUXEMBURG 760.000 Einwohner und 250.000 Grenzgänger im Jahr 2026: Geht man von den jüngsten Prognosen des Luxemburger Statistikamtes Statec für das Land aus, so wird das Großherzogtum in den kommenden Jahren nicht nur ein großes Bevölkerungswachstum haben, sondern auch einen außergewöhnlichen Boom mit einem Arbeitsplatzzuwachs haben.

Hat das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr bei sieben Prozent

gelegen, so wird sich dies in diesem und im kommenden Jahr auf 3,5 Prozent reduzieren, ehe es wieder auf 4 Prozent ansteigt. Allerdings beinhalten diese Projektionen noch nicht den erst wenige Tage alten Ukraine-Krieg, der in den Wirtschaftsdaten noch keinen Niederschlag gefunden hat.

Insgesamt gehen die Statistiker von einer weiter andauernden Phase eines weniger starken Wachstums aus, die bereits vor etwa zehn Jahren begonnen hat. Dennoch rechnet das Statec damit, dass das Wachstum ausreicht, um die Beschäftigung zu erhöhen, die Arbeitslosigkeit in Luxemburg zu senken, die öffentlichen Haushalte auszugleichen und die Attraktivität des Landes zu steigern.

Allein in Sachen Beschäftigung rechnet das Amt bis 2026 mit insgesamt 70.000 neuen Arbeitsstellen, während die einheimische Erwerbsbevölkerung diesen Anstieg mit rund 30.000 Beschäftigten selbst decken könnte, denn das Statec rechnet mit einem jährlichen Migrationsplus von 1,6 Prozent oder insgesamt 36.000 neuen Haushal-

ten in vier Jahren. Damit könnten sich Grenzgänger aus Frankreich, Belgien und Deutschland auf jährlich zwischen 10.000 und 12.000 neue Jobs freuen, so dass ihre Zahl bis dahin auf 250.000 anwachsen könnte. Schon heute gibt es allein aus der Region Trier rund 35.000 Grenzgänger im Großherzogtum. Somit hält das Statec fest: „Die Beschäftigungsquote würde auf die Höchststände von Ende der 1990er Jahre zurückkehren, ohne sie jedoch zu überschreiten. Sie würde am Ende des Zeitraums aufgrund der Verlangsamung der Schaffung von Arbeitsplätzen zurückgehen.“

Das wäre auch ein Vorteil für die Luxemburger Staatsfinanzen: „Auf der Einnahmeseite würden die öffentlichen Finanzen von der Dynamik des Arbeitsmarktes profitieren“, schreibt das Statistikamt. Denn die gezahlten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der Haushalte werden die Einnahmen wachsen lassen.

RTL Group steigert Umsatz und Gewinn auf Rekordhoch

LUXEMBURG (epd) Der Umsatz und Gewinn des Medienkonzerns RTL Group ist 2021 auf ein Rekordhoch gestiegen. Wie die RTL Group vergangene Woche in Luxemburg mitteilte, erhöhte sich der Gesamtumsatz um 10,3 Prozent auf 6,64 Milliarden Euro. Nach Angaben des Konzerns ist das vor allem auf das starke Wachstum der Werbeumsätze im zweiten, dritten und vierten Quartal 2021 zurückzuführen.

Die geringen Umsatzerlöse des Vorjahres hatte das Unternehmen mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie erklärt. Der Rekord-

gewinn des Konzerns von nun 1,45 Milliarden Euro (2020: 625 Millionen Euro) sei hauptsächlich aufgrund starker operativer Leistung und Kapitalgewinnung erfolgt. Insgesamt betrug das bereinigte Vorsteuerergebnis (Ebita) den Angaben zufolge 1,15 Milliarden Euro und erhöhte sich um 35,1 Prozent.

Laut RTL Group stieg der Fernseh-Werbeumsatz um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und um 10,7 Prozent im vierten Quartal des Jahres 2021. Der Streaming-Umsatz der Sendermarken RTLplus und Videoland (Niederlande) stieg

um 31,2 Prozent auf 223 Millionen Euro gegenüber 2020. Zudem habe das Unternehmen die Anzahl der zahlenden Abonnenten der Streaming-Dienste in Deutschland und den Niederlanden um 73,8 Prozent auf mehr als 3,8 Millionen steigern können.

Der Vorstandsvorsitzende der zum Bertelsmann-Konzern gehörenden RTL Group, Thomas Rabe, sagte, dass 2021 „ein erfolgreiches Jahr“ gewesen sei, „getrieben durch die Erholung der Werbemärkte“. Die RTL Group betreibt 60 Fernsehsender und 30 Radiostationen.

Ceratizit wird alleiniger Besitzer von Stadler

Mamer. Der Hartmetallhersteller Ceratizit aus Mamer übernimmt die verbliebenen 50 Prozent der Anteile an der deutschen Firma Stadler Metalle aus Türkheim. Das teilte das Unternehmen gestern in einer Pressemeldung mit. Der Luxemburger Betrieb wird damit alleiniger Besitzer des Unterneh-

mens, das auf das Recycling von Rohstoffen spezialisiert ist. Für die zur österreichischen Plansee Group gehörende Ceratizit ist Stadler Metalle bereits heute wichtigster Lieferant von Sekundärrohstoffen für die Herstellung von Wolfram- und Wolframkarbidpulvern. „Stadler Metalle ist in den vergangenen drei Jahren zu einem wichtigen Baustein unserer Rohstoff-Lieferkette geworden und hat

uns geholfen, unabhängig von Rohstoffen aus China und Krisenregionen zu werden“, so Vorstandssprecher Andreas Lackner in dem Schreiben. Die Gruppe hatte sich Anfang 2019 an Stadler beteiligt. Der Einsatz von Sekundärrohstoffen aus dem Recycling helfe aber nicht nur dabei, die Lieferkette zu sichern, sondern sei auch nachhaltig. „Das Recycling von altem Hartmetall benötigt 75 Prozent weni-

ger Energie als die Aufbereitung von Erz. Zudem werden die Auswirkungen intensiven Bergbaus auf die Natur vermieden“, so Lackner weiter. Die derzeitige Geschäftsführerin und Gründerin von Stadler Metalle, Gabriele Stadler, werde am 28. Februar offiziell in den Ruhestand gehen. *ThK*

ArcelorMittal stellt Produktion ein

Luxemburg. ArcelorMittal stellt die Produktion in seinem Stahlwerk im ukrainischen Kryvyi Rih ein. Das bestätigte das Unternehmen gestern in einer Pressemitteilung. Man unternahme den Schritt, „um die Sicherheit unserer Mitarbeiter

und Vermögenswerte zu gewährleisten“, schreibt ArcelorMittal. Man habe die Situation täglich bewertet und die Produktion war zuvor bereits reduziert worden, während die Anlage auf einem technischen Minimum betrieben wurde, ungefähr ein Drittel des normalen Produktionsniveaus. Der Prozess zum Stilllegen aller Hochöfen hat

gestern begonnen und dauert zwischen sieben und zehn Tagen. „ArcelorMittal ist zutiefst besorgt über die Situation in der Ukraine und die Bedrohung unserer Mitarbeiter und der gesamten ukrainischen Bevölkerung“, so das Schreiben.

ThK

Sunfire wirbt fast 200 Millionen Euro ein

Dresden/Luxemburg. Die Dresdner Sunfire GmbH erhält zusätzliche Mittel von zwei Investoren, um ihre Wasserstofftechnologie auszubauen und von dem weltweiten Vorstoß in grüne Energie zu profitieren. Sunfire hat sich Mittel von Copenhagen Infrastructure Partners (CIP) und Blue Earth Capital gesichert, wodurch sich die Finan-

zierungsrunde von 109 Millionen Euro auf 195 Millionen Euro erhöht, teilte das Unternehmen gestern mit. Die Sunfire GmbH ist Entwickler und Hersteller von Elektrolyseuren und Brennstoffzellen. 2019 war der Luxemburger Anlagenbauer Paul Wurth der Leadinvestor in einer Finanzierungsrunde über 25 Millionen Euro.

Der luxemburgische Betrieb unterhält außerdem eine Entwicklungspartnerschaft mit dem deut-

schen Start-up. Damit will das Unternehmen erneuerbaren Wasserstoff als Ersatz für fossile Energieträger bereitstellen. In einer Rahmenvereinbarung sichert sich der Projektentwickler Copenhagen Infrastructure Partners neben der Beteiligung auch Zugang zu Elektrolysekapazitäten von Sunfire, schreibt das Unternehmen in seiner Pressemitteilung. In den kommenden Jahren plant CIP, Druck-Alkali-Elektrolyseure mit

einer Gesamtleistung von bis zu 640 MW zu beziehen und europaweit in seinen Multi-GW-Projekten einzusetzen. „Diese Vereinbarung bietet allen Beteiligten einen riesigen Mehrwert“, sagte Sunfire-CEO Nils Aldag. „Die aktuelle politische Lage führt uns nachdrücklich vor Augen, wie schnell der Markt für grünen Wasserstoff wachsen muss.“ *Bloomberg/ThK*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Jeder neunte Job in Luxemburg ist in der Finanzbranche angesiedelt

VON SABINE SCHWADORF

LUXEMBURG Banken, Investmentfonds, Beteiligungsgesellschaften, Versicherungen: Luxemburgs Angebote für Geldanlagen sind breit gestreut – und lukrativ, wenn man sich die Zahlen des vergangenen Jahres anschaut, die die Luxemburger Agentur zur Förderung und Entwicklung des Finanzzentrums, Luxembourg for Finance, und mehrere Berufsverbände bekannt gegeben haben.

77 Neue aus aller Herren Länder:

Demnach bescheinigt die Agentur dem Großherzogtum für 2021 ein „starkes Jahr“. 77 neue Unternehmen hat die Finanzaufsicht Luxemburg, die CSSF, eine Betriebserlaubnis erteilt, fünf weniger als 2020 und 33 weniger als noch 2019, als viele Unternehmen infolge des Brexits ihren Standort ins Großherzogtum verlegt hatten. Luxembourg-for-Finance-Chef Nicolas Mackel sagte gegenüber Luxemburger Medien: „Wir stellen fest, dass sich Unternehmen aus der ganzen Welt im Großherzogtum ansiedeln, was die Attraktivität Luxemburgs für internationale Finanzdienstleister als stabiles und etabliertes Finanzzentrum im Herzen der EU unterstreicht.“

Fast 52 000 Beschäftigte: Etwa jeder neunte Arbeitsplatz im Großherzogtum ist im Finanzsektor angesiedelt. Und diese Zahl steigt weiter: allein zwischen dem zwei-

ten Quartal 2020 und 2021 um drei Prozent auf nun 51 623 Stellen.

Fondsgeschäft und Risikokapital legen massiv zu:

Allein in den Fonds am Standort Luxemburg werden derzeit 5,9 Billionen (eine Zahl mit zwölf Nullen) Euro an Vermögen verwaltet. Das sind 18 Prozent mehr als noch 2020 und 24 Prozent mehr als 2019. Beim verwalteten Vermögen von Fonds mit Beteiligungen und Risikokapital beträgt das Wachstum sogar fast 30 Prozent und liegt jetzt bei 255 Milliarden Euro.

Alternative Zukunft:

Schaut man sich die Trends an, so stellt Luxembourg for Finance fest, dass Luxemburg innerhalb Europas führend bei alternativen Investments ist, die umweltfreundliche, soziale oder verantwortungsbewusste Kriterien einhalten. Sie machen laut der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC 44 Prozent am europäischen Gesamtfonds aus. 1234 nachhaltige Anleihen sind Ende 2021 an der Luxemburger grünen Börse notiert, ein Plus von 47 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mit Blick auf das laufende Jahr „hat sich Luxemburg zu einem etablierten Exzellenzzentrum für nachhaltige Finanzen entwickelt, und wir werden zweifellos ein anhaltendes Interesse an diesem Sektor feststellen, da globale Akteure versuchen, das im Großherzogtum etablierte Ökosystem zu nutzen“, ist sich Luxembourg

for Finance-Chef Mackel sicher.

Noch 124 Banken in Luxemburg:

Zwar ist das Privatkundengeschäft in Luxemburg seit nun fast 14 Jahren pro Jahr um sieben Prozent auf nun 508 Milliarden Euro gewachsen. Allerdings sinkt die Anzahl der Banken seit Jahren kontinuierlich. Gab es vor zehn Jahren noch 144 Töchter und Niederlassungen, so sind derzeit noch 124 Banken im Großherzogtum übrig. So kam 2021 zwar eine Bank hinzu, dagegen verließen vier den Finanzplatz.

Pari-pari bei den Versicherungen:

Sieben neue Rückversicherer wurden zugelassen, sieben andere verließen den Markt, stellt Luxembourg for Finance fest. Dabei stiegen die Versicherungsprämien im Jahresvergleich um fast 30 Prozent, wobei die Lebensversicherungsprämien mit plus 42,7 Prozent in den ersten drei Quartalen den größten Sprung machten.

Immer neue E-Geldinstitute:

Eine Steigerung um zehn Prozent auf nun 220 Finanztechnologie-Unternehmen – inzwischen arbeiten allein 25 Zahlungs- und E-Geld-Institute vom Großherzogtum aus (2019: 20). Mackel: „Ich bin optimistisch, was den Sektor für dieses Jahr angeht. Wir konnten sehen, dass sich immer mehr Spieler an uns wenden, um in diesem Bereich die Führung zu übernehmen.“

Steuern: Bundesfinanzhof entscheidet zugunsten der Grenzgänger

Mehr Entlastung für Luxemburg-Pendler: Beiträge zur Pflegeversicherung sind nach einem abschließenden Gerichtsurteil absetzbar.

VON SABINE SCHWADORF

TRIER/MÜNCHEN Ein jahrelanges Hickhack für Grenzgänger nach Luxemburg um Beiträge zur Altersvorsorge sowie zu einer Kranken- und Pflegeversicherung hat mit dem Urteil des Bundesfinanzhofes in München nun ein Ende. Demnach sind die Beiträge auch bei steuerfreien Gehältern und Renten aus dem EU-Ausland als Sonderausgaben von der Steuer absetzbar, wenn der Steuerpflichtige für diese im Ausland, also auch in Luxemburg, keine steuerliche Entlastung erhält.

Unser Kolumnist Stephan Wonnebauer hatte auf ein entsprechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahre 2017 bereits vor vier Jahren im Trierischen Volksfreund hingewiesen. Dieser hatte entschieden, dass es nicht grundsätzlich verwehrt werden darf, dass Sozialversicherungsbeiträge aus dem Tätigkeitsstaat in der Steuererklärung des Wohnsitzstaates berücksichtigt werden können. Das Bundesfinanzministerium habe dazu im Dezember 2017 bereits

entsprechende Anweisungen an die Finanzämter gegeben, schrieb Wonnebauer.

Allerdings hatte das Finanzamt Trier daraufhin Anfang 2019 im TV darauf hingewiesen, dass es ein neues Gesetz zur Neufassung des Sonderausgabenabzugs gebe. Danach seien zwar grundsätzlich Vorsorgeaufwendungen zu berücksichtigen, wenn sie im Inland steuerfrei sind. „Weitere Voraussetzung dafür ist aber, dass der Beschäftigungsstaat keine steuerliche Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen zulässt. Das ist in Luxemburg nicht der Fall, denn Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung seien in Luxemburg steuerlich abzugsfähig“, meldete das Finanzamt Trier. Es gehe darum, dass überhaupt Sonderausgaben abzugsfähig sind. Insofern sei es unerheblich, dass das luxemburgische Steuerrecht keinen Sonderausgabenabzug für die Beiträge zur Pflegeversicherung vorsehe, da dies über die Kranken- und Rentenversicherung möglich sei.

Bei einem weiteren Gerichtsver-

fahren hat das Finanzgericht Rheinland-Pfalz nochmals bestätigt, dass die Beiträge zur luxemburgischen Steuererklärung zu 100 Prozent in der deutschen Steuer abgesetzt werden können. Die Trierer Behörde hat dies bis dato nicht anerkannt, sondern an ihrem Prozedere festgehalten. Nun hat der Bundesfinanzhof den Fall abschließend entschieden. So seien nicht nur – wie vom Gesetz vorgesehen – ausländische Löhne und Gehälter begünstigt, sondern zur Wahrung der Grundfreiheit auf Arbeitnehmerfreizügigkeit ebenso Renten eines vormals im EU-Ausland beschäftigten Arbeitnehmers. Somit wird die Steuererstattung für (Ex-)Grenzgänger künftig höher ausfallen.

In dem Verfahren hatte ein in Deutschland lebender Rentner geklagt, der seinerzeit in Luxemburg als Arbeitnehmer beschäftigt gewesen war. Seit seinem Ruhestand bezieht er eine gesetzliche Altersrente aus Luxemburg, die dort besteuert wird.

Deutsche Börse kauft Kneip

Der Luxemburger Fondsdatenmanager wird in die Konzerngruppe integriert

Von Thomas Klein

Der Luxemburger Fondsdatenspezialist Kneip wird Teil der Deutsche Börse-Gruppe. Das gaben beide Unternehmen gestern in einer Pressemitteilung bekannt. Demnach erwirbt die Deutsche Börse im Rahmen der Transaktion 100 Prozent der Anteile des luxemburgischen Fondsdatenmanagers. Die Transaktion soll bis Ende März dieses Jahres abgeschlossen werden. Der Kaufpreis wird nicht genannt.

Kneip wurde 1993 gegründet und ist ein Anbieter im Fondsdatenmanagement und für Softwarelösungen für das aufsichtsrechtliche Meldewesen in der Asset-Management-Branche. Das Unternehmen veröffentlicht Anlegerinformationen und Daten für über 10 000 Fonds in mehr als 40 Ländern und stellt mehr als 200 000 Reporting-Lösungen bereit, so die Pressemitteilung. Kneip deckt nach Unternehmensangaben mit seinen Dienstleistungen aktuell über 30 Prozent der Fondswertpapierkennnummern (ISINs) aus EU-Ländern ab. Neben der

Zentrale in Luxemburg unterhält der Betrieb einen weiteren Standort in London. Hinter dem Unternehmen liegt eine schwierige Phase. 2020 trennte sich Kneip von einem Drittel seiner Belegschaft. Für 70 der rund 200 Mitarbeiter wurde damals ein Sozialplan angekündigt. Das Unternehmen trennte sich von Geschäftsbereichen, die nicht zum Kerngeschäft gehören.

Integration in die Gruppe

Auch mit dem neuen Eigentümer wird Kneip als eigenständiges Unternehmen weitergeführt. Das bestehende Personal werde in seinen Funktionen weiterarbeiten, und für die Mitarbeiter ändere sich durch die Übernahme nichts, so das Unternehmen auf Nachfrage.

„Diese Partnerschaft legt den Grundstein für den Aufbau eines führenden Fondsdaten-Hubs in Luxemburg. Kneip wird als Teil der Gruppe Deutsche Börse sein Geschäft ausbauen und sein Spektrum an Dienstleistungen erweitern, wie unter anderem mit von Clearstream bereitgestellten Dienstleistungen

im Bereich Daten und im Nachhandel“, heißt es in der Mitteilung. Darüber hinaus beabsichtige die Gruppe Deutsche Börse, die Dienstleistungen von Kneip mit ihren bestehenden Fondsserviceplattformen zu verknüpfen. Im Mittelpunkt stehe eine Prozessvereinfachung bei Datenmanagement und Datenservices für Vermögensverwalter und andere Marktteilnehmer im gesamten Fonds-Ökosystem. „Fondsdienstleistungen und -daten sind für die Gruppe Deutsche Börse Kernbereiche zukünftigen Wachstums. Die Gruppe will ihre Marktstellung organisch über weitere Investitionen in die bestehenden Geschäftsfelder ausbauen, sowie über gezielte Akquisitionen stärken. Kneip bedient genau diese Wachstumsbereiche und wird auch zukünftig ein starkes Mitglied der Fondsservice-Community in Luxemburg sein“, schreibt die Deutsche Börse.

„Wir freuen uns, die Investition in unsere Teams und in das Wachstum von Kneip als Teil der Gruppe Deutsche Börse beschleunigen zu können“, kommentiert Enrique Sa-

cau, CEO von Kneip. „Clearstream treibt seit Langem Innovationen im Finanzsektor voran und teilt unsere Vision, unsere Werte und unser Engagement für die Kundschaft. Durch die Größe und die Ressourcen der Deutschen Börse wird unser Portfolio breiter und wir können unserer Kundschaft schneller einen größeren Mehrwert bieten.“ Bob Kneip, Gründer und Vice Chairman von Kneip, fügt hinzu: „Ich bin gespannt auf die neuen Möglichkeiten, die die Gruppe Deutsche Börse und Kneip gemeinsam für den Markt schaffen werden. Diese Partnerschaft kommt nicht nur unserer Kundschaft und unseren Teams zugute, sondern stärkt auch Luxemburgs Stellung als ein weltweit führender internationaler Fondsstandort.“

Die Deutsche Börse-Gruppe hat aktuell mehr als 10 000 Beschäftigten weltweit und hat neben der Unternehmenszentrale in Frankfurt am Main unter anderem Standorte in Luxemburg, London, New York, Singapur, Peking und Tokio.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Mit vollen Fliegern und Zusatzmaschine

Bei der Airline Luxair gehen die Reisebuchungen in die Höhe: Um den Bedarf abzudecken, wird die Fluggesellschaft eine Maschine und deren Crew von German Airways mieten.

VON SABINE SCHWADORF

LUXEMBURG Die Lockerungen der Corona-Maßnahmen machen's möglich: Flugreisen sind derzeit bei den Reiseveranstaltern besonders beliebt. „Die Flugzeuge sind fast voll. Viele Kunden haben sich für eine Last-Minute-Reise entschieden“, hat etwa Fernand Heinisch, Präsident des luxemburgischen Verbands der Reisebüros (ULAV) gegenüber Luxemburger Medien bereits bezüglich der Karnevalsferien Ende Februar im Großherzogtum geäußert.

Dabei ging es nicht nur ins europäische Ausland, sondern auch nach Dubai, auf die Kapverden, in die USA oder nach Ägypten. Und schon Mitte Januar hatte sich Gilles Feith, Chef der Luxemburger Airline Luxair in einem Interview geäußert: „Ich könnte mit unserem Reiseveranstalter Luxair Tours schon jetzt zwei Flugzeuge mehr füllen.“

Doch damit nicht genug: Die Luxair erwartet sogar, dass sich dieser Trend zu Flugreisen „bis zu den Osterferien fortsetzt“, sagt ein Sprecher. Weil die Menschen wieder besser planen könnten, wür-

den auch wieder mehr Urlaube in den Sommerferien gebucht. Für den Reiseveranstalter LuxairTours haben über die Faschingsferien sogar mehr Flugzeuge abgehoben als im Rekord-Jahr 2019. Mittlerweile bietet LuxairTours 20 Reiseziele an. Spanien ist nach eigenen Angaben mit Abstand die beliebteste Destination.

Und weil die Luxemburger Airline inzwischen Engpässe mit ihren 19 eigenen Maschinen sieht, ist das Unternehmen nun eine Partnerschaft mit Deutschlands zweitältester Fluggesellschaft German Airways eingegangen: Wet-Lease nennt sich das Prinzip, wonach German Airways eine Embraer 190 mit 100 Sitzplätzen zusätzlich zu der derzeitigen Flotte von Luxair mit acht Boeing 737 und elf de Havilland DHC-8-400 beisteuert, um Buchungsspitzen abzufedern. Zudem sieht das Wet-Lease-Prinzip vor, dass neben der Maschine auch Cockpit-Crew, Kabinenpersonal, Wartung und Versicherung inklusive sind.

„Das ermöglicht der Luxair, flexibler zu sein, sowie das starke Reisefieber ihrer Passagiere zu un-

terstützen“, heißt es bei der Fluggesellschaft. „Die Zeichen stehen auf Wachstum und diese Partnerschaft wird uns helfen, die Wartezeiten zu überbrücken, bis Luxair die eigene Kapazität erhöhen kann“, sagt Luxair-Chef Gilles Feith. Nachdem die Buchungstrends bereits seit einigen Wochen auf hohem Niveau seien, sei die Reiselust der Kunden nachweislich konstant und präsent. „Anzeichen dafür, dass Luxair seine Kapazitäten für diese Sommersaison erhöhen muss.“

Aber auch darüber hinaus hat der Luxair-Chef angekündigt, spätestens 2024 oder 2025 die Flotte der Gesellschaft zu erneuern und zwar um eine weitaus größere Maschine mit mehr als 200 Passagieren: Bislang ist die Boeing 737-800 mit 186 Fluggästen die größte Maschine: „Luxair könnte Jets wie den Airbus A320 oder den A321 gut füllen“, hatte Luxair-Chef Feith bereits geäußert. Hier steigen die Kapazitäten auf bis zu 236 Sitze. Außerdem ist eine zweite Luxair-Basis im Gespräch, die sogenannte Spreizflüge anbieten könnte.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Jens Kreisel wird neuer Rektor der Universität Luxemburg

LUXEMBURG-STADT/ESCH-SUR-ALZETTE (sop) Der Aufsichtsrat der Universität Luxemburg hat nach Konsultation des Universitätsrats Professor Jens Kreisel zum neuen Rektor der Uni ab 1. Januar 2023 ernannt, teilte die Hochschule mit. Kreisel ist derzeit Vizerektor der Universität.

Der Hochschul-Professor ist in Dortmund geboren und aufgewachsen.

Nach dem Studium der Physik in Deutschland und Frankreich promovierte Kreisel 1999 am „Institut National Polytechnique de Grenoble“ in Materialwissenschaften. Sein Forschungsgebiet liegt an der Schnittstelle zwischen der Materialphysik und der Materialchemie. Nach Angaben der Hochschule ist er international anerkannt für seine

Expertise in der optischen Spektroskopie.

Kreisel hat auch Bezüge zum Saarland. Seit 2013 ist er Mitglied im Kuratorium des Leibniz Institutes for New Materials (INM) in Saarbrücken. Dort überwacht er mit zehn anderen Mitgliedern Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung, wobei das Kuratorium auch in wesentlichen forschungspolitischen und finanziellen Angelegenheiten mitwirkt.

Die Zukunft der Erinnerung

In Esch-sur-Alzette ist das Museum des Widerstands um einen Anbau des Architekten Jim Clemes erweitert worden. Auch konzeptionell verfolgt das Haus einen breiteren Ansatz.

Von Ulf Meyer



Ein Haus wie ein Riss: der Anbau des Widerstandsmuseums in Esch-sur-Alzette von Jim Clemes NJOY

Luxemburg ist nicht das erste Land, das einem in den Sinn kommt, wenn man an die zu Beginn des Zweiten Weltkriegs von Nazideutschland überrannten europäischen Nationen denkt, doch die Konsequenzen für jüdische und viele nichtjüdische Bürger unterschieden sich nicht von jenen in anderen Staaten. Elf Jahre nach dem Krieg wurde in der Industriestadt Esch-sur-Alzette ein Widerstandsmuseum eröffnet, um an die Gräueltaten der Besatzer und den Mut der Widerstandskämpfer zu erinnern. Das Gebäude mit nackten Steinfassaden und großer Loggia fügt sich am Escher Hauptplatz, dem Brillplatz, nicht in das kleinräumige Stadtbild ein. Gerade in dieser Form ist das Museum ein Beleg dafür, wie wichtig es ist, an die Monstrositäten des 20. Jahrhunderts zu erinnern. Für deren Überwindung steht Luxemburg ebenfalls, als eines der drei Zentren, die sich die neu gegründete Europäische Union gab.

Die Erinnerung muss inzwischen auf andere Weise lebendig gehalten werden als vor der Jahrtausendwende, weil immer weniger Zeitzeugen leben, um jüngeren Generationen aus erster Hand zu berichten. Im Jahr 2016 beschlossen die Stadt Esch und das Kulturministerium von Luxemburg deshalb, das Museum zu erneuern. Ein Reihenhause an einer Seitenstraße wurde abgerissen, um Platz für einen markanten Anbau zu schaffen, der von einem der bekanntesten Architekten Luxemburgs, Jim Clemes, entworfen wurde. Die Wiedereröffnung des Museums mit einer neuen Dauerausstellung am morgigen Donnerstag – im Beisein der deutschen Kulturstatsministerin Claudia Roth – fällt mit der Rolle von Esch-sur-Alzette als Kulturhauptstadt Europas 2022 zusammen.

„Generationenübergreifend, interkulturell und mehrsprachig“

Seit der ersten Erneuerung der Ausstellung im Jahr 1986 haben die Erinnerungen von Überlebenden an Wert noch gewonnen. Mit Aufzeichnungen, Publikationen und Wanderausstellungen trägt das Museum dazu bei, eine Brücke zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft zu schlagen. In Zusammenarbeit mit der Universität Luxemburg ist das Museum so zum Zentrum der Erforschung der örtlichen Geschichte und „Ort der Erinnerung und Bildung“ geworden.

Der didaktische Ansatz des Museums versteht sich als „generationenübergreifend, interkulturell und mehrsprachig“, erläutert Kuratorin Cláudia Lima. Historische, pädagogische und künstlerische Projekte wechseln sich in ihrem Haus ab. Während der Schwerpunkt weiterhin auf dem Zweiten Weltkrieg und Nationalsozialismus, Unterdrückung und Krieg liegen soll, hat sich das Museum im vergangenen Jahrzehnt auch mit aktuelleren Themen wie der Rolle Nelson Mandelas in Südafrika, dem Schicksal von Sinti und Roma, Flüchtlingsströmen und Extremismus auseinandergesetzt. Das Museum ist inzwischen eine Plattform für politische Bildung, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit thematisiert. Dementsprechend hat das Museum im Jahr 2020 seinen Namen in Musée National de la Resistance et des Droits Humans erweitert.

Die verdreifachte Ausstellungsfläche wurde neu von Nathalie Jacoby vom Atelier NJOY gestaltet. Jacobys Museographie verfolgt wie die Architektur von Clemes einen puristischen Ansatz, der nicht mit dem Ursprungsbau konkurrieren möchte. Sie nutzt die Größe des Gebäudes, um Besucher auch emotional an die Themen heranzuführen: Gleich am Eingang ist beispielsweise eine Reihe von Urnen nicht zu übersehen, die Asche von Holocaust-Opfern enthalten. In der Rekonstruktion einer Baracke des Konzentrationslagers Hinzert werden eindrucksvolle Porträts von Opfern gezeigt.

Ein Kolloquium zur „Zukunft des Gedenkens und Erinnerns“ und eine Ausstellung zum Schicksal der luxemburgischen Juden im Zweiten Weltkrieg, die in der Topographie des Terrors in Berlin gezeigt wurde, gelten als Errungenschaften moderner Erinnerungskultur, die das Museum organisiert hat.

Die Ästhetik des Monumentalbaus von Laurent Schmit blieb bei dem 8,6 Millionen Euro teuren Umbau erhalten. Das Museum sollte Mahnmal gegen den NS-Terror und zugleich Ort des Erinnerns sein – Funktionen, die man nicht umdeuten möchte. Obwohl der Anbau an der Rue de l'Alzette für Verwaltung, Werkstatträume, Ausstellungen und als Nebeneingang für Gruppen genutzt wird, hat Clemes ihm ein kraftvoll poetisches Aussehen ganz eigener, sprechender Art gegeben: Die dunkle Backsteinfassade scheint aufzuplatzen, als wollte sie eine Wunde offenbaren.

Warum sich ein Besuch im neuen Planetarium in Luxemburg lohnt

VON HÉLÈNE MAILLASSON

LUXEMBURG Ganz bequem auf einem Liegestuhl beginnt die Reise durch Galaxien. Im dunklen Raum mit Kuppel werden um die Besucher herum verschiedene astronomische Phänomene in hoher Auflösung projiziert. Rund eine Stunde lang führt die Show anhand von 360-Grad-Bildern durch die Milchstraße oder ganz nah an die Ringe des Saturn.

Die Vorführung ist interaktiv angelegt, möchten die Besucher also bestimmte Elemente genauer betrachten, können sie diese näher heranzoomen. Die Aufführung findet seit ein paar Wochen täglich im Science Center im luxemburgischen Differdingen (rund 50 Kilometer von der saarländischen Grenze entfernt) statt. Damit baut das Center sein bisheriges Angebot für Groß und Klein ab sechs Jahren weiter aus.

Nach dem Motto „Wissenschaft muss ja nicht immer kompliziert

und kann sogar sehr unterhaltsam sein“ wurden im großen Erkundungsraum des Science Center rund 80 Experimentierstationen aufgebaut, die von Touchscreens (auch auf Deutsch) begleitet werden. Darüber hinaus finden täglich mehrere Vorführungen statt – auch in verschiedenen Sprachen und zu verschiedenen Themen wie zum Beispiel „Wie entstehen Fata Morgana?“, „Was sind schwarze Löcher?“, aber auch „Wie viel Physik steckt in der Küche?“. Das Programm der Vorführungen wechselt täglich. Die Teilnahme an den Shows ist im Eintrittspreis enthalten. Da die Veranstaltungen in unterschiedlichen Sprachen (Deutsch, Französisch, Luxemburgisch, Englisch) stattfinden, ist es deshalb ratsam, sich vor dem Besuch das aktuelle Programm im Internet anzuschauen.

Nicht nur Familien können das Science Center besuchen, es eignet

sich auch für Klassenfahrten (Schüler ab sechs Jahren). Für diese gibt es besondere Tagesprogramme, die sich an ihrem Alter und am Wissensstand der Klasse orientieren. Bei älteren Schülern (Sekundarstufe) gibt es die Möglichkeit, Experten zu treffen, die im betreffenden Wissenschaftsgebiet arbeiten, und den Tag im Science Center auch zur Berufsorientierung zu nutzen. Luxemburgische Schulen haben freien Eintritt, für Klassen aus dem Grenzgebiet (Deutschland, Frankreich, Belgien) gibt es besondere Konditionen.

Tickets sind für vier Stunden gültig (10 bis 14 oder 14 bis 18 Uhr), der Eintritt kostet für Erwachsene 15 Euro, Studenten, Senioren (ab 65 Jahren) und Kinder (sechs bis 17 Jahre) zahlen neun Euro. Infos und Preise für Schulgruppen gibt es per E-Mail an reservations@science-center.lu

www.science-center.lu/de/shows

Vom Kloster zum pädagogischen Zentrum und Shoah-Mahnmal

FÜNFBRUNNEN Ukraine-Krieg unterstreicht Sinnhaftigkeit des Projekts

Eric Rings

Am Mittwoch haben die Herz-Jesu-Pater den symbolischen Schlüssel von Kloster Fünfbrunnen (Cinqfontaines) der Luxemburger Regierung übergeben. Der Ort nahe Ulflingen soll in Zukunft pädagogische Aktivitäten für Kinder und Jugendliche anbieten und zugleich als Mahnmal für die Shoah fungieren. Wie wichtig ein solcher Ort ist, führt uns der aktuelle Ukraine-Krieg vor Augen. In den nächsten Wochen sollen dort rund 50 Flüchtlinge aufgenommen werden.

Direkt neben Ulflingen (Troisvierges) befindet sich das Kloster Fünfbrunnen. Der Ort ist sehr abgeschieden und nur über schmale Feldwege zu erreichen. Am Mittwoch fand die symbolische Übergabe des Schlüssels an die luxemburgische Regierung statt. Pater Joseph Famerée überreichte ihn in seiner Funktion als „Supérieur provincial des prêtres du Sacré-Cœur“ an Minister Marc Hansen. Letzterer vertrat Bildungsminister Claude Meisch, der am Vortag positiv auf Covid-19 getestet wurde und sich deshalb in Isolation befindet. „Es war uns wichtig, dass ein Vertreter der Regierung heute hier anwesend ist“, sagte Hansen, der seine Termine etwas umdisponieren musste.

Der Verkaufsakt wurde am 31. Dezember 2020 unterschrieben. Um den Verkauf überhaupt zu ermöglichen, mussten seitens der Kirche viele Hürden durchlaufen werden. „Das ging bis zum Heiligen Stuhl“, sagte Pater Joseph Famerée. Doch am Ende gab der Nationalrat der Herz-Jesu-Pater grünes Licht. Fünfbrunnen war bereits vor dem Besitzerwechsel als nationales Geschichtsmonument klassiert worden. Der Staat wird ein pädagogisches Zentrum für junge Menschen sowie ein Dokumentationszentrum in Erinnerung an die Shoah dort einrichten. „Wir sind nicht ohne Bedauern, dass wir dieses schöne Anwesen verlassen müssen“, sagte Famerée.

In einem kleinen Exkurs erläuterte er die Entstehungsgeschichte des Klosters. Das Haus Fünfbrunnen wurde demzufolge durch die deutschen Herz-Jesu-Priester gegründet. Sie erwarben das Anwesen vor über hundert Jahren vom damaligen Clerfer „Député-maire“ Emile Prüm, um dort ein Noviziat für die Ausbildung der Pater einzurichten. Zum Anwesen gehörten ein alter Bauernhof, ein

kleines Wohnhaus, eine Scheune, ein Stall, mehrere Nebenhäuser, landwirtschaftliche Acker sowie einige Wälder im Umkreis. Die Mühle sei damals noch vom Müller und seiner Familie bewohnt worden. Am 1. Juni 1903 begab sich Pater Liborius Tillmann mit einigen Novizen nach Fünfbrunnen. Ein provisorisches Oratorium für die täglichen Gebete wurde in einem Gebäude eingerichtet, das bis dahin den Arbeitern der Bahn als Kantine gedient hatte. Die heilige Messe wurde im Nachbarort Sassel zelebriert.

Fahrten ohne Rückkehr

In den Folgejahren waren viele Arbeiten nötig, um die bestehenden Gebäude richtig nutzen zu können. Es wurde ein wenig Landwirtschaft und Viehzucht betrieben, um die dort angesiedelte Gemeinschaft zu versorgen. 1905 fingen die Novizen an, vor Ort Steine auszuheben, um mit dem Bau des Klosters zu beginnen. Hilfe bekamen sie im Sommer von den Scholastikern aus Luxemburg. Der Bau begann im Frühling 1906 und endete im November 1907. Zahlreiche Novizen wurden anschließend dort ausgebildet. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Kloster von der deutschen Gestapo besetzt. Viele Novizen und junge Pater wurden in die deutsche Armee eingezogen. „Die jüdische Gemeinschaft in Luxemburg durchlebte die Shoah“, sagte Pater Famerée.

Wegen der Abgeschiedenheit des Klosters haben die Nazis ihn zu einem Ort der Zwangseinweisung für Juden umfunktioniert und es offiziell als jüdisches Altenheim bezeichnet. „Zwischen 1941 und 1943 wurden dort 350 bis 400 Menschen jeden Alters, auch Kinder, unter unmenschlichen Bedingungen interniert“, so der Pater. Im Oktober 1941 fuhr der erste Zug zum Ghetto nach Lodz. Nach einer Pause von sechs Monaten folgten sechs weitere Züge aus Luxemburg zu den Ghettos und Vernichtungslagern von Theresienstadt, Izbica und Auschwitz. „Es waren Fahrten ohne Rückkehr“, betonte Pater Famerée. Nur 24 Juden konnten nach der Befreiung der Lager wieder nach Hause kehren. Um die Erinnerung an diese dunkle Zeit der Geschichte lebendig zu halten, wurde 1969 ein Mahnmal neben dem Kloster Fünfbrunnen errichtet. Von 1950 bis 1989 beherbergte das Kloster jeden Sommer

Ferienkolonien für Kinder, die von der Caritas organisiert wurden. Die Hauptfunktion des Klosters war ab 1961 jene eines Altenheims. „Daneben wurde Fünfbrunnen zu einem geschätzten spirituellen Zentrum“, so der Pater.

„Es ist ein Projekt, das einen lebendigen Gedenkort unterstützt“, sagte Minister Hansen. Wie in der Vergangenheit sollen auch in Zukunft junge Menschen nach Fünfbrunnen kommen können, um Werte zu schätzen, zu verstehen und weiterzuvermitteln, so der Minister. Hansen knüpfte an die aktuelle Situation mit dem Krieg in der Ukraine an. Das seien die Themen, die hier besprochen werden sollen. „Es geht darum, nach hinten zu schauen, um Sachen zu verstehen und es geht auch darum, nach vorne zu blicken.“ Dem Abkommen mit der jüdischen Gemeinschaft zufolge werden das „Zentrum für politische Bildung“ (ZpB) und der „Service national de la jeunesse“ (SNJ) zahlreiche pädagogische Aktivitäten auf Fünfbrunnen anbieten. Daneben soll das Anwesen laut Hansen auch ein Platz für die jüdische Gemeinschaft sein. Das Kloster soll dem Minister zufolge ein Haus für die ganze Region werden und von Schulen, Jugendhäusern, kulturellen Akteuren und dem Tourismus genutzt werden können.

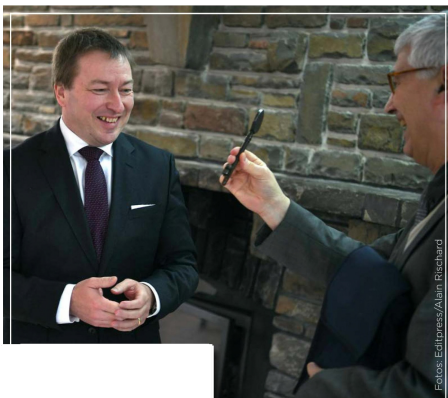
50 Flüchtlinge aufnehmen

„Trotz der Anstrengungen, die wir unternehmen, sehen wir, was sich unweit von uns abspielt“, sagte Hansen. Es sei alles unerklärlich, was man da sehe. „Deshalb müssen wir die Anstrengungen, die wir bislang unternommen habe, weiter hochhalten, um das

zu vermitteln, was alles an Grausamkeiten in Kriegen entsteht“, so der Minister. „Ein erstes symbolisches Zeichen, das in den Geist dieses Projekts passt, ist die Aufnahme von rund 50 Flüchtlingen aus der Ukraine im Kloster Fünfbrunnen“, so Hansen. Dies werde in den nächsten Wochen stattfinden. Am 27. April soll ein erster Workshop für Akteure aus der Region im Kloster angeboten werden. Die Renovierungsarbeiten schätzt Hansen auf 17,5 Millionen Euro.

SNJ-Direktor Georges Metz teilte die Aktivitäten in drei Bereiche ein. Jene des SNJ, jene des ZpB sowie die Zusammenarbeit mit den Akteuren der Region. ZpB-Direktor Marc Schoentgen sagte, dass man beim Konzept der Aktivitäten Vorbilder aus dem nahen Ausland herangezogen habe. Dabei habe man den Fokus sowohl auf die Jugendarbeit als auch auf die politische Bildung gelegt.

„Fünfbrunnen soll keine Schule sein“, sagte Schoentgen. „Wir wollen anders an die Themen herangehen, als man dies in der Schule tun würde“, betonte er. Man müsse der Atmosphäre an diesem Ort Rechnung tragen. Die Shoah sei das, was den Platz in Fünfbrunnen belastet. „An dem Punkt soll man nicht stehenbleiben, sondern ihn als Ausgangspunkt für andere Genozide heranziehen“, so der ZpB-Direktor. „Als wir dies konzipiert haben, wussten wir noch nichts über den Krieg in der Ukraine. Die Realität hat uns hier schnell eingenommen.“ Das zeige die Wichtigkeit und Sinnhaftigkeit dieses Projekts. Auch zeige es, dass die Vergangenheit stets eine Verbindung zur Zukunft habe. „Die Erinnerung hilft uns dabei zu verstehen, was heute geschieht.“



Pater Joseph Famerée überreicht den Schlüssel des Klosters Fünfbrunnen an Minister Marc Hansen

Zwischen 1941 und 1943 wurden dort 350 bis 400 Menschen jeden Alters, auch Kinder, unter unmenschlichen Bedingungen interniert

Pater Joseph Famerée
„Supérieur provincial des prêtres
du Sacré-Cœur“

Es geht darum, nach hinten zu schauen, um Sachen zu verstehen und es geht auch darum, nach vorne zu blicken

Marc Hansen
Minister

Schlüsselübergabe am Kloster

In Fünfbrunnen entsteht eine Erinnerungsstätte und eine Unterkunft für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Von Frank Weyrich

Fünfbrunnen. In der Nähe von Uffingen im Tal der Woltz liegt das Kloster Fünfbrunnen. Es wurde 1906 von den Herz-Jesu-Priestern erbaut und diente vor allem als Noviziat. Am 31. Dezember 2020 hat der luxemburgische Staat das Kloster mitsamt den dazugehörigen Ländereien für 7,927 Millionen Euro gekauft.

In Zwischenzeit sind die zwei verbliebenen Priester nach Clairefontaine umgezogen und so konnte diese Woche die offizielle Schlüsselübergabe erfolgen. Es war Vater Joseph Famarée, Provinzialvorsteher der Herz-Jesu-Priester, gegönnt, den symbolischen Akt zu vollziehen. Und so überreichte er Marc Hansen, Minister der öffentlichen Funktion, den Schlüssel.

In seiner Ansprache ging er auf den geschichtlichen Werdegang ein, den das Kloster in mehr als einem Jahrhundert durchgegangen ist. Dabei sticht die Periode des Zweiten Weltkriegs besonders hervor. Im Frühjahr 1941 hatte die deutsche Gestapo die Priester verjagt und die Örtlichkeiten kurzerhand in ein sogenanntes „jüdisches Altersheim“ umfunktioniert. Allerdings sollte diese Umschreibung nur ein Vorwand sein, um jüdische Einwohner jeglichen Alters abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit unterzubringen, bevor sie in deutsche Konzentrationslager deportiert wurden.

Es ist diese unheilsame Zeit, die in der zukünftigen Nutzung des Klosters eine Schlüsselrolle spielen wird. Das ehemalige Kloster wird in ein Centre éducatif et de commémoration umgewan-

delt. Es soll dazu dienen, den Jugendlichen den Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus nahezubringen sowie die Werte von Humanismus und der Menschenrechte zu fördern. Der Service national de la jeunesse (SNJ) soll mit der Betreuung des zukünftigen Zentrums beauftragt werden, während das Zentrum für politisch Bildung für die inhaltlichen Aspekte zuständig zeichnen wird.

Beschränkte Bleibe für ukrainische Flüchtlinge

Minister Hansen wies denn auch darauf hin, dass es angesichts des aktuellen Kriegs in der Ukraine – „vor unserer Haustür“, wie er sagte – unerlässlich sei, aus der Geschichte zu lernen und der Jugend Werte zu vermitteln, die es ermöglichen, in Frieden zusammenzuleben.

Ganz in diesem Sinn wird der Ort in den kommenden Wochen denn auch Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen. Für rund 50 Menschen wird eine Unterkunft in ruhiger Umgebung geschaffen, wo sie in Sicherheit leben können. Allerdings hat die Sache einen Schönheitsfehler: Wie Georges Metz vom Service national de la jeunesse (SNJ) verlauten ließ, stehen die Zimmer in den oberen Etagen des eigentlichen Klosters nicht zur Verfügung, was die Aufnahmefähigkeit entsprechend mindert.

Dass die Zimmer, in denen bisher die Gäste übernachtet haben, bis auf Weiteres nicht benutzt werden können, erklärt sich dadurch, dass der Staat jetzt Eigentümer ist – und damit die gleichen staatli-

chen Vorgaben gelten wie in allen anderen öffentlichen Gebäuden. In ihrem derzeitigen Zustand entsprechen die Räumlichkeiten demnach weder den Vorschriften zur Brandverhütung, noch sind die Fluchtwege normgerecht. Somit bleiben die Zimmer fortan unbelegt, obwohl sie bis vor Kurzem noch Gäste empfangen haben. Für die Anpassung an die Anforderungen an öffentliche Gebäude werden nach ersten Schätzungen Kosten in Höhe von mehr als 17 Millionen Euro entstehen.

Ideensammlung vor Eröffnung

Zu der zukünftigen Ausrichtung des ehemaligen Klosters unterstrich der Vertreter des SNJ, dass es ein „Haus für die Region“ werden soll, bei dem die Zusammenarbeit mit regionalen Jugendorganisationen aus Kultur und Erziehung großgeschrieben wird. Marc Schoentgen, Direktor des Zentrums für politische Bildung, meinte: „Es wird keine Schule werden, sondern wir werden versuchen, anhand von bestehenden ähnlichen Strukturen im Ausland ein Konzept auf die Beine zu stellen, um auf vielfältige Art die Zielgruppen am besten zu erreichen.“

In einem ersten Schritt wird am 27. April vor Ort ein Workshop organisiert, um die möglichen Aktivitäten auszuloten. Eine Woche darauf wird ein weiterer Austausch am Forum Geesseknäppchen stattfinden. Zum Ende des Schuljahres sollen dann erste Schulklassen nach Fünfbrunnen kommen. Der offizielle Startschuss fällt am Wochenende des 1. Oktober, wenn ein Tag der offe-

nen Tür veranstaltet wird.

Kommentar

Leere Betten

Von Frank Weyrich

Bei der Schlüsselübergabe des Klosters hat Minister Marc Hansen angekündigt, dass in den kommenden Wochen ukrainische Kriegsflüchtlinge in Fünfbrunnen aufgenommen werden. Das klingt zunächst vielversprechend und lobenswert. Allerdings steht das Hauptgebäude für die Unterbringung nicht zur Verfügung. Die Ursache dafür sei, dass es nicht den Sicherheitsanforderungen für öffentliche Gebäude entspricht. Nun mag man der Auffassung sein, dass alles seine Ordnung haben muss. Wie man allerdings einem Menschen, dessen Alltag von Bomben und Raketen geprägt ist, beibringen soll, dass er nicht in einem voll ausgestatteten Zimmer übernachten darf, nur weil ein Brandmelder fehlt, ist doch, gelinde gesagt, schwer nachvollziehbar. Nach Tausenden von Kilometern auf der Flucht soll es nun hier in Luxemburg daran scheitern, dass nur die Fluchtwege nicht normgerecht sind? Auf der einen Seite herrscht Krieg, auf der anderen Seite besteht man auf die Einhaltung von Normen. Irgendwie scheint man in diesem Fall über das Ziel hinauszuschießen. Wäre es nicht angebracht, etwas mehr Flexibilität an den Tag zu legen und die Menschlichkeit über die Normgerechtigkeit zu stellen? Wie heißt es so schön: „A circonstances exceptionnelles, mesures exceptionnelles“.

Bergbaumuseum in neuem Gewand

Das Musée National des Mines im Rümelingen
startet am Freitag in die neue Saison

Von Glenn Schwaller

Rümelingen. Von außen blickt man durch die Eingangspforte hindurch in einen langen, dunklen Tunnel. Lediglich ein Licht ist zu sehen, das sich immer weiter annähert. Auch ein Rattern wird zu sehends hörbar. Schließlich lassen sich die Umriss des Zuges erkennen, der aus dem Dunkeln des Tunnels heraus wieder ans Tageslicht zurückkehrt.

Beim Zug handelt es sich um die Grubenbahn des Musée National des Mines (MNM) in Rümelingen. Seit 2016 verkehrt das neueste Elektromodell in den knallroten Farben auf dem vier Kilometer langen Schienennetz, das durch das Innere der Walert-Mine führt. Das vom deutschen Hersteller Schöma angefertigte Modell ersetzte vor sechs Jahren die früheren Diesellokomotiven. Auf eine Höchstgeschwindigkeit von 18 km/h gedrosselt, schafft der Zug mit einer einzelnen Batterieladung zwölf Fahrten auf der Kreisstrecke und kann dabei jeweils 31 Besucher ins Innere der Minen befördern.

Start in die neue Saison

Ab kommendem Freitag wird die Bahn wieder deutlich häufiger verkehren. Dann startet das nationale Bergbaumuseum nämlich in die neue Saison, also zumindest in die

Hauptsaison, denn wirklich geschlossen hat das MNM eigentlich nie. Auch während des Winters hat das Grubenmuseum an jedem zweiten Sonntag im Monat geöffnet, zudem können Gruppen weiterhin Besichtigungen der unterirdischen Anlagen buchen, wie Denis Klein erzählt.

Der 40-Jährige ist Vize-Präsident des Museums. Das Interesse für den Bergbau wurde ihm quasi in die Wiege gelegt und zieht sich wie ein roter Faden durch sein Leben. Bereits der Großvater war im Bergbau aktiv, Klein studierte späterhin Geschichte und verfasste seine Masterarbeit über den Bergbau in der Minett-Region. Heute arbeitet er als Geschichtslehrer, ehrenamtlich engagiert er sich im

Bergbaumuseum. Eine Herzensangelegenheit für den 40-Jährigen, denn das Interesse für den Bergbau sei für ihn mehr als nur eine Leidenschaft, wie er mit begeisterter Stimme erklärt.

Neues Empfangsgebäude

Während er über das Gelände des MNM führt, wird derweil noch fleißig gearbeitet. Das gesamte Empfangsgebäude wird nämlich rundum erneuert. Größer und moderner soll es sich den Besuchern in Zukunft präsentieren. Von außen ist das neue Gewand schon deutlich zu erkennen, im Innern laufen die Arbeiten jedoch weiterhin auf Hochtouren.

Eigentlich hätte der Umbau des Gebäudes, der 2019 begann, bereits abgeschlossen sein sollen, erklärt Klein. Wegen der Pandemie verzögerten sich die Arbeiten allerdings. Bis zum Sommer und dem Höhepunkt der Saison soll aber alles fertig sein.

Dann wird das neue gestaltete Gebäude über einen größeren Empfangsbereich und einen vergrößerten Mehrzweckraum verfügen, erklärt Klein.

Virtuelle Realität erhält Einzug

Das Empfangsgebäude ist jedoch nicht die einzige Veränderung, mit welcher das Museum in diesem Jahr auftrumpfen möchte. Auch im Innern der Walert-Mine gibt es eine Neuheit zu entdecken. Neben den unzähligen Ausstellungsobjekten wurden an zahlreichen Stellen nämlich Tafeln sowie lebensgroße Figuren angebracht, die einen Hauch von virtueller Realität in die Gruben bringen sollen.

Die Besucher werden bei den Besichtigungen künftig mit einem Tablet ausgestattet werden, mit welchem sie die Tafeln sowie Figuren per Kamera scannen können. Anschließend erscheinen auf dem Tablet-Bildschirm Animationen, die den Alltag der Bergarbeiter auf virtuelle Weise erlebbar werden lassen. Starten wird der digitale Dienst jedoch erst, wenn auch das Empfangsgebäude fertiggestellt wurde.

Die Geschichte der Mine

Dass irgendwann Besucher mit Tablet-Computern durch die Minen

laufen würden, hätten die früheren Bergbau-Arbeiter wohl nicht gedacht, reicht die Geschichte der Walert-Mine doch bis ins Ende des 19. Jahrhunderts zurück.

Zwischen 1898 und 1963 war die Mine demnach im Betrieb, wie Klein erzählt. „Sie war für luxemburgische Verhältnisse eine mittelgroße Mine. Zu ihren besten Zeiten beschäftigte sie um die 70 Bergleute“, erklärt er. Aufgrund des Preisverfalles in den 1960er-Jahren rentierte sich ein weiterer Betrieb der Anlage nicht mehr, stattdessen wurde auf den Import von Erz aus dem Ausland gesetzt.

Im Jahr 1973 wurde die Mine schließlich in ein Museum umgewandelt, was bedeutet, dass im kommenden das Jahr 50-jährige Jubiläum ansteht. „Wir sind nach dem Train 1900 der älteste Industrie-Kultur-Standort in der gesamten Großregion“, so der Vize-Präsident des nationalen Bergbaumuseums.

Reise durch 150 Jahre Bergbau

Damit die Besucher die lange Geschichte des Bergbaus auch nachverfolgen können, werden sie bei den Besichtigungen chronologisch durch die unterschiedlichen Epochen geführt. Bestaunen können sie dabei unzählige Objekte aus den unterschiedlichen Zeitschnitten, darunter auch 35 größere Maschinen, die im MNM ausgestellt sind.

„Jedes Mal wenn eine Mine geschlossen wurde, haben wir entsprechendes Bergbau-Material übernommen“, beschreibt Klein das Zustandekommen der umfangreichen Objekt-Sammlung des Rümelinger Museums. „Wir können somit, besser als andere Museen, die gesamte Evolution des Bergbaues über 150 Jahre hinweg anschaulich machen“, fährt er fort.

Vor allem regionales Publikum

Die Haupt-Zielgruppe des Museums sind derweil nach wie vor Besucher aus Luxemburg sowie der umliegenden Region, darunter viele Schulkassen. „Wir haben ein sehr regionales Publikum“, erklärt Klein.

In den vergangenen beiden Jahren spürte jedoch auch das MNM die Auswirkungen der Pandemie. So musste das Museum zeitweise

ganz schließen oder konnte nur unter Einschränkungen Besucher empfangen. Insgesamt habe das Museum die Pandemie jedoch gut überstanden, berichtet dessen Vize-Präsident, was er in erster Linie auf die Unterstützung durch die Gemeinde Rümelingen sowie das Tourismus-Ministerium zurückführt.

„Wir können uns nicht beklagen, wir konnten unser Personal weiterhin bezahlen“, erklärt er mit Blick auf die sieben fest angestellten Mitarbeiter sowie die zahlreichen, freiberuflich arbeitenden Be-

sichtigungsführer, die im Grubenmuseum tätig sind.

Aufschwung durch Esch 2022

In diesem Jahr erhoffen sich die Verantwortlichen dennoch wieder eine Saison unter normalen Bedingungen. Neben dem Ende der Corona-Maßnahmen könnte auch der Anziehungs-Effekt des Kulturjahres Esch 2022 für einen stärkeren Besucheransturm sorgen, so zumindest die Hoffnung.

Wer sich selbst ein Bild der Walpert-Mine machen möchte, kann dies in der Hochsaison nahezu täg-

lich tun. Das Museum ist ab kom-mendem Freitag bis Ende Juni jeweils donnerstags bis sonntags, von 14 bis 18 Uhr, geöffnet. In den Sommermonaten Juli und August sind die Anlagen dienstags bis sonntags geöffnet. Besichtigungen des Bergwerkes finden dann jeweils um 14.30, um 15.30 sowie um 16.30 Uhr statt. Für Gruppen von mehr als 16 Besuchern ist es zudem auf Anfrage hin möglich, eine eigene Führung durch das Innere der Grubenwelt zu buchen.

● *Wir können die*
● *gesamte Evolution*
des Bergbaues über
150 Jahre hinweg
anschaulich
machen.

Denis Klein, Vize-Präsident
des Nationalen Bergbaumuseums



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Ein Highlight unter Tage

In Obermartelingen wird die ehemalige Johanna-Schiefergrube touristisch erschlossen

Von Nico Muller

Obermartelingen. Als am 15. Juni 2018 das 8,84 Millionen Euro schwere Projekt zur Einrichtung eines 350 Meter langen unterirdischen Rundwegs in den ehemaligen Schiefergruben in Obermartelingen vom Ministerrat bewilligt wurde, war das gleichzeitig die Geburtsstunde

einer höchst attraktiven touristischen Sehenswürdigkeit im Westen des Landes. Seit 2019 laufen die Arbeiten, nun sind sie in der Endphase. Ab kommendem Juli soll dieser unterirdische Schatz von der Öffentlichkeit in Augenschein genommen werden können.

Vorfriede und Begeisterung

Vorab statteten schon mal Tourismusminister Lex Delles und Kulturministerin Sam Tanson sowie Patrick Sanavia vom Service Sites et Monuments der Baustelle einen Besuch ab. Dabei wurde nicht gespart mit großer Vorfriede und auch Begeisterung für diese neue Attraktion, die sicherlich nicht nur

nationales, sondern auch internationales Publikum anziehen werde. Das Projekt sei ein echtes Highlight unter Tage und ein Paradebeispiel dafür, wie Denkmalschutz gleichzeitig touristischen, kulturellen und pädagogischen Zwecken dienen könne. Das Vermitteln eines bedeutenden Teils der Luxemburger Industriegeschichte reihe sich denn auch perfekt ein in die nationale Tourismusstrategie.

Zugänglich gemacht wurde ein 350 Meter langer Rundweg, der über Treppen bis in eine Tiefe von 42 Metern führt. Mit gleich drei Pumpen, die permanent in Betrieb sind, wird der Grundwasserspiegel auf dieser Tiefe gehalten. Ansonsten wäre ein Absteigen lediglich bis zu einer Tiefe von 13 Metern möglich.

Dabei können die Besucher nicht weniger als sieben Schieferabbaukammern der ehemaligen Johanna-Grube entdecken und so einen eindrucksvollen Einblick in die Arbeitsmethoden des 19. sowie die etwas fortschrittlicheren Techni-

ken des 20. Jahrhunderts gewinnen. Eine Rekonstruktion von Arbeitsszenen, didaktische Erläuterungen, eine angepasste Beleuchtung, Videoüberwachung und eine Reihe Sicherheitseinrichtungen maximieren den touristischen Wert.

Authentisches Erlebnis

Das unterirdische Museum, in dem permanent neun Grad Celsius herrschen, ermöglicht Klein und Groß ein authentisches Erlebnis und einen einmaligen Einblick in die Arbeitswelt der Leekäpperten von 1790 bis 1957. Nach der unterirdischen Erschließung werden ebenfalls im Außenbereich noch Arbeiten durchgeführt. So soll unter anderem ein neues Empfangsgebäude errichtet werden, wo der Ticketverkauf und die Schutzhelmausgabe erfolgt.

Die Schiefergrube bleibt ab Juli auch ganzjährig geöffnet, was es erlauben wird, die Besucherzahl des Standorts von derzeit 4.400 auf rund 10.000 zu steigern. Als Betrei-

bergesellschaft fungiert die Asbl Musée de l'Ardoise mit Präsident Marco Schank an der Spitze. In der Organisation finden sich Vertreter von Kultur- und Tourismusministerium, der Gemeinde Rambrouch sowie des lokalen Interessenvereins Frënn vun der Lee wieder. Um den täglichen Betrieb aufrecht erhalten zu können, wurden sieben Personen eingestellt.

14 Millionen Euro investiert

Auf rund acht Hektar Fläche bietet das Schiefergrubenmuseum bereits seit 1992 einen guten Überblick über die Geschichte des Schieferabbaus im Ösling. Es waren die Frënn vun der Lee, die damals auf dem Standort mit Instandsetzungsarbeiten angingen. Nachdem 1993 die Gemeinde Rambrouch das Gelände erworben hatte, ging der Standort 2003 in den Besitz des Staats über. Seither hat die Regierung bereits rund 14 Millionen Euro hier investiert.



Die Minister Lex Delles (Tourismus, 3. v.l.) und Sam Tanson (Kultur, 2.v.r.) besichtigten den neuen 350 m langen touristischen Rundweg in den Schiefergruben von Obermartelingen.

Fotos: Nico Muller



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

„Ich dachte zu lange, ich muss gefallen“

Desirée Nosbusch wurde populär als das vorlaute Fernsehmädchen der Nation. Dann verlor man sie aus den Augen, bis sie in einer Serie mitspielte und die Leute sagten: Hallo, die kann ja was. Jetzt hat sie ihre Autobiographie veröffentlicht. Ein Gespräch über ein Leben.

Die Fragen stellte Bertram Eisenbauer.

Frau Nosbusch, es ist Sonntagnachmittag, wir sprechen per Zoom. Wo und in welcher Gemütsverfassung finde ich Sie vor?

Ich sitze im Keller, in meinem Büro im Keller meines Zuhauses in Luxemburg, und Sie finden mich eigentlich in einer guten Verfassung, weil ich zurzeit meinen ersten eigenen langen Film als Regisseurin drehe. Wir haben drei Wochen Dreh hinter uns und noch zwei vor uns. Gerade vorhin habe ich die ersten 40 Minuten Rohschnitt gesehen. Dem bangt man entgegen, um zu sehen: Funktioniert das auf der Leinwand? Und da war ich doch sehr, sehr erleichtert, dass meine beiden Hauptdarsteller so was von ein Paar sind und so eine gemeinsame Vergangenheit ausstrahlen, die sie ja gar nicht haben können, weil sie sich eigentlich vorher nicht kannten.

Praktisch jeder, dem ich erzählt habe, ich würde Sie interviewen, sagte: Ach ja, die kannte man, und die fand man gut. Dann hat man sie weitgehend aus den Augen verloren. Aber vor einigen Jahren kam „Bad Banks“, und da sah man, die ist richtig toll. – Jeder hat eine Meinung über Sie. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Wenn man meinen Beruf hat und etwas von sich hergibt, muss man damit rechnen, dass Menschen eine Meinung dazu haben. Ich habe irgendwann gedacht, eigentlich ist es ja positiv, denn das muss bedeuten, dass er sich mit dem, was ich

gemacht habe oder was ich darstelle, in irgendeiner Form auseinandergesetzt hat. Eigentlich ist das toll. Womit ich sicherlich früher noch mehr ein Problem hatte: mit den Stempeln, die mir schon sehr früh aufgedrückt wurden. Wenn du als 15-, 16-Jährige über dich selbst liest, „ein hübsches Nichts“ – das hinterlässt Spuren (*lacht*).

Sie sind 1965 geboren, haben mit 12 als Moderatorin beim Radio angefangen, kamen dann ins deutsche Fernsehen. Sie wurden sehr jung sehr populär. Ein Kollege im „F.A.Z.-Magazin“ schrieb: Viele haben sich ein Bild von ihr gemacht, noch bevor sie sich selbst ein Bild von sich gemacht hatte. Finden Sie das zutreffend?

Ja, total. Ich kann Ihnen sagen, ich saß in meinem Kinderzimmer bei meinen Eltern zu Hause in Luxemburg, und ich kann mich noch genau erinnern, dass ich im Wörterbuch nachgeschlagen habe unter „altklug“. Das hatte groß über mich irgendwo gestanden. Ich dachte, „altklug“ kann nichts Positives bedeuten. „Klug“ wusste ich, aber „altklug“ konnte nicht positiv sein, den Reaktionen nach zu urteilen. „Vorlaut“ und „altklug“. Das hat natürlich damit zu tun, dass Deutsch nicht meine erste Sprache war. Viele der Wege, die ich gegangen bin, kamen aus dem Wunsch heraus, irgendwohin zu gehen, wo man mich nicht kennt und mich nicht mit Etiketten versieht, wo ich versuchen konnte, herauszufinden, was ich denn wirklich bin – und vor allem: was ich denn kann

und nicht kann.

Ich habe eine Theorie. Sie haben für die Öffentlichkeit lange die Planstelle „Fernsehgöre der Nation“ besetzt. Als Sie raus wollten aus der Stelle, sagten die Leute: Nö, bitte nicht. Vielleicht haben Sie eine Weile gebraucht, bis Sie reif genug waren, um als Schauspielerin zu funktionieren. Kann das sein?

Ich glaube, dass ich öfters in meinem Leben den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht habe, aus Unwissen. Ich habe mein Leben lang bis heute so einen leichten Minderwertigkeitskomplex, weil ich mein Abitur nicht gemacht und nicht studiert habe. Ich hatte immer das Gefühl, mir fehlt irgendwas. Ich habe sicherlich viel Lebenserfahrung gesammelt über die Jahre. Aber ich dachte mir immer: Wie leg ich mich an? Und ich glaube, ich habe mich oft falsch angelegt.

Was ich Ihrer Autobiographie mit Interesse entnommen habe, war, dass Sie in Ihrer Heimat für manche ein „Gastarbeiterkind“ waren – keine richtige Luxemburgerin, sondern das Kind einer italienischen Mutter und eines Vaters, der „bloß“ einen Lkw fuhr. Das war nicht einfach, oder? Das kann man so sagen. Für meinen Bruder und mich – er ist fünf Jahre jünger – war das schon ein Thema. Er wurde auf dem Schulhof jahrelang „der Rest der Mafia“ genannt; er sah natürlich auch italienischer aus als ich. Ich erinnere mich an ein Mädchen, das aus einer „besseren Familie“ stammte und mit dem ich befreundet sein wollte. Eines Tages sagte mir ihre Mutter, der Kontakt zwischen ihrer Tochter und mir sei nicht erwünscht.

Trotzdem, so schreiben Sie, haben Sie sich sehr sicher gefühlt als Kind in ihrer Familie. Sie sagen aber auch: „Das Sichfremdfehlen war das Gefühl meiner Kindheit.“

Ja, aber es war kein negatives Gefühl. Ich habe mich nicht geängstigt. Ich habe

immer gedacht: Komisch, irgendwie ... – Gehöre ich hier wirklich hin? Wenn man mich als Kind gefragt hätte, was willste machen, hätte ich wahrscheinlich gesagt: Ich weiß nicht, nach Paris gehen, im Parka auf dem Parkplatz der Sorbonne rumhängen? Ich hatte keinen richtigen Plan, aber immer so Fernweh. Meine Mutter hat immer gesagt, ich hätte sie wahnsinnig gemacht mit Fragen: Was ist denn da drin? Was machen wir denn alle? Neugierde, die habe ich heute noch. Ich bin kein Partygänger; ich gehe zu

Luxembourg

Portraits et biographies

Interview

Festen, wenn ich sie moderiere. Sonst bin ich froh, wenn man mich vergisst (*lacht*).

Aber wie wichtig war es als Antrieb in Ihrem Leben, dass Sie von vielen Menschen geliebt werden?

Das wurde irgendwann sehr wichtig. Ich habe mir am Anfang nie groß Gedanken darüber gemacht, weil ich mich eigentlich immer geliebt gefühlt habe. Als die ersten Rückschläge kamen und die ersten negativen Schlagzeilen, da hatte ich auf einmal das Gefühl, ich muss geliebt werden, und ich bin nur liebenswert, wenn ich was Positives abliefern, wenn ich ankomme. Das hat mich eine ganz lange Zeit gehemmt und mir meine Spontaneität genommen, und ich war dann auch nicht mehr erfolgreich.

Der frühe Erfolg hat schon etwas Märchenhaftes an sich: das neugierige Kind, nicht auf den Mund gefallen, wird fürs Radio entdeckt, fürs Fernsehen ... – Sie schütteln den Kopf.

Das sah vielleicht so aus. Wissen Sie, warum es jetzt etwas Märchenhaftes hat? Weil's gut gegangen ist, weil es gut ausgegangen ist. Weil ich nicht im Graben gelandet bin oder drogenabhängig geworden. Ganz ehrlich, so früh bekannt zu werden ist nicht normal. Ich würde es keinem jungen Menschen wünschen. Ich wünsche jungen Menschen, dass sie neugierig sind und ihre Leidenschaft leben können. Aber ich wünsche niemandem, dass er so früh so radikale Entscheidungen treffen muss wie: Du musst dein Zuhause verlassen. Oder: Du wirst zu einem auffälligen, bunten Ding, das nirgendwo reinpasst in deine normale Welt – als hättest du jeden Tag eine rote Mütze auf dem Kopf, die leuchtet.

Eine wichtige Station in Ihrer frühen Karriere – leider – ist der Film „Der Fan“, den Sie drehten, als Sie 16 waren, über ein junges Mädchen, das einen von ihr angeheimelten Musiker tötet und zerstückelt. Nicht zuletzt dass Sie nackt auftraten, hat auch Wohlwollende verstört damals. Ich habe das große Problem, dass ich aus rechtlichen Gründen die wahre Geschichte vom „Fan“ nicht erzählen darf. Man hatte mir Drehbuchseiten untergejubelt, der Film wurde von einer anderen synchronisiert und umgeschnitten. Wenn ich die Geschichte erzählen könnte, würde das immer noch keinen guten Film aus dem „Fan“ machen. Ich stehe dazu. War das eine kluge Entscheidung? Nein, natürlich nicht. Aber sie gehört zu mir, wie viele andere kluge und weniger kluge Entscheidungen in

meinem Leben zu mir gehören.

Ein dunkles Kapitel Ihres Lebens ist die Geschichte mit Ihrem ehemaligen Manager, einem Mann, dreißig Jahre älter als Sie, der Sie als Teenager entdeckt und gefördert hat, mit dem Sie eine langjährige, heute würde man sagen: toxische Beziehung hatten. Im Buch heißt es: „Er machte die Verträge, er sprach mit meinen Eltern, er verwaltete mein Geld, und er reiste mit.“ Ist nun im Buch das erste Mal, dass Sie gesagt haben, dass Sie von ihm vergewaltigt worden sind?

Es ist das zweite Mal, dass ich es thematisiere. Beim ersten Mal, vor ein paar Jahren, habe ich das Wort „Missbrauch“ benutzt. Ich wollte die Passage lange rauslassen – unter anderem, weil dieser Mensch nicht mehr lebt und sich nicht verteidigen kann. Und weil ich die Sorge hatte, dass man mir vorwerfen könnte, ich wollte auf den Wagen mit aufspringen, als „die missbrauchte Frau“. Aber wenn ich diese Sache ausgelassen hätte, würde man nicht verstehen, warum ich mich in bestimmten Situationen so verhalten habe. Denn dieser Mann hat einen langen Schatten über mein Leben geworfen.

Im Buch sprechen Sie von „zwei Leben“, die Sie in dieser Zeit führten: „das eine leuchtend vor der Kamera, das andere Leben, das dumpfe, das war das Leben mit ihm“.

Ja, und damit muss ich mein Leben lang klarkommen. Mit mir selbst. Mir selbst gegenüber ehrlich zu sein, zu sagen: Warum bin ich von ihm so lange nicht weggekommen? Ich war so abhängig von diesem Menschen, das können Sie sich gar nicht vorstellen. Ich hatte auch die Sorge, eine Lawine loszutreten. Ich wollte meine Familie nicht mit reinziehen, wollte meine Eltern nicht verletzen. Und dann muss man auch sagen, nicht, um mich jetzt hier freizusprechen, aber: Ich hatte keine Ahnung von der Welt, in der ich mich bewegte. Ich dachte: Ist das so? Muss das so sein? Also habe ich Scheuklappen aufgesetzt und habe gearbeitet, gearbeitet, gearbeitet. Auf der Bühne war ich sicher, da ließ er mich in Ruhe. Bis zu dem Moment, wo ich merkte: Jetzt geht meine Seele drauf, und jetzt muss ich was tun.

Tatsächlich sind Sie 1981 geflohen, zuerst nach New York auf die Schauspielschule. Damit begann eine lange Phase, in der Sie in Deutschland nicht mehr die ganz große Aufmerksamkeit hatten. Mit Anfang zwanzig hatten Sie eine faszinierende Begeg-

nung mit Alain Delon, dem legendären französischen Filmstar, lange Jahre mit Romy Schneider liiert. Sie saßen am selben Tisch bei einer Preisverleihung; einige Wochen später klingelt bei Ihnen im Hotelzimmer das Telefon: Delon, aus seiner Pariser Wohnung. So begann eine Reihe von allnächtlichen Gesprächen. Delon und ich waren zwei Einsame in der Nacht, die sich einfach nur unterhielten und damit diese Einsamkeit zu vertreiben versuchten. Ich habe ihn da auf eine sehr persönliche Art und Weise kennengelernt. Wir haben sehr viel über Romy geredet, und ich habe mich nie getraut, zu erzählen, dass er meinte, ich würde ihn an Romy erinnern. Da ging es aber nicht ums Optische, da ging es um Zerbrechlichkeit, um das Zwischen-den-Welten-Hängen, zwischen Ländern, Sprachen, Kulturen.

Im Buch ist fast ein Leitmotiv, dass Sie immer wieder Chancen hatten, aber noch nicht so weit waren: „Es fehlte etwas.“ Was?

Ich glaube, dass ich noch viel zu abhängig war von einem Bild von mir – von dem, was ich dachte, was andere Leute von mir erwarten. Ich dachte, ich muss gefallen. Dadurch ging ich als Schauspielerin nicht in die Tiefe der Dinge. Jede Eitelkeit muss weg sein. Das habe ich erst später gelernt.

Und da kam „Bad Banks“?

Ich dachte: Ich habe eigentlich nichts mehr zu verlieren, und jetzt mach' ich das mal anders. Ich bin seitdem so frei (*lacht*). Ich erlaube mir, nicht mehr gefallen zu müssen, und dadurch gefalle ich wahrscheinlich mehr. Es geht um Wahrheit.

Ihr Buch heißt: „Endlich noch nicht angekommen“. Das scheint einer entscheidenden Frage auszuweichen:

Wissen Sie, wohin Sie wollen? Leider nicht.

Sagt sie mit diesem Desirée-Nosbusch-Lächeln.

Ich habe irgendwann beschlossen, das nicht als Problem zu sehen. Ich hänge immer zwischen den Welten. Aber jetzt fragen Sie: Wo wollen Sie hin? Das kann ich nur festmachen an den Menschen in meinem Leben: Ich möchte wieder näher an meinen Kindern leben. Ich merke, dass es mir ohne sie nicht so gut geht. Ich habe gelesen, dass ein sehr hoher Prozentsatz aller Menschen in einem sehr nahen Umkreis von dort begraben wird, wo er herkommt. Okay,

meine Familie liegt in Esch. Da werde ich irgendwann landen. Mehr weiß ich nicht. Jemand hat mal zu mir gesagt: Jeder Ort ist schön, den du verlassen darfst. Und ich glaube, das ist wahr. Jeder Ort, wo du aus freien Stücken bleibst, ist schön. Schwierig wird's, wenn du bleiben musst.

„Ich hänge immer zwischen den Welten“: Nosbusch, die aus Luxemburg stammt, in Deutschland sehr populär wurde, nach New York floh und viele Jahre in Los Angeles lebte.

ZUR PERSON

Geboren 1965 im luxemburgischen Esch; die aus Italien stammende Mutter ist Näherin, der Vater Lkw-Fahrer.

Mit 12 Start als Moderatorin bei Radio Luxemburg, dann Moderatorin im deutschen Fernsehen, etwa von der Internationalen Funkausstellung oder in „Hits mit Desirée“.

Spricht sechs Sprachen.

Moderiert für verschiedene Sender internationale Großveranstaltungen, darunter 1984 den Grand Prix in Luxemburg.

Spielt in Kino- und Fernsehfilmen („Nach Mitternacht“, „Der Fan“, „Good Morning, Babylon“, „Opernball“, diverse Krimis, zuletzt „Sisi“); seit 2019 in „Der Irland-Krimi“.

Großer Erfolg mit „Bad Banks“ (dafür den Grimme-Preis).

Eine Ehe (1991–2002) mit dem Filmkomponisten Harald Kloser; ein Sohn und eine Tochter; inzwischen mit dem Kameramann Tom Bierbaumer verheiratet.

Ihr Buch „Endlich noch nicht angekommen“ erscheint am 10. März bei Ullstein (352 Seiten, 22,95 Euro).

Glückliches Großherzogtum

Im Weltglücksbericht landet Luxemburg in den Top 10

New York. Finnland ist zum fünften Mal in Folge zum Land mit der glücklichsten Bevölkerung erklärt worden. Das geht aus dem gestern veröffentlichten Weltglücksbericht hervor, der erneut die Auswirkungen der Corona-Krise auf das Wohlbefinden der Menschen in den Blick nimmt.

Das Großherzogtum wird hinter Dänemark, Island, der Schweiz und den Niederlanden auf Platz sechs geführt und damit noch vor den Nachbarländern Deutschland (14), Belgien (19) und Frankreich (20). Schlusslicht der Liste von 146 bewerteten Staaten ist Afghanistan. Die Werte für das Großher-

zogtum stammen – anders als bei den meisten anderen Ländern – nicht aus einer aktuellen Erhebung, sondern aus 2019.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des zuständigen Sustainable Development Solutions Network bemerkten einen deutlichen Anstieg von sogenannten freundlichen Handlungen während der Pandemie: „Die Hilfe für Fremde, Freiwilligenarbeit und Spenden waren im Jahr 2021 in al-

len Teilen der Welt stark gestiegen und erreichten Werte, die fast 25 Prozent über ihrem präpandemischen Wert lagen“, hieß es. Dies zeige, dass Menschen in Notzeiten mit Empathie reagierten und Menschen in Not helfen würden.

Neben sozialen Faktoren flossen auch Werte wie das Bruttoinlandsprodukt, die Lebenserwartung und die Freiheit der Individuen in die Bewertung ein. *mij/dpa*
► <https://worldhappiness.report>



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Nachgezählt

Aufs Hand- werk bauen

*Mit seinen über 8000
Betrieben ist und bleibt das
Handwerk ein dynamischer
Sektor mit nachhaltigen
Arbeitsplätzen. Doch viele
Lehrstellen sind unbesetzt.*

7

unbesetzte Lehrstellen gab es 2021
bei den Fliesenlegern, 20 Lehrverträge
wurden hier unterschrieben.

14

der 17 Lehrstellen im
Zimmermannshandwerk wurden besetzt.

18

der 40 Stellen als Dachdecker konnten
nicht besetzt werden.

7

neue Klempner starteten ins Berufsleben,
2 Stellen waren unbesetzt.

12

der 39 Stellen als Maurerlehrling
blieben offen.

5

Bodenleger unterschrieben ihre
Lehrverträge, 6 Stellen blieben hier frei.

Quelle: Mittelstandsministerium



Financial centre

Main updated figures regarding the financial centre

			Annual comparison
Banks	Number (31/01/2022)	123	↘ 4 entities
	Balance sheet total (30/09/2021)	EUR 921.437 bn	↗ EUR 74.679 bn
	Profit before provisions and taxes (30/09/2021)	EUR 3.876 bn	↗ EUR 455 m
Payment institutions	Number (31/01/2022)	15	↗ 1 entity
Electronic money institutions	Number (31/01/2022)	10	↘ 1 entity
UCIs	Number (31/01/2022)	Part I 2010 Law: 1,654	↘ 46 entities
		Part II 2010 Law: 234	↘ 5 entities
		SIFs: 1,368	↘ 50 entities
		TOTAL: 3,256	↘ 101 entities
	Number (31/01/2022)	SICARs: 218	↘ 6 entities
	Total net assets (31/12/2021)	EUR 5,859.485 bn	↗ EUR 885.705 bn
Management companies (Chapter 15)	Number (31/01/2022)	178	↘ 5 entities
	Balance sheet total (31/12/2021) ¹	EUR 20.149 bn	↗ EUR 2.644 bn
Management companies (Chapter 16)	Number (31/01/2022)	146	↘ 10 entities
AIFMs	Number (31/01/2022)	260	↘ 3 entities
Pension funds	Number (31/01/2022)	12	↘ 3 entities
Authorised securitisation undertakings	Number (31/01/2022)	28	↘ 2 entities
Investment firms	Number (31/01/2022)	95	↗ 2 entities
	Balance sheet total (31/12/2021)	EUR 1.085 bn	↘ EUR 163 m
	Provisional net profit (31/12/2021)	EUR 124.1 m	↗ EUR 29.39 m
Specialised PFS	Number (31/01/2022)	98	no variation
	Balance sheet total (31/12/2021)	EUR 6.191 bn	↗ EUR 412 m
	Provisional net profit (31/12/2021)	EUR 94.11 m	↘ EUR 1.55 m
Support PFS	Number (31/01/2022)	69	↘ 2 entities
	Balance sheet total (31/12/2021)	EUR 1.629 bn	↗ EUR 13 m
	Provisional net profit (31/12/2021)	EUR 70.40 m	↗ EUR 26.6 m
Issuers of securities whose home Member State is Luxembourg pursuant to the Transparency Law	Number (31/01/2022)	460	↗ 14 entities
Public oversight of the audit profession	Number (31/01/2022)	52 cabinets de révision agréés	↘ 2 entities
		341 réviseurs d'entreprises agréés	↗ 18 people
		22 third-country auditors and audit firms	↘ 6 entities
Employment (31/12/2021)	Banks	25,965 people	↘ 141 people
	Management companies (Chapter 15)	5,084 people	↗ 222 people
	Investment firms	1,903 people	↗ 118 people
	Specialised PFS	5,949 people	↗ 473 people
	Support PFS	8,892 people	↘ 95 people
	Payment institutions/electronic money institutions	740 people	↗ 129 people
	Total	48,533 people	↗ 706 people²

¹ Preliminary figures.

² This development does not mean a net creation or loss of jobs, but includes the transfer of existing jobs from the non-financial sector to the financial sector and vice versa.